

kriens

Protokoll

Kriens, 9. Dezember 2021

Sitzungsdatum

Donnerstag, 9. Dezember 2021

Zeit Ort

08:00 Uhr bis 12:00 Uhr /
13:30 Uhr bis 18:00 Uhr,
Pilatussaal, Stadtplatz 1, Kriens

Verfasst durch

Sascha Frevel
Sachbearbeiter

T 041 329 63 09
sascha.frevel@kriens.ch



Einwohnerratssitzung 2021/2022 Protokoll Nr. 4

Anwesend

Präsidentin	Anita Burkhardt-Künzler
Einwohnerrat	29 Mitglieder
Stadtrat	5 Mitglieder
Stadtschreiberin	Karin Schuhmacher Bürgi
Protokoll	Sascha Frevel
Protokoll	Kimena Gisler

Entschuldigt

Manuel Hunziker, Bettina Gomer und
Michèle Akermann

Traktanden

1.	<u>Mitteilungen</u>		Seite 67
2.	<u>Bericht und Antrag:</u> Gemeindesportanlagenkonzept GESAK Totalrevision 2021	Nr. 076/21	Seite 68
3.	<u>Bericht und Antrag:</u> Anpassung des Reglements über Erhebung einer Billettsteuer	Nr. 065/21	Seite 74
4.	<u>Bericht und Antrag:</u> Immobilienstrategie	Nr. 073/21	Seite 84
5.	<u>Bericht und Antrag:</u> Planungsbericht Eignerstrategie Heime Kriens AG	Nr. 074/21	Seite 94
6.	<u>Bericht und Antrag:</u> Leistungsvereinbarung Pflege 2022 – 2025	Nr. 075/21	Seite 104
6a.	<u>Dringliche Interpellation Ercolani:</u> 078/21 Carparkplätze	Nr. 078/21	Seite 111
6b.	<u>Dringliche Motion Ercolani:</u> Carparkplätze in der Arbeitszone C	Nr. 082/21	Seite 113
7.	<u>Beantwortung Interpellation Tanner:</u> Chancen des Tiefbahnhofs Luzern für die Stadt Kriens	Nr. 048/21	Seite 119
8.	<u>Beantwortung Interpellation Lengwiler:</u> Ablehnung Co2- Gesetz – Handlungsbedarf für Kriens?	Nr. 051/21	Seite 122
9.	<u>Beantwortung Interpellation Ziemssen:</u> Wohin führt der digitalisierte Weg der Stadt Kriens?	Nr. 052/21	Seite 125
10.	<u>Beantwortung Interpellation Portmann:</u> Welche Wirkung entfaltet der im Stadtparlament ausgerufene, symbolische Klimanotstand in der Stadt Kriens?	Nr. 053/21	Seite 128
11.	<u>Beantwortung Interpellation Gut:</u> Falllast und ihre Auswirkungen in der Sozialhilfe	Nr. 054/21	Seite 132
12.	<u>Postulat KBVU:</u> Plastikabfall vermeiden <i>Begründung</i>	Nr. 071/21	Seite 134
13.	<u>Fragestunde</u> <i>Aus Zeitgründen abtraktandiert</i>		

Neueingangsliste

- Nr. 078/21 Dringliche Interpellation Ercolani: Carparkplätze
Eingang: 7. November 2021
- Nr. 079/21 Postulat KBVU: Vertrag über die Versorgung mit Trinkwasser
Eingang: 4. November 2021
- Nr. 080/21 Postulat Portmann: Auch die Stadt Kriens braucht ein klar definiertes Zentrum
Eingang: 9. November 2021
- Nr. 081/21 Postulat Solari: Kompetenzen für Baubewilligungen ausserhalb der Bauzone
Eingang: 10. November 2021
- Nr. 082/21 Dringliche Motion Ercolani: Carparkplätze in der Arbeitszone C Rösslimatt
Eingang: 19. November 2021
-

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Für die Luzerner Zeitung schreibt Stefan Dähler.

Die Sprechende kommt nun zu den Geburtstagen. Peter Stofer hatte am 7. November 2021 Geburtstag, Michèle Akermann am 14. November 2021, Viktor Bienz am 20. November 2021, Jörg Ziemssen am 20. November 2021, Anita Burkhardt-Künzler am 22. November 2021 und Manuel Hunziker hat heute Geburtstag.

Entschuldigt hat sich Bettina Gomer-Beacco, Michèle Akermann und Manuel Hunziker, Raoul Niederberger wird die Sitzung um 08:45 Uhr kurz verlassen und dann im Verlauf vom Vormittag wieder zurückkehren. Marco Frauenknecht hat eine Weiterbildung und wird deshalb die Sitzung um 10:00 Uhr verlassen.

Die Pausen sind von 10:00 Uhr bis 10:20 und 15:30 bis 15:50 Uhr. Sitzungsschluss ist um 18:00 Uhr.

Im Anschluss der Sitzung trifft man sich im Restaurant Obernau zum Jahresabschluss- /Weihnachtsessen.

Anita Burkhardt-Künzler merkt an, dass Bruno Arnet krankheitshalber fehlt. Sie wünscht ihm gute Besserung. Sie sagt, dass es vor Sitzungsbeginn und in den vorgesehenen Pausen Kaffee gibt. Sie bittet die Ratsmitglieder, ihre Voten selbstständig und Zeitnah der Protokollführung zuzustellen.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste ist nach Anita Burkhardt-Künzler kein Änderungsantrag eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Mitteilung der Einwohnerratspräsidentin

Anita Burkhardt-Künzler bittet die Mitglieder, das Schutzkonzept zu beachten. Die Maskentragpflicht gilt während der gesamten Sitzung. Masken müssen auch am Platz getragen werden. Bei Bio-Pausen ist darauf zu achten, dass der Abstand von 1.5 Meter eingehalten wird und dass im gesamten öffentlichen Innenraum des Stadthauses eine Maskenpflicht herrscht. Auf dem Stadtplatz darf die Maske abgezogen werden, sofern der Mindestabstand von 1.5 Meter eingehalten werden kann. Es dürfen maximal 50 Personen zusammenstehen. Sie sagt, dass der ganze Stadtplatz und der Bereich hinter dem Stadthaus genutzt werden soll.

Weiter sind zwei dringliche Vorstösse eingegangen:

Am 7. November 2021 hat Enrico Ercolani die dringliche Interpellation Ercolani: Carparkplätze (Nr. 078/21) eingereicht.

Da nicht opponiert wird, gilt die Interpellation als dringlich. Die Interpellation wird als Traktandum 6a behandelt.

Am 19. November 2021 hat Enrico Ercolani die dringliche Motion Ercolani: Carparkplätze in der Arbeitszone C Rösslimatt (Nr. 082/21) eingereicht.

Da nicht opponiert wird, gilt die Motion als dringlich. Die Motion wird als Traktandum 6b behandelt. Die Begründung des Stadtrates wird verteilt und im Intranet publiziert.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass keine Mitteilungen von den Fraktionen und dem Stadtrat eingegangen sind, somit beginnt sie mit Traktandum zwei.

Martin Zellweger bittet die dringlichen Vorstösse in Zukunft auch in der Agenda zu erfassen, damit es schön übersichtlich ist. Ihm war nicht bewusst, dass es zwei dringliche Vorstösse gibt.

2. Bericht und Antrag: Gemeindesportanlagenkonzept GESAK Totalrevision 2021**Nr. 076/21**

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst den Sachverständigen Thomas Kost.

Laut Raoul Niederberger möchte sich die KBSG bei der Verwaltung, insbesondere bei der zuständigen Abteilung für die Totalrevision des Gemeindesportanlagenkonzepts bedanken. Das revidierte Konzept gibt einen umfassenden Überblick über die bestehenden Sport- und Freizeitanlagen in der Stadt Kriens und ihren Zustand und bildet damit die Ausgangslage für die zukünftige Planung, für den Umgang und Ausbau dieser Anlagen. In der Eintretensdebatte war für sämtliche Fraktionen klar, dass eine komplette Umsetzung aller angezeigten und angedachten Massnahme in Anbetracht der aktuellen Finanzlage der Stadt Kriens momentan nicht realistisch erscheint. So wurde das Konzept auch ein bisschen als Wunschkatalog bezeichnet. Von einem Teil der Kommission wurde es deshalb begrüsst, dass der Stadtrat diesem Umstand Rechnung getragen hat, in dem bereits explizit festgehalten wurde, dass die Umsetzung des Konzepts «im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten» stattzufinden hat. Ein besonderes Augenmerk haben die Mitglieder der Kommission auf die Thematik des Hallenbades gelegt. So war man sich einig, dass die grösste Herausforderung im Konzept die Erneuerung des in die Jahre gekommenen Hallenbads «Krauer» sei. Aus dem

einfachen Grund, dass eine solche Erneuerung mit sehr hohen Kosten verbunden ist. So bestätigte auch Thomas Kost, vom Bildungs- und Kulturdepartement, dass Hallenbäder (und Eisfelder) mitunter die teuerste Sportinfrastruktur einer Gemeinde darstellten. Nichtsdestotrotz sprach man sich in der Kommission einheitlich dafür aus, dass eine Schliessung des Hallenbads in Zukunft verhindert werden sollte. Sonst könnte insbesondere der Schwimmunterricht in seiner heutigen Form nicht mehr angeboten werden. Die Anzahl Schwimmstunden würde sicherlich sinken, wenn die Schülerinnen und Schüler aus Kriens in andere Schwimmanlagen (Hallenbäder) ausweichen müssten. Wie man der Erhalt des Hallenbades sicherstellen kann, werde sich die Kommission bestimmt noch einige Male den Kopf zerbrechen müssen. Die Kommission ist der Meinung, dass man diesen Erhalt aber nicht zwingend allein bewältigen muss, sondern sich hierbei auch auf eine Partnerschaft einlassen kann oder soll. Sie wird deshalb einen entsprechenden Bemerkungsantrag stellen. Für die KBSG macht es Sinn, dass für den Betrieb und die Erneuerung einer solchen teuren, aber auch wertvollen Infrastruktur Partnerschaften geprüft werden, um die Risiken und Kosten besser verteilen zu können. Eine solche Partnerschaft kann aber auch Chancen eröffnen, in dem den Krienserinnen und Kriensern neue Infrastrukturen zur Verfügung stehen. Neben dem Hallenbad diskutierte die Kommission auch noch einige weitere der grösseren «Brocken» im GESAK, sowie beispielsweise die neue Dreifachturnhalle oder die Bike-Situation am Pilatus. Die KBSG führt zudem noch eine Diskussion eher formeller Weise. Man stellt sich die Frage, wieso der Titel des B+A's und des Konzepts verschieden sind. Das Konzept trägt den Namen «Gemeindesportanlagen und Spielraumkonzept» während der B+A lediglich den Namen «Gemeindesportanlagenkonzept» trägt. Die Kommission wünscht sich hier in Zukunft Einheitlichkeit und wird deswegen einen entsprechenden Antrag zur Ergänzung des Beschlusstextes stellen. In der Schlussabstimmung stimmte die Kommission einstimmig für den Beschlusstext. Den Bemerkungsantrag und den Antrag werden mit dem exakten Wortlaut in der Detailbehandlung an den entsprechenden Stellen gestellt.

Raoul Niederberger bedankt sich auch im Namen der Grüne/glp-Fraktion bei dem Stadtrat für das umfassende Konzept. Die Fraktion wird den Bericht zur Kenntnis nehmen. Das totalrevidierte GESAK zeigt die grossen Herausforderungen im Bereich Sport-, Freizeit- und Spielplatzanlagen in den kommenden Jahren gut auf. Es bietet zudem einen guten Überblick über sämtliche der zuvor erwähnten Anlagen in Kriens und bildet damit das Ausgangspapier, wenn es um die Erneuerung und Erhaltung dieser Anlagen geht. Besonders bei den grösseren und insbesondere kostenintensiven Anlagen, wie beispielsweise dem Hallenbad oder einer neuen Dreifachturnhalle, fragt sich die Grüne/glp-Fraktion aber ein bisschen, ob dieses grosse Konzept, am Ende nicht etwas zu einem Wunschzettel verkommt, mit Wünschen, die sich die Stadt nie erfüllen kann. So fehlt der Fraktion im Konzept auch eine Vision für den Umgang mit kleineren Anlagen, insbesondere den Klein- und Quartiersspielplätzen. Hier wäre die Entwicklung und Umsetzung wesentlich weniger kostenintensiv als bei den grossen Anlagen. Zudem tragen auch diese Anlagen einen wichtigen Beitrag zu einem lebenswerten Kriens bei und spielen laut der Grüne/glp Fraktion auch eine wichtige Rolle bei der Entwicklung von attraktiven Quartiertreffpunkten, welche im Konzept ebenfalls erwähnt werden. Das Konzept könnte hier eine wichtige Schnittstelle darstellen, aber Raoul Niederberger sagt bewusst «könnte». Denn leider wirkt das Konzept für die Grüne/glp-Fraktion etwas losgelöst, mit wenigen Anknüpfungspunkten an andere bestehende Konzepte und Reglemente in der Stadt Kriens. Diese werden zwar immer wieder erwähnt, wie die verschiedenen Konzepte aber zusammenwirken und im speziellen welche Massnahmen getroffen werden müssten, um hier eine gemeinsame Umsetzung zu erwirken, darüber macht das Konzept keine Aussagen. So wäre es für sie wünschenswert gewesen, wenn sich die Stadtverwaltung Gedanken dazu gemacht hätte bzw. diese im Konzept festgehalten hätte, welche Abläufe und Mechanismen in der Verwaltung, Beratung, etc. eingeführt werden müssen, um eine vernetzte Umsetzung des GESAKs und anderer Konzepte und Reglemente in der Stadt Kriens zu erwirken. So, dass am Ende, um beim Beispiel der Quartiersspielplätze zu bleiben, mit der Erneuerung eines solchen auch ein effektiver Mehrwert für die Entwicklung oder Etablierung eines Quartiertreffpunkts geschaffen werden kann. Mit dem grossen Datensatz, welches das GESAK beinhaltet, hätte es sich für die Fraktion bestens für eine solche gewünschte Vernetzungsfunktion geeignet.

Beat Rüegg bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion und gratuliert zum 150-Seitigen GESAK-Bericht mit echtem Mehrwert, auch für die Zukunft, sofern der Bericht à jour gehalten wird. Die Grundlagen zu diesem Bericht bilden das NASAK 2000, das Krienser GESAK 2006 und das LU KASAK 2019, gesteuert wird dies vom BASPO und dem sechsjährlichen SPORT-CH-Bericht. Integrativ beinhaltet die vorliegende Krienser GESAK-Totalrevision 2021 ein zusätzlich umfassendes, wesensverwandtes Spielraumkonzept mit dezentralen Quartier- und Schulsportplätzen, sowie die drei grossen Freizeitanlagen Langmatt, Kleinfeld und den geplanten Grabenhof-Schlund. Der heutige und zukünftige gesellschaftliche Sportbewegungs-Trend bestätigt laut der SVP-Fraktion eine markante Steigerung im Bereich der Individual Sportarten, gegenüber einer Stagnation oder Rücklaufs des Vereinssports. Dies zeigt die statistische Auswirkung auf den Sportstättenbau. Total 32 Empfehlungen hat die Arbeitsgruppe «Sportkoordination/Spielraum» aufgrund von Meetings, Analysen, Workshops und einer breiten Vernehmlassung erarbeitet. Davon haben sich folgende sechs Hauptforderungen ergeben. Die 50 % Sportkoordinator-Stelle hat sich bewährt und soll deshalb auch weitergeführt werden. Zweitens gibt es Turnhallenhandlungsbedarf beim Schulhaus Fenkern, Obernau und Meiersmatt. Dort muss der Hallenboden so schnell wie möglich renoviert werden. Bei der Fenkern Turnhalle muss geprüft werden, ob die Halle in eine Dreifachturnhalle erweitert werden kann. Der dritte Punkt ist die Zukunft vom Hallenbad. Da die Volksschule Kriens laut dem Lehrplan 21 in den dritten und vierten Primarklassen obligatorisch Schwimmunterricht anbieten muss. Laut der SVP-Fraktion muss somit eine Machbarkeitsstudie mit folgenden Optionen in Angriff genommen werden: Sanierung, Neubau, Schliessung oder Partnersuche. Viertens soll auf dem Tennenplatz neben der Gallihalle nur eine multifunktionale Sportanlage für Schule, Vereine und Bevölkerung, jedoch keine Norm-Leichtathletikanlage gebaut werden, weil die Leichtathletik-Sportart keine grosse Bedeutung mehr hat in der heutigen Zeit. Fünftens soll eine Freizeitanlage im Grabenhof Schlund durch die Mehrwertabgaben der Pilatusarena realisiert werden. Sechstens soll die Stadt Kriens mit Luzernplus Bike, Trails im Pilatusgebiet und evtl. Schachenwald besprechen, um Wildbiken zu unterbinden. Bei der Pilatusarena soll überlegt werden, wie die Belegung durch Schule, Vereine, Ausstellungen, Events, Konzerte usw. priorisiert wird. Da sollte auch Rücksicht auf die Schulraumplanung genommen werden. Die Investitionen und Betriebskosten sind sehr hoch jedoch sei der Return on Investment genauso hoch. Letzteres wurde vom Stadtrat versprochen, dass eine GESAK Überprüfung und eine Berichterstattung an den Einwohnerrat alle vier Jahre stattfinden wird. Somit ist die SVP-Fraktion für ein Eintreten insbesondere mit dem Beschluss-Passus Punkt zwei «im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten».

Daniel Rösch dankt im Namen der FDP-Fraktion allen beteiligten für die Erarbeitung vom Gemeindegartenanlagen und Spielraumkonzept. Wie die Vorredner bereits betont haben, handelt es sich um ein sehr umfassendes Werk, welches das grosse Angebot für Sport- und Freizeitaktivitäten in Kriens aufzeigt. Die Kernbotschaft vom Geschäft liegt jedoch bei den sechs zentralen Forderungen, welche vom Vorredner gut zusammengefasst wurden. Die FDP halten es Grundsätzlich auch für zielorientiert, dass es nicht mehr 21 Forderungen sind, wie beim vorherigen GESAK von 2006. Dadurch wird es etwas fassbarer und übersichtlicher. Grösstenteils kann sich die FDP-Fraktion auch hinter den neu formulierten Forderungen identifizieren. Insbesondere bei der Weiterentwicklung vom Hallenbad erwartet die FDP-Fraktion jedoch, dass alle Varianten geprüft werden. Auch eine Weiterentwicklung mithilfe einer Partnerschaft wie es zum Beispiel beim Sportzentrum Kleinfeld der Fall war, als PPP-Projekt. Insbesondere findet die FDP auch, dass im Bereich vom Bikesport vorwärts gemacht werden muss. Da es sich dabei um eine Sportart handelt, welche sich immer an grösserer Beliebtheit erfreut. Die Bemerkungsanträge der KBSG wird die Fraktion entsprechend unterstützen, vorausgesetzt die Formulierung fällt nicht «scheps» aus. Die FDP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird ihn entsprechend zur Kenntnis nehmen.

Viktor Bienz dankt dem Stadtrat im Namen der Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion für den B+A Nr. 076/2021. Es ist wieder einmal mehr ein B+A mit einer Papierflut, die mit interessanten Erläuterungen begleitet ist. Als erstes ist die Fraktion über den Titel des B+A's gestolpert. Denn das Spielraumkonzept fehlt ihr im Titel. Eine Ergänzung würde Die Mitte/Die junge Mitte begrüßen. Was für die einen ein Wunschkatalog scheint, so sind es für die Fraktion die Massnahmen, welche nun abschnittsweise umgesetzt werden sollen. Immer im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten und gleichzeitig die vorhandenen

Spielplätze instandhalten, denn kleine Massnahmen bewirken manchmal mehr als Grosse. Es freut die Fraktion, dass sich die Neugestaltung der Krauerwiese nun langsam abzeichnet. Die Harmonisierung und Kanalisierung vom Biker Sport muss mit den involvierten Pilatus Gemeinden angegangen werden. Da heute kreuz und quer durch Wälder und geschütztes Hochmoor gefahren wird. Dabei wird die zum Teil seltene Vegetation zerstört. Es gibt in der Schweiz genügend Beispiele wo ein «Nebeneinander» funktioniert. Die Mitte/ Die junge Mitte-Fraktion nimmt den B+A zur Kenntnis und wird dem Beschlussstext zustimmen. Sie wünscht dem Stadtrat viel Erfolg bei der etappenweisen Umsetzung des Konzepts.

Cedric Seger dankt im Namen der SP-Fraktion für die Ausarbeitung vom GESAK. Der Bericht Sport Schweiz 2020 zeigt auf, dass Sport und insbesondere Individualsport für die Bevölkerung immer wichtiger wird. Somit ist es wichtig, dass die Umsetzung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten auch gewährleistet wird. Es zeigt, dass es für einen grossen Teil der Bevölkerung einen Mehrwert darstellt. Cedric Seger möchte auf paar Punkte spezifisch eingehen. Er findet es extrem wichtig, dass die Mitwirkung der Bedarfs- und Bedürfnisgruppen gewährleistet ist. Der Spielplatz Langmatt zeigt, dass dies für das Projekt, wie auch für die Bevölkerung, gewinnbringend ist. Es ist zu berücksichtigen, dass wirklich alle Bedarfsgruppen zu solchen Treffen eingeladen werden. In gewissen Projekten hat sich gezeigt, dass Bedarfsgruppen oder insbesondere jüngere Kinder nicht berücksichtigt wurden. Der Sprecher findet es auch wichtig, dass dem Individualsport Rechnung getragen wird, dazu möchte er das Beispiel der Mostiwiese aufbringen. Das ist eine reine Wiese und es ist keine Infrastruktur darauf verbaut und diese wird sehr oft genutzt. Das ist etwas was mit geringen finanziellen Mitteln zur Verfügung gestellt werden kann. Kleine Investitionen, wie zum Beispiel einen Pingpongisch, können schon sehr viel bewirken. Gerade für das Quartierkonzept. Bestimmt jeder im Raum hat einen Pingpongschläger zu Hause und hat schon oft Pingpong gespielt egal in welchem Alter. Dies trägt so auch sehr viel zu den Interaktionen in den Quartieren bei. Im Punkt Hallenbad sieht es Cedric Seger ähnlich wie seine Vorredner, es sollten möglichst alle Optionen geprüft werden. Insbesondere im Hinblick auf die Schulklassen findet er es selbstverständlich, dass Kriens ein Hallenbad zur Verfügung stellen kann. Aus dem Bericht geht hervor, dass es ein grosses Bedürfnis für einen Biketrail gibt und auch ein grosses Gebiet dafür unterhalb des Pilatus dafür geeignet ist. Ein Biketrail ist insbesondere auch für die Natur wichtig, damit das Biken auf Wanderwegen oder auch quer durch den Wald verhindert werden kann. Im Raum Zentralschweiz ist das nötige Knowhow schon vorhanden und dann wäre sicher auch ein Wissenstransfer wichtig. Für Cedric Seger ist noch ein wichtiger Punkt, welcher im Bericht nicht vorhanden ist, der Lärmschutz. Zum Beispiel beim Schulhaus Feldmühle, ist es für die Kinder an der Strasse fast nicht möglich zu spielen, respektive wurde der Spielplatz jetzt einfach hinter das Schulhaus verlegt. Wenn möglich soll auch immer Naturwiese und nicht Kunstrasen verbaut werden, denn die Problematik vom Mikroplastik ist allseits bekannt. Die SP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und tritt darauf ein.

Marco Frauenknecht dankt für die positiven Rückmeldungen und Anregungen. Mit der vorliegenden Revision, setzt die Stadt nicht nur ein Zeichen, sondern schliesst auch nicht ab und möchte weitermachen wo 2006 begonnen wurde. Für einige ist dies ein Wunschkatalog, aus Sicht der Stadt Kriens sind es jedoch Massnahmen, welche nach den finanziellen Mitteln ergriffen werden können. Der Stadtverwaltung ist es wichtig, dass in den Quartieren und auf den Anlagen Bewegung stattfinden kann. Dies ist ein wichtiger Aspekt für die Gesundheit und gerade in der aktuellen Lage ist dies sehr wichtig. Diese Revision zeigt, dass sich alle Partner, die wollten, einbringen konnten. Dies ist für Marco Frauenknecht ein sehr positiver und wichtiger Punkt. Die über 100 Seiten sind für ihn sehr wertvoll und zeigen was die Stadt Kriens bereits hat und was angestrebt werden soll. Der Stadtrat nimmt die Anträge gerne entgegen und wird diesen nicht opponieren. Der Stadtrat dankt allen Partnern die mitgearbeitet haben und vor allem Thomas Kost, welcher mit der Erarbeitung des GESAK nochmal einen Meilenstein setzen konnte und Ende Jahr die Stadtverwaltung Kriens nach 18 Jahren verlassen wird.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Bemerkungsantrag KBSG: Seite 23 – Teilprojekt Badiwiese/Hallenbad/Beachanlage

Raoul Niederberger möchte im Namen der KBSG folgende Bemerkung überweisen:

«Der Stadtrat soll prüfen, ob Partner gefunden werden können, mit denen der Betrieb des Hallenbads auch in Zukunft sichergestellt werden kann. Dies können z.B. andere Gemeinden oder private Institution sein...»

Raoul Niederberger sagt, dass er die Begründung im Eintretensvotum bereits angebracht hat. Die KBSG finde es sinnvoll bei solchen Infrastrukturen zu schauen, ob man Partner für die Teilung der Chancen und Risiken findet. Zusätzlich kann so eine Partnerschaft neue Chancen eröffnen.

Da nicht opponiert wird, gilt der Bemerkungsantrag als überwiesen.

Seite 4 – Empfehlungen und Massnahmen der Arbeitsgruppe

Peter Stofer möchte im Bereich Bikesport zu einem gewissen Augenmass aufrufen. Er findet es richtig, dass in diesem Bereich grosser Handlungsbedarf besteht, denn er selbst betreibt diesen Sport. Es gibt jedoch gewisse Bike Anlagen, wie z.B. Marbachegg, welche aus Sicht der Grüne/glp-Fraktion wenig ökologisch in die Natur eingepflegt wurden. Es ist wichtig, dass im Krienser Naherholungsgebiet die Anlagen sorgfältig und mit Augenmass in die Natur eingebaut werden.

Änderungsantrag KBSG: Seite 9 - Beschlusstext

Erwin Schwarz möchte im Namen der KBSG folgende Ergänzung überweisen:

«Die zukünftigen B&As zum Umsetzungsstand sollen im Titel den Namen «Gemeindesportanlagen- und Spielraumkonzept» tragen.»

Erwin Schwarz möchte im Namen der KBSG das Spielraumkonzept in den Titel aufnehmen. Dies fehlt ihrer Meinung nach. Da es vor der Abstimmung nicht mehr geändert werden kann, will die KBSG den Beschlusstext mit der Ziffer 4: «Die zukünftigen B&As zum Umsetzungsstand sollen im Titel den Namen «Gemeindesportanlagen- und Spielraumkonzept» tragen» ergänzen.

Da nicht opponiert wird, gilt der Antrag als überwiesen

Erich Tschümperlin hat eine Frage an den Stadtrat. Wichtige Sachen wurden ausgelagert und er hat gesehen, dass die Stadt Kriens eine Schiessanlage betreibt. Seiner Meinung nach ist dies keine Kernkompetenz der Verwaltung, deshalb möchte er wissen, ob geplant ist die Schiessanlage Stalden auszulagern?

Raphael Spörri möchte den aktuellen Stand vom Zaun beim Kleinfeld wissen.

Roger Erni dankt für die Fragen und sagt, dass zuerst die Verschiebung der Anlage geplant war und dann das neue Konzept im Kleinfeld. Aktuell ist der Stadtrat mit den Anspruchsgruppen unter anderem Sportschule, Sport Club Kriens und René Bienz in Verhandlungen. Der Beachvolleyclub wird Ende Dezember das Baugesuch einreichen. Die Stadt Kriens möchte den Zaun entfernen und eine Vereinzelungsanlage in das Freibad machen. Im April soll die Beachanlage verschoben werden. Aktuell wird noch abgeklärt was mit der jetzigen Fläche der Beachvolleyballfelder gemacht wird.

Marco Frauenknecht bedankt sich bei Roger Erni, da sie in der Vergangenheit zusammen für den Bereich Sport verantwortlich waren. Er antwortet noch auf die Frage von Erich Tschümperlin betreffend der Auslagerung des Schiessstands Stalden. Die Schiessanlage wird zusammen mit der Unterstützung von Horw und Luzern betrieben. Er nimmt die Thematik der Auslagerung sehr gerne auf und wird dies in der Zusammenarbeit mit dem Präsidialdepartement in Angriff nehmen.

Anmerkung vom Protokollführer: Eine Auslagerung der Schiessanlagen ist nicht möglich, da im Art. 2 Abs. 1 der Schiessanlagen-Verordnung (gestützt auf Art. 133 Abs. 3 Militärgesetz) geregelt ist, dass die Zuweisung und Einrichtung von 300-m-Schiessanlagen für die Bundesübungen und freiwilligen Übungen der Schiessvereine mit Ordonnanzmunition, ist nach Artikel 133 Absatz 1 des Militärgesetzes Sache der Gemeinden.

Karin Schuhmacher Bürgi liest den **Beschlussestext** vor:

1. Das Sportanlagenkonzept GESAK wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat wird beauftragt das Konzept - im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten umzusetzen.
3. Dem Einwohnerrat ist nach 4 Jahren über den Umsetzungsstand Bericht zu erstatten.
4. Die zukünftigen Berichte und Anträge zum Umsetzungsstand sollen im Titel den Namen: «Gemeinde-sportanlagen- und Spielraumkonzept» tragen.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 076/21:

Der Beschlussestext wird mit 25:0 Stimmen genehmigt.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja

Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

3. Bericht und Antrag: Anpassung des Reglements über die Erhebung einer Billettsteuer

Nr. 065/21

Laut Martin Zellweger hat die Kommission das Geschäft in der letzten Sitzung in erster Lesung behandelt. Und dazu folgendes festgehalten: Dieser Antrag zur Anpassung des Reglements über die Erhebung der Billettsteuer ist eines der diversen Projekte, welche aus der Finanzstrategie lanciert wurden. Die Anpassung des Reglements hat zum Ziel die bestehende Regelung der Billettsteuer auch auf lokal in Kriens ganzjährig tätige Vereine und wohltätige Stiftungen auszuweiten. Der Stadtrat errechnet sich mit dieser Anpassung einen Mehrertrag von ca. Fr. 100'000.00 bis Fr. 150'000.00. Diese Einnahmen sind auch im Budget 2022 und Finanzplan so vorgesehen, obwohl sie natürlich kaum schon Anfang des Jahres Wirkung zeigen werden, und 2022 somit kaum mit diesem Betrag gerechnet werden kann. Sämtliche Fraktionen sind auf das Geschäft eingetreten. Die Diskussion in der Kommission drehte sich um die grundsätzliche Berechtigung der bisherigen Ausnahme-Regelung, die in der Region einzigartig scheint. Natürlich werden sich die Vereine und Betroffenen nicht darüber freuen. Allerdings sah die Kommission auch die hohen Investitionen und die Ausgaben der Stadt Kriens, welche für Sport und Kultur getätigt wurden und auch heute noch geleistet werden. Ein Beitrag durch die Besucher, also nicht die Vereine selbst wäre durchaus berechtigt. Natürlich stand auch die Thematik der Zweckbindung bei einer Ausweitung, aber auch bei der aktuellen Beibehaltung zur Debatte, dies nicht zuletzt wegen des von der FDP in der Presse angekündigten Antrags. Es wurde angeregt eine gesamte Auslegeordnung vorzunehmen, so dass auch transparent wird, wie und wo bereits heute direkt oder indirekt Ausgaben der Stadt Kriens zu Gunsten der verschiedenen Vereine und Einrichtungen anfallen. Gemäss Stadtrat wäre eine Zweckbindung dieser Ausgaben in einem gebundenen Fonds, wie dies von der Stadt Luzern getätigt wird aufgrund des kleinen Steuerbetrags viel zu klein, im Verhältnis zu den effektiven Ausgaben zum selben Zweck. Gestört hat sich die Kommission an der Inkasso-Regelung für Veranstalter. Diese Regelung ist wieder eine Verkomplizierung und auch nicht üblich. Die Kommission hat dazu zwei Anträge zur Rückgängigmachung der Anpassung genehmigt, welche einstimmig und im Verhältnis 8:1 angenommen wurden. Die Anträge werden in der Detailberatung gestellt. Sämtliche Fraktionen waren für ein Eintreten und aus der Diskussion zeigte sich auch eine mehrheitliche Zustimmung zum Geschäft. Da es sich um eine erste Lesung handelt, fand noch keine Schlussabstimmung statt. Die Kommission dankt dem Stadtrat für die Vorbereitung des Geschäfts.

Simon Solari befürwortet im Namen der Grüne/glp-Fraktion die Bemühungen des Stadtrates, die leere Stadtkasse ein bisschen aufzufüllen. Die Streichung von Art. 4 Abs. 1c erachtet die Fraktion als sinnvoll, da für sie die Befreiung der Steuerpflicht für Veranstaltungen von Ortsvereinen und gemeinnützigen Stiftungen mit ganzjährlichen Aktivitäten nicht ersichtlich ist. Wichtig ist zu erwähnen, dass die Billettsteuer durch den Besucher der Veranstaltung finanziert wird. Die Vereine werden also nicht weiterhin dadurch belastet. Auf eine Zweckbindung der Einnahmen soll weiterhin verzichtet werden, weil dadurch die Einnahmen der Vereine geschmälert werden könnten. Bei einem Verzicht der Zweckbindungen hat es der Einwohnerrat in der Budgetberatung selber in der Hand, die Höhe der Beiträge an die Vereine zu bestimmen. Gemäss Fonds-Reglement (Art. 3 Abs. 3) ist es in Kriens nicht zulässig, allgemeine Steuermittel in einen Fond einzulegen, im Gegensatz zur Stadt Luzern, wo der Grosse Stadtrat Steuermittel in den Billettsteuerfond einlegen konnte.

Laut Martin Zellweger ist bekannt, dass der Kanton Luzern einer der wenigen Kantone ist, welcher die Billettsteuer kennt. Innerhalb des Kantons kennt Kriens als eine der wenigen Gemeinden die Billettsteuer bereits. Typischerweise sind es Zentrums- und Agglomerationsgemeinden wie Emmen, Luzern oder Ebikon, welche auch eine gewisse Zentrumsinfrastruktur führen und damit Veranstaltungsbedingte Kosten direkt oder indirekt stärker mittragen. Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich gegen neue Steuern und Abgaben. Trotzdem hat sich der Vertreter der SVP Kriens im Kantonsrat dafür eingesetzt, dass die Steuer im Kanton Luzern bestehen bleibt. Es sind eben genau diese Gemeinden, welche mit finanziellen Lasten zu kämpfen haben, welche den Ursprung in der Zentrumsfunktion nehmen. Kriens würde in der aktuellen finanziellen Situation nur noch mit einer weiteren Herausforderung konfrontiert, wäre diese Steuer vom Kanton abgeschafft worden. Die Krienser haben bei der Einführung der Billettsteuer dannzumal aber auch wieder eine Extrawurst eingeführt, welche keine andere Gemeinde in dieser Art kennt. Die Stadt Kriens hat Ortsvereine und gemeinnützige Stiftungen die ganzjährig in Kriens und Umgebung aktiv sind davon ausgenommen. Dies ist eine spezielle Ungleichbehandlung auch von Vereinen, welche in der Region Veranstaltungen organisieren, meint die SVP-Fraktion. Jetzt wo Le Theatre und Broadway Theater wegfallen bleibt noch ein kleiner Rest an Einnahmen. Um die Einnahmen wieder aufzubessern beantragt der Stadtrat nun auf diesen Ausschluss zu verzichten. Die grössten Betroffenen von dieser Regelung wären aller Voraussicht nach der SC Kriens oder der HC Kriens-Luzern. Kleinere Vereine mit weniger Veranstaltungsumsatz als Fr. 10'000.00 pro Jahr sind sowieso ausgeschlossen, also sind Kleinstveranstaltungen nicht betroffen. Kriens hat sich mit dem Bau vom Kleinfeld in grosse Unkosten gestürzt, mit der Pilatusarena grossartige Rahmenbedingungen für den HC Kriens-Luzern geschaffen, mit dem Schappe Süd einen einzigartigen Kulturraum geschaffen und einen neuen Pilatusaal präsentiert. Deshalb ist es aus Sicht der Fraktion in der aktuellen finanziellen Situation durchaus vertretbar, dass die Besucher d.h. die Nutzniesser dieser Einrichtungen auch ihren Beitrag leisten. Dafür müssten eigentlich die betroffenen Vereine klar Verständnis haben, sie profitieren auch von der geschaffenen Infrastruktur. Wie die SVP gehört hat, ist von dieser Seite mit einem Referendum zu rechnen. Die SVP-Fraktion möchte an dieser Stelle gerne auch einen Appell speziell an die Vereine sprechen, welche von den massiven Investitionen der Stadt Kriens profitieren. Viel Geld wurde für sie ausgegeben, das fehlt der Stadt heute. Wenn man bedenkt, dass die Stadt Kriens in gehetzter Zeit Millionen investiert hat, um beispielsweise für den SC Kriens den Bau eines modernen Stadions zu ermöglichen – die SVP kennt auch die Story der Mehrkosten zur Genüge – dann findet Martin Zellweger es doch sehr schade, wenn er genau aus exakt diesem Kreis jetzt der Presse entnehmen muss, dass «...*Kriens die Philosophie, das lokale Schaffen und die einheimischen Vereine zu fördern den Finanzen opfere*». Es erstaunt ihn schon wie vergesslich gewisse Exponenten gegenüber den Leistungen der Stadt Kriens zu sein scheinen. Die SVP-Fraktion unterstützt auch den Antrag der KFG die Klausel mit der 5 % Inkasso zu streichen. Es braucht nicht immer wieder Krienser Extra-Erfindungen wo man noch zusätzlich auf Geld verzichten könnte. Niemand macht das, scheint es ihnen, nur die Stadt Kriens. Der Antrag der FDP auf eine Zweckbindung der Einnahmen unterstützt die SVP-Fraktion nicht. Es ist ein zu kleiner Betrag für eine Zweckbindung im Verhältnis zu den effektiv von Kriens getätigten Ausgaben für Sport und Kultur und es würde den Stadtrat wieder einschränken. Aus finanzieller Betrachtung wäre dann das bestehende Budget einfach wieder um denselben Betrag zu kürzen, wenn das finanzielle Ziel erfüllt werden sollte, ansonsten ist es ein Nullsummenspiel. Die Billettsteuer zum jetzigen Zeitpunkt ganz abzuschaffen, wie das von der FDP als Reaktion angedroht wurde, ist in der aktuellen Finanzlage absolut daneben. Die SVP kann sich vorstellen die Abschaffung der Billettsteuer neu zu diskutieren, wenn es die Stadt Kriens geschafft hat ein paar positive Rechnungsabschlüsse zu präsentieren. Dafür macht sich die SVP-Fraktion gerne stark. Zurzeit ist es ihnen lieber ein paar Nutzniesser der Krienser Investitionen zu besteuern, als darauf zu verzichten und dann mit einer allgemeinen Steuererhöhung das Ganze auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Die SVP-Fraktion tritt also auf das Geschäft ein und wird sich diesmal dem Stadtrat nicht in den Weg stellen – wenn auch mit etwas Widerwillen.

Beat Tanner sagt, mit der vorliegenden Anpassung des Billettsteuer Reglements schlägt der Stadtrat einer Änderung zu Lasten der Veranstalter von Sport- und Kulturinstitutionen vor. Mit dieser Ausweitung der Billettsteuer Pflicht will der Stadtrat Mehreinnahmen für die Stadtkasse generieren. Für die Stadt soll das Mehreinnahmen von Fr. 150'000.00 bis 200'000.00 generieren, was das Finanzproblem von Kriens über-

haupt nicht löst. Veranstaltungen von Ortsvereinen oder gemeinnützigen Stiftungen, die während des ganzen Jahres in Kriens und Umgebung Aktivitäten ausüben, sollen nicht mehr von der Billettsteuer befreit sein. Für diese Kriener Vereine aber sind Fr. 200'000.00 ein immens grosser, finanzieller Aufwand. Aus Sicht der FDP Kriens ist dies ein völlig falscher, oder gar fataler Weg. Zum einen helfen die Mehreinnahmen der Stadt Kriens unwesentlich, da ein höherer Verwaltungsaufwand gemacht werden muss und viel mehr Geld in der Stadtkasse fehlt. Daneben hält der Stadtrat und eine Mehrheit des Parlaments die Finanzstrategie gar nicht ein. Trotz Defizit baut der Stadtrat munter Stellen aus und der Sachaufwand wächst zweistellig. Und jetzt sollen die Krienser Vereine helfen den Finanzhaushalt zu sanieren. Da müssen sich die Krienser Vereine und Institutionen wohl sehr dumm vorkommen! Nein so geht das nicht, findet die FDP. Laut der Fraktion sind in der Stadt Kriens viele Vereine in den Bereichen Sport, Kultur, Kunst und Gesellschaft tätig und erbringen einen hohen Nutzen für das gesellschaftliche Leben. Die Sportvereine, die Quartiervereine, die Musikgesellschaften und viele andere Organisationen tragen massgebend dazu bei, dass alle Krienserinnen und Krienser ein breites Angebot an Freizeitbeschäftigungen nutzen können. Vor allem auch das positive Wirken zu Gunsten von Kindern und Jugendlichen ist äusserst wichtig. Gerade im Sport bestehe die Chance, soziale Kompetenzen, Integrationsbereitschaft und Inklusion nachhaltig zu vermitteln. Mit einer Änderung des vorliegenden Billettsteuer Reglements kann die Basis gelegt werden, um mit zusätzlichen Beiträgen an Vereinen und Organisationen deren grosse Arbeit zu unterstützen. Es gibt für die FDP der Stadt Kriens also zwei Möglichkeiten. Entweder man verzichtet gänzlich auf die kommunale Billettsteuer und folglich auf zusätzliche finanzielle Unterstützungen im Bereich Kultur- und Sport, aufgrund der Krienser Finanzlage. Die FDP-Fraktion bietet Hand, die Arbeit der Krienser Vereine und Institutionen mit einer Zweckbindung der Billettsteuer zusätzlich und unbürokratisch zu unterstützen. Mit der Pilatusarena werden voraussichtlich auch viele kommerzielle Anlässe in Kriens stattfinden, welche wesentlich höhere Einnahmen erwarten lassen. Diese Gelder könne man in Kriens zielgerichtet für eine zusätzliche Sport- und Kulturförderung einsetzen. Der Aufwand für das Inkasso hat man so oder so, die Verteilung der Gelder kann die Kultur- und Sportkommission sehr effizient und ohne grossen Verwaltungsaufwand seitens der Stadt vornehmen. Deshalb stellt die FDP den Antrag zu Zweckbindung der Billettsteuer. Lehnt die Mehrheit des Einwohnerrats eine zusätzliche finanzielle Sport- und Kulturförderung ab, wird die FDP-Fraktion in der zweiten Lesung dafür kämpfen, die Billettsteuer ersatzlos abzuschaffen. Die Gesellschaft soll die grosse Arbeit im Bereich Kultur und Sport auch finanziell wertschätzen. Entweder mit der Billettsteuer zu Gunsten der Vereine oder ohne Billettsteuer, welche den Aufwand der Vereine senken wird. Die Fraktion bedankt sich für die Unterstützung ihres Antrags zu Gunsten aller Krienser Vereine und Institutionen.

Andreas Vonesch sagt, Die Mitte/ Die junge Mitte-Fraktion ist für ein Eintreten. Die Fraktion wird den skizzierten Weg des Stadtrats unterstützen. Die Mitte/ Die junge Mitte-Fraktion hat in den Budgetdebatten gesagt, dass die Stadt Kriens auch die Einnahmenseite stärken muss. Mit der Reglementsanpassung zur Billettsteuer wird somit eine Massnahme umgesetzt, die auch im Planungsbericht «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» aufgeführt ist. Es ist ja keine neue Steuer, sondern eine Anpassung und Präzisierung in einem bestehenden Reglement, wo heutige Ausnahmeregelungen ausnivelliert und zu mehr Gleichheit führt. Das Steuerobjekt sei der Besucher und nicht der Verein, meint Die Mitte/ Die junge Mitte-Fraktion zu dem Antrag von Beat Tanner. Der Besucher nimmt eine Dienstleistung in Anspruch und zahlt einen kleinen Teil mit dem Ticketpreis. Auch werden ganz viele auswärtige Besucher ihren Teil dazu beitragen. Und es darf nicht vergessen werden, dass schlussendlich die Stadt Kriens mit vielen Investitionen z. B. in Infrastrukturen dazu mitgeholfen hat, dass solche Anlässe durchgeführt werden können. Wenn der Einwohnerrat die Reglementsänderung nicht annimmt, dann gehen der Stadt Kriens zukunftsgerichtet wichtige Beträge verloren. Die Fraktion denkt dabei an die Eröffnung einer Pilatusarena. Es ist ja dann nicht nur der Handballclub, der darin seine Spiele abhalten wird. Viele, auch nationale Events werden nach Kriens kommen. Und man soll auch kulturelle Anlässe im Gebiet Südpol nicht vergessen, z. B. mit Anlässen im neuen Orchesterhaus des Luzerner Symphonieorchesters. Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion hat auch die Zweckbindung diskutiert und ist grossmehrheitlich der Meinung, dass darauf verzichtet werden soll. Somit wird Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion auch den Antrag der FDP nicht unterstützen. Hier haben ihre Jungen eine andere Sichtweise. Diese wird von ihnen respektiert. Sie meinen, dass Unterstützungsbeiträge unabhängig

bleiben sollten. Eine Zweckbindung müsse man wahrscheinlich in Form eines Fonds vornehmen. Dies auf-erlege aber dem Stadtrat ein enges Korsett und schränkt seine Handlungsfreiheit ein. Die Fraktion möchte, dass die Gelder punktuell dort eingesetzt werden können, wo sie gebraucht werden. Für Die Mitte/ Die junge Mitte-Fraktion ist aber klar, dass dies weiterhin insbesondere in der Vereinsförderung, für Sport und für die Kultur geschehen muss. Darauf vertrauen sie dem Stadtrat.

Michael Portmann dankt im Namen der SP-Fraktion als erstes dem Stadtrat, dass er weiterhin an der Finanzstrategie «Stadtfinanzen im Gleichgewicht» festhält. Insgesamt werden aktuell über 30 Projekte aus dieser Strategie an unterschiedlichen Stellen in der Stadtverwaltung bearbeitet. Das Projekt «Billettsteuer an die heutigen Gegebenheiten anpassen» gehört für die SP-Fraktion zu diesen Projekten, die langfristig die Stadtfinanzen entlasten. Die Stadt Kriens hat in den letzten Jahren viel in die stadteigene Infrastruktur investiert. Dies hat auch damit zu tun, dass sich die Krienser Bevölkerung vor ziemlich genau zehn Jahren explizit gegen eine Fusion mit der Stadt Luzern ausgesprochen hat. Aus diesem «Nein» zur Fusion hat sich eine Gegenbewegung aufgebaut, welche bis heute darin besteht, eine eigenständige Stadt mit eigenem klar definiertem Stadtzentrum zu werden. So wurde das Schappe-Kulturquadrat inklusive Musikschule neu aufgebaut. Dass gleichzeitig auch der Fussballclub ein neues Stadion erhalten hat und auch der Handballclub mit der Pilatusarena den Schritt zu einem echten regionalen Leistungszentrum wagt, zeigt, wie sich Kriens in Sachen Kultur- und Sportförderung als Stadt entwickelt. So entstanden im Bereich Kultur und Sport immer mehr Orte mit überregionaler Ausstrahlung. Beispiele dafür sind das Stadion Kleinfeld, das Museum im Bellpark, das Schappe-Kulturquadrat, der Musik-Cluster am Südpol, das B-Sides oder die Pilatusarena, sagt Michael Portmann. Es ist nur richtig, wenn die Finanzen der Stadt Kriens nach den grossen Investitionen etwas entlastet werden, damit die negativen Folgen dieser Parforce-Leistung etwas gemildert werden kann. Deshalb wird die SP-Fraktion auf die Vorlage eintreten und dankt dem Stadtrat für deren Ausarbeitung. Die Fraktion dankt auch allen Parteien im Rat, welche ein allererstes Mal beinahe einstimmig einer Anpassung auf der Einnahmenseite zustimmen. Die SP begrüsst dies sehr, Michael Portmann scheint, dass es beim Rat endlich angekommen sei, dass die Stadt Kriens enorm wächst und sich gleichzeitig zur eigenständigen Stadt weiterentwickelt. Einem Wohn- und Arbeitsort, welcher auch in Sachen Kultur und Sport etwas zu bieten hat, was überregionale Strahlkraft entwickelt. Zu den Anträgen hat die SP-Fraktion folgende Meinung: Sie stellen wieder einmal fest, dass die grösste Kultur- und Sportförderin in der Stadt Kriens immer wieder vergessen geht. Die Volksschule hat gemäss dem Volksschulgesetz Artikel 10, Absätze d und e, einen obligatorischen Grundauftrag, gemäss welchem die Kinder in den Bereichen «Musik, Kunst und Gestaltung» und «Bewegung und Gesundheit» gefördert werden müssen. Er weist auf die Volksschule Kriens als wichtige Kultur- und Sportförderin hin, weil das Interesse an Musik, Kultur und Sport oft in der Schule geweckt wird. Er kann sich noch gut an die Wanderpokale des Jugendskitages erinnern, welche auf dem Schrank im 1./2.Klasse-Schulzimmer standen. Wie jedes Kind hat er davon geträumt, einmal einen solchen Pokal zu erhalten, was ihn zu einer längeren Karriere als Langläufer angespornt hat und schliesslich hat er den Wanderpokal für den schnellsten Langläufer auch erhalten. Dieses Interesse führt dann dazu, dass die Krienser Sport- und Musikvereine immer wieder neuen Nachwuchs haben. Was passiert nun, wenn diese Kultur- und Sportförderung gekürzt wird? Als Beispiel dafür nennt er der obligatorische Schwimmunterricht, welcher mit dem Budget 2022 nebenbei aufs gerade noch erlaubte, gesetzliche Minimum reduziert wird. Ob damit das Ziel «sich sicher im Wasser bewegen können» für alle Kinder in Kriens erreicht wird, ist für die SP-Fraktion fraglich. Beide Anträge für die Zweckbindung der Billettsteuer zielen nur auf ausserschulische Kultur- und Sportförderung stellt er fest. So wäre es dem Stadtrat nicht mehr möglich, den Schwimmunterricht mit Beträgen aus der Billettsteuer zu fördern. Auch macht es dann wenig Sinn, wenn die Stadt eine neue Schwimmhalle anstrebe, aber der Volksschule die Mittel für die Kultur- und Sportförderung kürzt. Für ihn ist klar, der Stadtrat muss eine Kultur- und Sportförderung, für alle Kinder in der Volksschule sicherstellen und muss dazu auch die Einnahmen aus der Billettsteuer verwenden dürfen. Nur so entsteht eine Entlastung der Stadtfinanzen. Deshalb lehnt Michael Portmann persönlich die beiden Anträge zur Zweckbindung klar ab. Auch würde der Aufwand immens gross. Die SP-Fraktion erwartet, dass der Stadtrat eine Abrechnung führt, wer wie unterstützt wird, und empfiehlt der KBSG, dass sie diese Abrechnung ab und zu einsehen. Die Anträge der KFG dagegen wird die SP-Fraktion annehmen, weil der Inkasso-Beitrag angesichts des kleinen Beitrages nur sehr wenig Sinn macht und 20 Tage für eine Abrechnung ausreicht.

Cyrill Zosso bringt etwas Pathos in die Runde und nennt die FDP-Fraktion den Winkelried von Kriens. Aus seiner Sicht ist es ein billiger «Bubentrick» seitens der FDP, wenn sie sich so grosszügig zeigen und die Vereine in Kriens auf keinen Fall belasten wollen. Es wäre eigentlich auch im Sinne der Grüne/glp-Fraktion, Sport- und Kultur in Kriens zu beleben. Jedoch möchte er auf die jeweiligen Szenarien im Budgetprozess aufmerksam machen. Der Spardruck ist so hoch, dass die Schraube immer weiter angezogen wird. Dies kann wie von Michael Portmann erwähnt, dazu führen, dass man z.B. beim Schwimmunterricht beginnt zu sparen, oder dass der Giftschränk der aufgeführten Sparmassnahmen geöffnet wird. Darin wäre dann nicht mehr von unwesentlichen Einsparungsmöglichkeiten die Rede, sondern es werden um jede zehntausend Franken gekämpft.

Laut Beda Lengwiler hält Die junge Mitte, eine Anpassung des Reglements über die Billettsteuer nicht für Sinnvoll. Die Änderung, welche sie als einzige im Parlament vertretene Jugendpartei nicht akzeptieren können ist, dass der SC Kriens, HC Kriens-Luzern und speziell auch der Südpol zukünftig auch eine Billettsteuer zahlen müssen. Ihnen ist klar, Kriens hat kein Geld und muss schauen, dass keine roten Zahlen mehr geschrieben werden. Erträge müssen vergrössert werden, ansonsten muss bei den Ausgaben noch tiefer in den Giftschränk gegriffen werden. Für Die junge Mitte ist jedoch auch klar, dass die Einnahmen durch die Billettsteuer allein die finanzielle Situation kaum verbessern werden. Die Wirkung der zusätzlichen Billettsteuer sind im Vergleich zum ausgelösten Ärger klein. Die Stadtfinanzen sollen also nicht auf dem Buckel der ansässigen Kultur- und Sportvereine und der oft jugendlichen Zuschauer, ins Lot gebracht werden. Die Kultur- und Sportförderung ist wichtig und soll nicht geschwächt werden. Wenn Steuern erhöht werden, muss dies über eine Erhöhung des Steuerfusses für die Einkommens- und Vermögenssteuern passieren und nicht über Sondersteuern wie die Billettsteuern. Was der Stadtrat mit der Reglementsanpassung erreicht ist bloss, dass die zwei grössten Sportvereine und der beliebteste Konzertanbieter für Jugendliche Südpol besteuert und somit geschwächt wird. Die drei angesprochenen Organisationen sind jene, die speziell bei den Jungen beliebt sind und sie in den Bereichen: Sport, dem Sozialen und der Kultur fördern. Beda Lengweiler geht noch speziell auf den Südpol ein. Denn der Südpol ist ein Verein, der auf Krienser Grund die Kultur selbstständig und erfolgreich fördert. In den letzten Jahren gewann der Südpol stets an Beliebtheit. Er deckt eine sehr grosse Bandbreite an Angeboten ab. Von Poetryslam über Konzerte bis Clubveranstaltungen. Der Südpol ist also mit seiner Vielfalt eine der beliebtesten Kulturinstitutionen in Kriens. Die Stadt Kriens darf stolz sein, eine überregional bekannte Institution in Kriens zu haben, die in den letzten Jahren viel Erfolg hat, und wir dürfen diesen Erfolg folglich nicht durch eine neu eingeführte Steuer ausbremsen, sagt Beda Lengweiler. Die junge Mitte wäre mit einer Anpassung in diesem Ausmass nur einverstanden, wenn die Einnahmen der Billettsteuer – wie in der Stadt Luzern praktiziert – zweckgebunden für die Kultur- und Sportförderung verwendet wird. Da er als 20-Jähriger mit Abstand der Jüngste im Einwohnerrat ist und Die junge Mitte die einzige Jungpartei mit einem eigenen Sitz im Einwohnerrat ist, können sie nichts anderes tun, als die Änderung abzulehnen! Die junge Mitte fordert den Einwohnerrat auf an die Jungen zu denken und mit ihnen zusammen diese Änderung abzulehnen. Als Alternative, stellt Die junge Mitte einen eigenen Antrag: Es soll ein Zweckartikel ergänzt werden, welcher eine Zweckbindung der Billettsteuer für Kultur und Sport vorsieht: Art. 1a Zweckbindung. 1 Die gesamten Erträge der Steuer sind für die Förderung der Krienser Kultur- und Sportvereine zu verwenden. 2. In der Jahresrechnung ist nachzuweisen, dass für die Kultur- und Sportvereine mindestens Förderungen im Umfang der Billettsteuereinnahmen getätigt wurden.

Auch für Räto Camenisch ist es nicht einfach die Vereine von Kriens zu besteuern. Er erinnert nochmal daran, dass der Kanton die Billettsteuern abschaffen wollte und alle Krienser Vertreter im Kantonsrat sich dagegen gewehrt haben. Damit dieser Schritt, welcher nun leider gemacht werden muss, weiterhin möglich ist. Er würde sich beschissen vorkommen, wenn dies jetzt abgelehnt würde.

Laut Erich Tschümperlin ist der Vorschlag von Beda Lengwiler eigentlich genau das, was die Grüne/glp-Fraktion verlangt. Sie wollen eine Auslegeordnung, worauf ersichtlich ist wieviel die Stadt Kriens für die Krienser Vereine ausgibt und die Ausgaben sollten die Einnahmen durch Billettsteuern mindestens decken. Der Vorschlag von der FDP-Fraktion wäre jedoch eine zusätzliche Subvention von den Vereinen und dies ist aus Sicht der Grüne/glp-Fraktion in der aktuellen Situation nicht möglich. Die heutigen Ausgaben für die Vereine sind schon sehr hoch. Als Beispiel nennt Erich Tschümperlin die Kosten für die Reinigung vom Harz von einem Training oder Spiel des Handball Club Kriens. Seiner Meinung nach dürften sich die Krienser Vereine nicht beschweren, weil die Stadt schon sehr viel Geld für den Sport und Kultur investiert hat.

Roger Erni sagt, die Billettsteuer ist das Projekt Nummer 24 aus der Finanzstrategie. Zu Beginn möchte er dem Einwohnerrat Stand Ende November 2021 aufzeigen, wie es um die Billettsteuer-Situation aussieht. Budget 2021 Fr. 30'000.00 Auf dem Konto 20.91.01.00.0 auf dem Konto befinden sich Fr. 3'838.00. Alle wissen wie es mit der Pandemie aussieht und, dass die Billettsteuer mit der ersten Lesung nicht am 1. Januar 2022 eingeführt wird, das heisst es wird sehr schwierig die Fr. 150'000.00 zu erreichen. Dieses Projekt kommt erst heute, der Stadtrat debattierte bereits im Januar 2021 darüber, musste dann aber den Entscheid vom Kanton abwarten. Die Billettsteuer wurde vom Kantonsrat nicht abgeschafft, weil sich vor allem die städtischen Stadträte dagegen gewehrt haben. Diese Billettsteuer löst natürlich das Finanzproblem nicht. Dies ist aber ein Teil der Finanzstrategie und der Stadtrat versucht die Krienser Finanzen wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Welche Kultur und Sportinstitutionen sind davon betroffen? Zu dieser Frage möchte Roger Erni einige Zahlen mit auf den Weg geben. Aktuell der grösste Profiteur von der Kultur- und Sportförderung im Budget 2022 ist das Museum im Bellpark. Man hörte bereits vom HC Kriens-Luzern und SC Kriens. Auch der Südpol und das LSO müssten neu die Billettsteuern bezahlen, weil die Ausnahmeregelung wegfällt. Die Musikhochschule, die Hamu, die Bunte Bühne und ab 2024 die neue Sportarena im Mattenhof, hier gibt nicht nur Roger Erni zu, hofft nicht nur der Stadtrat auf einige Einnahmen. Dort kommen klassischerweise die Auswärtigen an Konzerte und Veranstaltungen und würden so Kriens über die Billettsteuer einige Einnahmen generieren. Wichtig für den Einwohnerrat zu wissen: Der Stadtrat stellt im Budget 2022 folgend Beträge ein. Beiträge an Kulturvereine Fr. 57'100.00, Beiträge an Museum im Bellpark Fr. 340'000.00, Kunst- und Kulturförderung Fr. 18'000.00, Beiträge an Ludothek Fr. 11'000.00, Beiträge an Spielgruppen Fr. 5'000.00, Beiträge an Sportvereine Fr. 112'600.00, Das sind Total Fr. 543'700.00. Es wäre natürlich möglich die Fr. 150'000 da auch noch einzubinden, wenn der Einwohnerrat eine Zweckbindung beschliesst jedoch wird der Stadtrat dem opponieren. Zum in der KFG klar abgelehnten Passus unter Art. 11 (5 % Ausnahmelösung) Dabei werden dem Veranstalter für das Inkasso der Billettsteuer 5 % des Steuerbetrages als Inkassoprovision gutgeschrieben. Dies ist ein Extraweg, er Erni Martin Zellweger recht. Man darf aber nicht vergessen, dass man bis jetzt auch eine Ausnahmeregelung hatte. Wenn der HC Kriens-Luzern in der Maihofhalle spielte, hat er in der Stadt Luzern Billettsteuern abgegeben und in der Krauerhalle nicht. Der Stadtrat hat also beschlossen diese Ausnahme abzuschaffen und ist sich auch bewusst, dass sie damit dem ein oder anderen Verein keine Freude bereiten. Diese Vereine werden zusammenstehen und das Referendum ergreifen. Der Stadtrat und eigentlich auch der Einwohnerrat muss in erster Linie zu der Stadt Kriens schauen und in zweiter Linie natürlich zu einem attraktiven Kriens. Da gehen jedoch die Finanzen dem attraktiven Kriens vor. Die Stadt Kriens braucht diese Einnahmen. Roger Erni dankt für das Mehrheitlich ausgesprochene Vertrauen in den Stadtrat und für die Unterstützung in Sachen Finanzstrategie 2020-2024.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Antrag Synopse Art. 1

Beda Lengwiler stellt im Namen der Die junge Mitte Partei folgenden Antrag:

Falls Eintreten beschlossen wird, soll einen zusätzlichen Artikel mit folgendem Wortlaut eingefügt werden:

Art. 1a Zweckbindung

1 Die gesamten Erträge der Steuer sind für die Förderung der Krienser Kultur- und Sportvereine zu verwenden.

2 In der Jahresrechnung ist nachzuweisen, dass für die Kultur- und Sportvereine mindestens Förderungen im Umfang der Billetsteuereinnahmen getätigt wurden.

Martin Zellweger lehnt die Zweckbindung im Namen der SVP-Fraktion ab. Zudem findet er, dieser Artikel ist unnötig, da die Ausgaben die Einnahmen bereits bei weitem übersteigen und dies somit bereits erfüllt ist.

Beda Lengwiler ist klar, dass dies bereits bezahlt wird, jedoch soll dieser Artikel als Absicherung gelten, damit diese Leistungen auch weiterhin so gewährleistet sind.

Antrag Beda Lengwiler

Mit 23:2 Stimmen wird der Antrag abgelehnt

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Camenisch Rätö	Nein
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Nein
Gut Kathrin	Nein
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Nein
Schwarz Erwin	Nein
Seeger Cedric	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Nein

Antrag FDP-Fraktion

Beat Tanner möchte im Namen der FDP-Fraktion folgenden Antrag überweisen

«Der Stadtrat wird beauftragt für die zweite Lesung folgende Punkte in das Reglement zu integrieren:

Zweckbindung

1 Die gesamten Erträge der Steuer sind für die Sport- und Kulturförderung zu verwenden.

2 Diese Einnahmen werden in einen Fonds für die Unterstützung von Sport- und Kultur gelegt.

Verwendung der Gelder

1 Die zur Verfügung stehenden Mittel im Fonds dienen insbesondere dazu, die Leistungsfähigkeit und die Tätigkeit von Institutionen der Kultur und des Sportes mit Sitz in der Stadt Kriens mit einem Beitrag zu fördern.

2 Über die Auszahlung der Beiträge entscheidet abschliessend die Sport- und Kulturkommission.

Beitragsbemessung

1 Die Höhe des Beitrages richtet sich nach dem Leistungsausweis (Jugendarbeit) über die Tätigkeit im kulturellen oder sportlichen Bereich. Die Summe aller Beiträge darf das Fondsvermögen nicht übersteigen.

Aufsicht

1 Die Fondsabrechnung über die Beiträge ist mit der Jahresrechnung der Stadt Kriens dem Einwohnerrat zur Kenntnis zu unterbreiten. »

Beat Tanner ergänzt noch sein Eintretens Votum betreffend des Aufwands, denn die Stadt Kriens hätte laut dem Antrag der FDP-Fraktion nicht mehr Aufwand, weil sie wollen, dass die zusätzlichen Beiträge über die Kultur- und Sportkommission gesprochen werden. Weiter stellt Beat Tanner betreffend der Aussage von Erich Tschümperlin «es werden zusätzliche Ausgaben von der FDP-Fraktion beschlossen» klar, dass jetzt in erster Linie Einnahmen beschlossen werden beim Reglement über die Billettsteuern.

Erich Tschümperlin opponiert im Namen der Grünen/glp-Fraktion. Es wurde bereits erwähnt weshalb, jedoch möchte er noch folgendes ergänzen. Er findet es sehr heikel, wenn eine Kommission über Steuereinnahmen beschliessen kann. Dies wäre seiner Meinung nach kein seriöser Umgang mit Steuermitteln. Laut der Grünen/glp-Fraktion bräuchte es dafür ein genaues Reglement.

Beat Tanner sagt, mit der Zweckbestimmung wird genau dieses Reglement beschlossen. Abschliessend beschliesst dann die Kommission, welcher Verein wie viel erhält, da dies viel effizienter wäre.

Abstimmung Bemerkungsantrag FDP-Fraktion

Mit 18:7 Stimmen wird der Bemerkungsantrag abgelehnt.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Camenisch Rätö	Nein
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gut Kathrin	Nein
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Nein
Schwarz Erwin	Ja
Sege Cedric	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein

Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Änderungsantrag KFG: Seite Seite 3 – Artikel 11

Martin Zellweger möchte im Namen der KFG folgenden Satz im Artikel 11 anpassen:

Alt: „...spätestens 10 Tage nach Abschluss...“

Neu: „...spätestens 20 Tage nach Abschluss...“

Martin Zellweger sagt, dass diese Verkürzung vom Stadtrat nicht plausibel erklärt werden konnte und die KFG sieht diese als Erschwerung für die Vereine.

Da nicht opponiert wird, gilt der Antrag als überwiesen.

Änderungsantrag KFG: Seite 3 – Artikel 11

Martin Zellweger möchte im Namen der KFG folgenden Satz im Artikel 11 streichen:

«Dabei werden dem Veranstalter für das Inkasso der Billettsteuer 5 % des Steuerbetrags als Inkassoprovision gutgeschrieben.»..

Martin Zellweger erklärt, dass sich die Kommission an der Inkasso-Regelung für Veranstalter gestört hat. Diese Regelung sei wieder eine Verkomplizierung und nicht üblich. Die grösseren Vereine haben mit ihren heutigen Kassensystemen keine Mühe eine solche Abrechnung automatisiert zu erstellen. Auch sonst sollte der Aufwand überschaubar sein. Die Stadt hätte dann sinngemäss eine 9.5 % Billettsteuer an die Gemeinde Kriens. Die KFG beantragt auf diese gut gemeinte Klausel zu verzichten. Der Antrag für die Streichung des Satzes war in der KFG einstimmig.

Roger Erni opponiert dem Antrag der KFG und sagt, es sind nur 5 % von 10 % und somit wäre der Steuersatz bei 9.95 %. Dies soll ein Kompromiss sein, da sich der Stadtrat bewusst ist, dass sie den Vereinen und Institutionen etwas Leid zufügen mit diesem Entscheid. Der Stadtrat bittet den Einwohnerrat dies so anzunehmen, da ansonsten die Mehrheitsfähigkeit geschmälert wird.

Abstimmung Änderungsantrag KFG: Seite 3 – Artikel 11

Mit 18:7 Stimmen wird der Änderungsantrag KFG angenommen.

Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Nein
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja

Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	NICHT ABGESTIMMT
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Nein
Schwarz Erwin	Ja
Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

Cyrill Zosso stellt einen Rückkommensantrag, da die Abstimmung über die Artikel 11 nicht ganz klar war. Wurde «Ja» gestimmt wenn man für die Streichung von diesem Satz war?

Anita Burkhardt-Künzler merkt an, dass über den Rückkommensantrag abgestimmt wird. Wer möchte, dass diese Abstimmung nochmal durchgeführt wird und ebenfalls nochmals erläutert wie genau abzustimmen ist.

Abstimmung Rückkommensantrag

Mit 22:3:1 Stimmen wird der Rückkommensantrag angenommen

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Enthaltung
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Abstimmung Änderungsantrag KFG: Seite 3 – Artikel 11

Mit 24:2 Stimmen wird der Änderungsantrag KFG angenommen.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Nein
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Sege Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

Da dies eine erste Lesung ist, gibt es noch keine Schlussabstimmung. Die Schlussabstimmung folgt nach der 2. Lesung, welche zeitnah erfolgen wird. Somit ist dieses Traktandum erledigt.

4. Bericht und Antrag: Immobilienstrategie**Nr. 073/21**

Anita Burkhardt-Künzler begrüsst den Sachverständige Marco Capitelli

Martin Zellweger bedankt sich im Namen der KFG bei dem Stadtrat und den verantwortlichen, im speziellen Marco Capitelli, für die Erarbeitung dieser wichtigen strategischen Grundlage. Es wurde eine Basisarbeit gemacht, auf der die Stadt unabhängig von jeglicher politischer Stossrichtung zukünftig aufbauen kann und auch muss. Die KFG gratuliert zu dieser Arbeit. Das gesamte Strategiedokument mit Anhang beinhaltet zum einen ein umfassendes Inventar mit allen Immobilien in Krienser Besitz. Wie die KFG gelesen hat, handelt es sich dabei um ein umfassendes Immobilienportfolio von 353 Grundstücken, 246 Gebäuden mit einem Gebäudeversicherungswert von ca. 336 Millionen Franken. Dass für den Umgang und für die Bewirtschaftung eines solch zentralen Vermögensbestandteils der Stadt eine Strategie erarbeitet wurde ist erfreulich, aber auch notwendig. Neben den übergeordneten Zielen und Grundsätzen wurde das gesamte Inventar in Teilportfolios unterteilt und gegenüber diesen Teilportfolios wiederum Ziele und Massnahmen definiert. Letztendlich existiert für jedes Objekt eine Stossrichtung für die Zukunft, welche Teil der Gesamtstrategie sind. Die KFG hat lange auf die Immobilienstrategie gewartet, denn sie ist zugleich auch ein wichtiger Teil der Finanzstrategie. Nur in vollständiger Kenntnis des Immobilien-Vermögens kann die Stadt diese knappen Finanzen gezielt einsetzen, Unterhalt aber auch werterhaltende Investitionen oder Desinvestitionen im Gleichgewicht halten und die Finanzen nachhaltig beeinflussen. Die KFG hat über den Bericht und Antrag

zu verschiedensten Punkten die Diskussion geführt und wurde von den Anwesenden Marco Capitelli und Roger Erni kompetent und transparent informiert. Schwerpunkte der Diskussion waren mehrheitlich im Zusammenhang mit den strategischen Zielen und Grundsätzen. Es wurde beispielsweise die Wichtigkeit einer qualitativ guten Immobilienbedarfsplanung der Nutzer betont. Beispielsweise ist eine fundierte Schulraumstrategie wesentlicher Erfolgsfaktor für eine erfolgreiche Umsetzung der Immobilienstrategie. Dies gilt auch für weitere Bereiche oder Abteilungen. Weiter sollte der Anspruch einer nachhaltigen und umfassenden Quartier- und Stadtentwicklung auch in den Zielen explizit gewichtet werden. Dazu hat die KFG einen Antrag einstimmig verabschiedet. Ebenso störte man sich an der Benennung eines veralteten Gebäudestandards 2015 und beantragt ebenso einstimmig die Formulierung so zu ändern, dass ein aktueller Standard befolgt wird. Die Kommission hat auch in die Stadtinternen Details des Inventars des Vermögensbestandes Einsicht erhalten. In einer umfassenden Auflistung sämtlicher Teilportfolios wurde zu jedem Objekt letztendlich eine Objektstrategie ausgewiesen. Die KFG wird sich auch noch weiter mit dem Bericht befassen und Gelegenheit haben diese sehr umfassenden Informationen zu verarbeiten. Politisch wird die Kommission dann natürlich bei der Umsetzung der Strategie bei den relevanten Geschäften und Anträgen, gemäss Zuständigkeit, im Einwohnerrat ihre diversen Fraktions-Positionen einbringen. Die KFG bedankt sich für die Vorlage des Geschäfts, sie war einstimmig für Eintreten und empfiehlt ebenso einstimmig den Bericht und Antrag zur Kenntnis zu nehmen.

Laut Pascal Meyer bedankt sich die Grüne/glp-Fraktion für die akribische Ausarbeitung von der Immobilienstrategie. Man spürt nun wirklich, dass Kriens eine Stadt wird. Endlich sind die 3,4 Millionen Quadratmeter Immobilien von der Stadt Kriens erfasst und Systematisch mit Entwicklungszielen versehen. Der Grundgedanke, dass differenziert Umgang mit Verwaltungs- und Finanzvermögen und braucht ist nachvollziehbar. Verwaltungsvermögen soll Bedarfs- und Standortgerecht unterhalten werden. Die Grüne/glp-Fraktion sieht in diesen Grundlagen noch Anpassungsbedarf bei den ökologischen Zielen. Gegenwertig wird ein sieben Jahr alter Gebäudestandart als Zielwert definiert, dies ist in Anbetracht der Herausforderung des Klimawandels noch nicht die richtige Formulierung. Die Fraktion fordert einen stärkeren Fokus. Finanzvermögen soll ertragsorientiert bewirtschaftet werden und als strategische Reserve dienen. Am 20. Juli 2021 wurde die Bodeninitiative eingereicht, somit soll der Fokus auf den Werterhalt der stadteigenen Immobilien gelegt werden. Die Fraktion ist überzeugt, dass kurzfristig grosses Einkommen weniger Gegenwert hat, als der Nutzen von den stadteigenen Parzellen in Zukunft. Die Grüne/glp-Fraktion will nicht, dass der Stadtrat aufgrund von einseitiger Priorisierung der Massnahmen aus dieser Immobilienstrategie nur die kurzfristige finanzielle Stabilisierung im Blick hat. Die durch den Stadtrat kommunizierten Verkaufsabsichten in diesem Jahr hinterlassen der Fraktion diesen Eindruck. So ist in der Metaplanung auch der Start von diesen Verkaufsprozessen als eine der ersten Massnahmen vorgesehen. Der starke Fokus auf Desinvestitionen in dieser Immobilienstrategie ist ohne Klärung von der Frage der Bodeninitiative nicht abschliessen politisch beurteilt. Es gibt auch Parallelen zum Geschäft von vorher mit den Billettsteuern, bei dem der Kantonsrat noch eine Entscheidung treffen musste bevor weitergemacht werden kann. Die Grüne/glp-Fraktion nimmt diese Strategie jedoch zur Kenntnis.

Martin Zellweger freut sich im Namen der SVP über die Immobilienstrategie nach dem langen Warten. Die Fraktion bedankt sich bei dem oder den Autoren und dem Stadtrat für die Vorlage dieses Berichts. Wenn man den Umfang des Krienser Immobilienvermögens sieht, dann ist es für die SVP-Fraktion unvorstellbar, wie man bisher auf eine solche strategische Grundlage verzichten konnte. Es ist erstaunlich, dass das Krienser Immobilienvermögen mit einem Versicherungswert von 336 Millionen Franken ohne diese notwendigen Details und ohne übergeordnete Strategie gehalten wurde. Es ist aber sehr erfreulich, dass dies jetzt vorhanden ist und die SVP schätzt das Potential gross ein. Das Vorhandensein dieser Strategie, auch verlangt in der Finanzstrategie, ist für Kriens überlebenswichtig. Mit den knappen Finanzen muss jeder Franken gezielt eingesetzt werden. Nur so kann im Kontext des Gesamtvermögens entschieden werden, bei dem die Mittel prioritär für den Werterhalt eingesetzt werden müssen. Auch soll so Transparenz geschaffen werden, welche Immobilien nicht wirtschaftlich betrieben werden, so dass die Stadt Kriens dies ändern kann. Die Strategie ist eine wichtige Entscheidungsgrundlage für Investitionen und Desinvestitionen. Die Immobilienstrategie unterstützt die Finanzstrategie entscheidend, denn eine gute nachhaltige oder eine

schlechte Immobilienbewirtschaftung hat direkte und langfristige Folgen auf sämtliche Globalbudgets. Ein heisses Eisen in der strategischen Diskussion stellen typischerweise die Desinvestitionen dar obwohl diese nur ein Teil der Strategie sind. Desinvestitionen sind laut der SVP nicht nur einfach Tafelsilber, das zwecks Schuldenabbau verschербelt wird, wie man das da und dort hört. Die Desinvestitionen sind ein wichtiges Werkzeug um die Stadtfinanzen im Gleichgewicht zu halten: Beispielsweise für die Regulierung eines gesunden Verschuldungsgrades. Wenn mittels konzentrierter Investitionen mit Fremdkapital das Vermögen finanziert wurde, dann ist es nichts als normal, wenn andere Vermögensteile die nicht mehr benötigt werden als Kompensation desinvestiert werden und so wieder eine Rückführung des Verschuldungsgrads erreicht werden kann. Nicht umsonst hat die Stadt Kriens der Bevölkerung die Desinvestitionen Mühlerain und Bosmatt als Ausgleich zu einer massiven Verschuldung für die Zentrumsprojekte versprochen. Weiter sind Desinvestitionen auch ein Werkzeug um Spielraum für andere Investitionen zwecks Werterhalt prioritärer Immobilien zu ermöglichen (neben dem Schuldenabbau), sagt Martin Zellweger. Wenn Kriens also wie Seite 25 geschrieben nicht die Mittel aufbringen kann um einen werterhaltenden Unterhalt für alle ihre Immobilien zu gewährleisten, dann hat sie einfach zu viele davon. Die Stadt Kriens kann sie sich nämlich eigentlich so gar nicht leisten, es wird also über den Verhältnissen gelebt. Desinvestitionen sind für die SVP-Fraktion aber auch ein wichtiges Mittel um beispielsweise Risiken zu minimieren, um unerwartete Kosten zu verhindern. Martin Zellweger zeigt dies anhand einer Präsentation der Bilanz, die die Grössenverhältnisse systematisch darstellt. Er zeigt das Verwaltungsvermögen und das Finanzvermögen und nebenbei wie dieses finanziert ist. Nämlich mit Eigenkapital und Fremdkapital respektive Schulden. Mit den konzentrierten Zentrumsinvestitionen hat Kriens das Verwaltungsvermögen ausgebaut und zugleich mit der Fremdfinanzierung Schulden respektive Fremdkapital aufgebaut. Kriens hat jetzt grob zwei Möglichkeiten Schulden abzubauen. Ohne Desinvestitionen müsste dies über die Erfolgsrechnung geschehen. Das heisst durch Gewinne kann Fremdkapital abgebaut respektive Eigenkapital aufgebaut werden. Dies geschieht aber sehr langwierig, Jahr für Jahr und erst dann, wenn Kriens vielleicht mal Gewinne schreibt. Die Gewinne werden aber geschmälert oder verunmöglicht, da das grosse Vermögen grosse Abschreibungen zur Folge hat. Zusätzlich wachsen die Fremdkapital-Zinsen mit dem Risiko eines Zinswachstums. Ebenso hat ein grosses Immobilienvermögen auch Unterhaltskosten zur Folge die man ja fast nicht leisten kann. All dies verhindert zurzeit Gewinne und macht diesen Weg des Schuldenabbaus fast unmöglich. Der andere Weg um Fremdkapital abzubauen kann Kriens durch desinvestieren, das heisst Vermögen durch Desinvestitionen veräussern, erreichen. Kriens baut auch nicht einfach Vermögen ab, sondern macht eher einen Rückbau von Vermögen und Fremdkapital, um nicht über den Verhältnissen zu leben respektive um die strukturellen Probleme der Finanzen zu korrigieren. So wird Fremdkapital/Eigenkapital wieder etwas in ein besseres Verhältnis gerückt und geht auf ein früheres Niveau zurück. Die Stadt Kriens hat einen grösseren Eigenkapital Anteil am Vermögen. Kriens baut aber auch Vermögensanteile ab, bei denen man gemäss Bericht und Antrag den Unterhalt gar nicht leisten können. Wir entlasten also die Erfolgsrechnung durch tiefer Unterhaltskosten, tiefere Fremdkapital-Zinsen, und reduzieren Risiken, welche direkt oder indirekt auch Kosten verursachen. D. h. man tut etwas dafür um nicht einfach über den Verhältnissen zu leben. Alternativ kann die Verwaltung aber auch auf Desinvestitionen verzichten, und den Steuerzahler fragen, ob er denn das alles mitfinanzieren will. Wie ja bereits gehört, die Vereine wollen das beispielsweise nicht. Natürlich müssen Desinvestitionen im Gesamtbild geprüft und geplant werden. Genau deshalb ist es höchste Zeit, dass der Einwohnerrat diese Strategie nun vorliegend hat. Auch die Option des Baurechts kann je nach Immobilie und Kontext als Alternative betrachtet werden, aber nicht immer und ausschliesslich. Also nochmals, bei Desinvestitionen nur pauschal von Abstossen des Tafelsilbers zu sprechen ist undifferenziert und eher Polemik. Es ist nämlich ein normaler Mechanismus um die Finanzen wieder in ein Gleichgewicht zu stellen. Die SVP tritt gerne auf dieses Geschäft ein und wird den Bericht und Antrag zur Kenntnis nehmen.

Laut Jörg Ziemssen bedankt sich die FDP-Fraktion beim Stadtrat und bei der Verwaltung für seine sehr umfangreiche und detaillierte Arbeit zu dieser Immobilienstrategie. Die FDP- und Liberalen Kriens treten auf diesen Bericht und Antrag ein, werden diesen unterstützen und zur Kenntnis nehmen. Es wurde eine sehr gute Bestandesübersicht des Immobilienportefeuilles der Stadt Kriens bestehend aus Verwaltungs- und Fi-

finanzvermögen erarbeitet. Dank dieser Übersicht ist es für den Stadtrat möglich eine gute Umsetzungsplanung im Bereich Immobilien für die nächsten Jahre zu verfolgen. Entscheidend ist nicht dieses erarbeitete Papier. Entscheidend wird sein was aus dieser Immobilienstrategie effektiv umgesetzt werden kann. Und hier ist der Einwohnerrat wieder bei den Finanzen angelangt. Was genau sind nun die finanziellen Auswirkungen auf die Ausgaben beim Unterhalt und auf die Investitionsplanung? Hier wird der Stadtrat und das Parlament in den nächsten Jahren bei der Budgeterarbeitung wohl intensive Diskussionen führen. Ein erstes Preisschild wurde genannt mit dem jährlich notwendig geschätzten Pauschalunterhalt. Ab 2022 beträgt dieser Zielwert 1,50 % der Gebäudeversicherungssumme. Dies ergibt notwendig zu bereitstellende Gelder von circa 2,5 Millionen Franken und dies jährlich. Eine beachtliche Summe. Und eine finanzielle Herausforderung für die Stadt Kriens. Wenn Kriens diesen Betrag über eine längere Zeit sich nicht leisten kann, dann rächt sich dies mit der Zeit und wird bei Sanierungsthemen teurer weil sie früher kommen werden. Auf diesem Betrag von jährlich 2 Millionen Franken kommen noch die jährlichen gewollten oder gern gesehenen oder notwendigen Investitionskosten hinzu. Wer nun jetzt auf den Gedanken kommt, dass Kriens bei diesem Schuldenberg von über 210 Millionen Franken mit dieser vorliegenden Gebäudeversicherungssumme von CHF 336 Millionen Franken in einem guten Verhältnis steht, diese Personen haben nur auf den ersten Blick recht. Der zweite Blick zeigt ein viel düsteres Bild. Auf der Seite 97 des Jahresberichtes 2020 sind die Spezialfinanzierungen aufgeführt. Diese Auflistung zeigt weitere Verpflichtungen der Stadt Kriens gegenüber den Spezialfinanzierungen von 99,8 Millionen Franken auf. Sobald Investitionen aus Spezialfinanzierung getätigt werden, muss sich die Stadt Kriens weiter verschulden, obwohl die Spezialfinanzierung genügend Kapital hat. Dieses Kapital sieht wie folgt aus: Die Feuerwehr hat ein Guthaben von 6.2 Millionen Franken. Die Wasserversorgung hat ein Guthaben von 35.2 Millionen Franken Die Abwasserbeseitigung hat ein Guthaben von 35.2 Millionen Franken. Die Abfallbeseitigung hat ein Guthaben von 2.5 Millionen Franken. Die Alterswohnungen Hofmatt haben ein Guthaben von 20.8 Millionen Franken. Das bedeutet für die Stadt Kriens, dass die effektiven Schulden nämlich nicht etwas über 210 Millionen Franken sondern mit über 300 Millionen Franken verschuldet ist. Dieser Schuldenberg ist nicht nur mit Investitionen entstanden. Dieser ist zusätzlich unnötig gewachsen durch grosszügige Überschreitungen der Investitions-Budgets. Ein grosser Beitrag zum Schuldenberg waren auch die 24 Millionen Franken in den letzten zehn Jahren weil die Stadt Kriens über ihren finanziellen Verhältnisse bei den Konsumausgaben lebte. Die Grafiken dazu hat Jörg Ziemssen dem Einwohnerrat an der letzten Budget 2022-Debatte im Detail aufgezeigt. Für die FDP ist es auch wichtig, dass dank dieser Immobilienstrategie das Thema Objektbewirtschaftung der Einnahmen bzw. der Renditen konkret überprüft werden. Die Fraktion ist überzeugt, dass es noch Anpassungsbedarf gibt. Entweder stimmen die bisherigen Verträge nicht mit dem effektiv Benutzten überein oder es bestehen noch gar keine Mietverträge. Sinnvoll ist, wenn man auch hier die detailliert gemachte Bestandsaufnahme heranzieht und dies aktiv überprüft und auch zeitlich nah angeht. Eine regelmässige aktive Immobilienbewirtschaftung auch auf der Einnahmenseite erachtet die FDP-Fraktion als nötig. Auch hier kann die Stadt Kriens ihre Einnahmensituation optimieren. Die grösste Herausforderung für die Stadt Kriens wird wohl sein, dass die Umsetzung dieser Immobilienstrategie von der Verwaltung gelebt wird und sich der Stadtrat hier sehr gut miteinander abstimmt. Die unterschiedlichsten Bedürfnisse sollten offen diskutiert werden. Ein egoistisches Verhalten wäre nicht angebracht. Man sollte nicht nur seinen eigenen Nutzen sehen sondern den Fokus auf die Weiterentwicklung der Stadt Kriens dank einer gelebten departementsübergreifenden Zusammenarbeit legen. Weiter ist die FDP der Meinung, dass sich die Stadt Kriens von nicht strategischen Grundstücken oder Immobilien trennen soll. Sei es im Baurecht oder Verkauf, um eine optimale Stadtentwicklung anzustossen. Die mit dem Bericht und Antrag «lebenswertes Zentrum Kriens» gekennzeichneten Grundstücke sind aber für die Reduzierung der Schulden zu verkaufen, so wie es den Bürgerinnen und Bürgern versprochen worden ist. Hingegen ist die FDP nicht dagegen, auch in Zukunft strategische wichtige Grundstücke oder Immobilien ins Finanzvermögen zu kaufen. Diese müssen aber eine Rendite abwerfen und in Zukunft für die Stadt Kriens wichtig sein. Die Fraktion ist überzeugt, dass für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Immobilienstrategie die Führungsstärke des Stadtrates nicht nur angewendet, sondern auch umgesetzt wird. Dazu wünschen sie dem Stadtrat viel Erfolg und Mut. Ganz nach dem Motto vermehrt zusammenarbeiten anstelle gegeneinander.

Laut Andreas Vonesch ist Die Mitte/Die junge-Mitte-Fraktion für Eintreten. Sie werden die Immobilienstrategie zur Kenntnis nehmen. Mit der Immobilienstrategie liegt nun eine detaillierte und transparente Bestandesübersicht und ein umfassender Bericht vor. Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion dankt ebenfalls dem Stadtrat und den Immobiliendiensten für die grosse Arbeit. Sie haben damit ein gutes Grundlagen- und Arbeitspapier geschaffen. Endlich hat Kriens eine vollständige Übersicht und ein lückenloses Inventar. Positiv erachtet Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion die Gliederung der Teilportfolios mit Beschreibung, Bedarf und Massnahmen. Bei der detaillierten Durchsicht der Strategie tun sich aber unweigerlich auch neue Fragen auf, ob neben den Objektbeurteilungen und der Immobilienbewirtschaftung auch andere Aspekte wie z. B. zukünftige städtische Entwicklungsperspektiven genügend abgebildet werden. Gerade beim Bedarf und Massnahmen stellt sich für die Fraktion jeweils die Frage, was schon operativ und was strategisch gedacht ist. Aber das ist wohl auch eine Frage der Flughöhe. Es wird auch immer wieder von nachhaltiger Entwicklung gesprochen, was sie sehr begrüßen. So könnte man beispielsweise das Goldlabel als Energiestadt anstreben. Aber auch die Werterhaltung ist für Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion ausserordentlich wichtig. Zukunftsorientiert heisst auch, dass Kriens an die Nachkommen denken muss, z. B. bei Land-verkäufen. Das Inventar zeigt einen beachtlichen Vermögensbestand. Damit verbunden ist aber nun auch die nicht einfache Aufgabe des Stadtrats und des Einwohnerrats eben strategisch gute und kluge Entscheide in der Umsetzung dieser Strategie zu treffen. Ein Satz im ganzen Strategiepapier hat die Fraktion besonders angestrichen. Es braucht jetzt Mut für Entscheidungen, um das erkannte Potential zu nutzen. Ja, richtig, aber in welche Richtung. Die geplante Desinvestitionsstrategie kann dabei ein Richtungsweiser sein. Genauso wichtig ist jedoch die Ausrichtung zum nachhaltigen Umgang mit dem vorhandenen Bestand, ohne Ausverkauf der Ressourcen. Für Die Mitte/Die Junge Mitte-Fraktion ist klar, dass dazu der Stadtrat und das Parlament gemeinsam eine gute Balance finden müssen.

Michael Portmann dankt der Stadtverwaltung im Namen der SP-Fraktion für das ausführliche und sehr umfassende Dokument mit dem Namen «Immobilienstrategie». Die SP-Fraktion hat sie mit einem lachenden und einem weinenden Auge gelesen. Das hat folgende Gründe: Bis 1990 hat die Stadt Kriens strategisch clever Grundstücke gekauft. So wurden ab 1950 beispielsweise die Schappe, das Hotel Pilatus, der Bellpark inklusive Gebäuden und die Teiggi gekauft. 1980 wurde ein erstes Mal versucht das Zentrum von Kriens zu entwickeln, was aber an einem Nein der Bevölkerung scheiterte. Erst 2014 konnte dann die Zentrumsplanung so initiiert werden, dass Kriens heute mit dem Stadthaus, dem Schappe-Kulturquadrat und der Teiggi respektive dem Lindenspark ein erkennbares Zentrum aufweist. Ohne die strategisch geschickt eingekauften Grundstücke und Immobilien wäre diese Zentrumsentwicklung gar nicht möglich gewesen. So betrachtet, hat das geschickte Erwerben oder Abtauschen von Immobilien in der Stadt Kriens eine lange Tradition, welche nun mit der vorliegenden Immobilienstrategie einen neuen Meilenstein erlebt. Vermutlich ist es ein Zeichen der heutigen Zeit, dass mit sehr viel Aufwand die Gesamtsituation bis ins letzte Detail ergründet werden muss. Damit verbunden scheint auch die Angst, dass irgendeine Immobilie verloren gegangen sein könnte und so zum Nachteil wird, weil die Immobilie im falschen Moment auftaucht und hohe Kosten verursacht. Offenbar wird damit auch das Risiko gewürdigt, das entsteht, wenn Kriens mit zu knapp kalkulierten Finanzen versucht das beeindruckend grosse Immobilienportfolio zu halten. Nur schon der Unterhalt fordert jährlich Fixkosten von 2,5 Millionen Franken, was in den letzten Jahren systematisch unterlaufen wurde. Ein weiteres Risiko entsteht durch das starke Wachstum der Stadt Kriens, welches z.B. auf den Schulraum drückt und damit auch auf Schulgebäude. Der Unterhalt und Sanierung der Schulanlagen wird ebenfalls immer wieder hinausgezögert und jetzt am Ende ihrer Lebensdauer laufen hohe Sanierungskosten auf. Die SP-Fraktion ist froh, dass ehemalige Stadtratsgremien immer wieder Schulhäuser saniert haben, und weisen auch hier wieder daraufhin, dass die Politik der knappen Personalressourcen der Stadt Kriens wiederholt unnötigerweise Löcher in die Kasse geschlagen hat. Grundsätzlich begrüsst die Fraktion es, wenn der Stadtrat seinen Umgang mit Gebäuden und Grundstücken mit Hilfe der vorliegenden Strategie klar definiert. Der SP liegt eine Übersicht vor, wie die Prozesse definiert werden sollen und warum was wie in Kriens bewirtschaftet werden soll. Was ebenfalls beeindruckt sind die vielen Planungswerke, welche bei der Immobilienbewirtschaftung berücksichtigt werden müssen. In der Kommission wurde dann aber auch sichtbar, dass den Planungswerken auch eine effiziente und schlanke Organisation gegenübersteht. Alle Pacht- und Mietverträge sollen in den Immo-

biliendiensten bearbeitet werden, weshalb die Landwirtschaft den Immobiliendiensten zugeordnet wird. Effizienz vor Kompetenzen in Sachen Landwirtschaft war hier das Zuordnungskriterium. Hier zeigt sich wie wichtig es ist, dass alle Abteilungen die Möglichkeiten haben ihre Kompetenzen in die Bewirtschaftung der Teilportfolios einzubringen. Und weil die Prozesse nicht bis auf die operative Ebene hinunter sichtbar werden, hat in Kriens dies wohl mit seiner Strategie zu tun. So wird im Leistungsauftrag der Immobiliendienste explizit erwähnt, dass mit einer nachhaltigen Sanierungs- und Immobilientätigkeit die Ziele einer umfassenden Quartier- und Stadtentwicklung unterstützt werden. Und hier hat die SP mit ihrem Antrag in der KFG auch angesetzt und ist froh, dass er Unterstützung fand. Sie werden auch den zweiten Antrag aus der KFG unterstützen, wenn es darum geht den aktuellen Gebäudestandart in Sachen Ökologie umzusetzen. Negativ zur Kenntnis nimmt die SP die Aussagen zu den Desinvestitionen auf den Seiten 6, 10 und 61 im Planungsbericht. Hinweise auf die Bodeninitiative sucht die Fraktion in diesen Abschnitten vergeblich, obwohl die Bodeninitiative bereits Ende Juli 2021 zustande kam und der vorliegende Planungsbericht erst im Oktober 2021 finalisiert wurde. Für Initiative und Planungsbericht gilt wohl der Begriff der Einheit der Materie. Das Anliegen aus der Bodeninitiative betrifft nämlich mit den Desinvestitionen einen wichtigen Teil der Immobilienstrategie. Die Initiative schlägt nicht nur die Abgabe im Baurecht vor. Sie macht auch das Abtauschen von gleichwertigen Grundstücken möglich, was als Element in der Immobilienstrategie praktisch nirgends auftaucht. Auch liegt mit der Bodeninitiative ein klarer Auftrag für den Stadtrat vor, welcher nicht mit der vorliegenden Immobilienstrategie oder dem Hinweis auf die Finanzkompetenzen des Stadtrates bei Landverkäufen ausgehebelt werden kann. Der Auftrag mit der Bodeninitiative muss klar prioritär behandelt werden, bevor überhaupt desinvestiert werden kann. Deshalb erwartet die SP-Fraktion einen entsprechenden Bericht und Antrag, in welchem Bodeninitiative und Desinvestitionen im Sinne der Einheit der Materie zusammen abgehandelt werden. In diesem Sinne akzeptiert die SP die vorliegende Immobilienstrategie. Zu der Organisation der Immobilienstrategie wird Michael Portmann in der Detailsberatung auf S.20 etwas bemerken und eine Frage an den Stadtrat stellen.

Beda Lengwiler dankt im Namen der Die junge Mitte für die grosse Arbeit. Es ist ein toller und übersichtlicher Bericht. Sie sind begeistert von dem Bezug auf das Nachhaltige speziell auch im Bereich der Ökologie. Und Die junge Mitte unterstützt auch die Anträge der KFG zu den energetischen Gebäudestandards. Im Namen der Die junge Mitte möchte Beda Lengwiler jedoch anmerken, dass sie das Desinvestieren der Liegenschaften nicht unterstützen. Darum ist Die junge Mitte der Meinung, dass die Stadt nicht benötigtes Land grundsätzlich im Baurecht abgibt statt es zu verkaufen. Damit kann die Stadt längerfristig steigende Einnahmen generieren und das Land für spätere Generationen im Eigentum behalten.

Für Roger Erni und die gesamte Immobilienabteilung ist heute wie ein Feiertag, vor allem wenn er hört, was beim Eintreten zu der Immobilienstrategie gesagt wurde. Als kleine Vorbemerkung, Michael Portmann hat recht, dieser Bericht wurde am 27. Oktober 2021 abgesegnet, jedoch war er bereits Ende 2020 im Stadtrat. Dort wurde das prinzipielle Immobilienstrategie Papier abgesegnet. Danach wurden nochmal ca. sechs Monate für die stadtinterne Bilag gebraucht, was davon ein integrierter Bestandteil war. Da die Bodeninitiative noch nicht angenommen wurde, kann dies auch noch nicht in die Strategie eingebunden werden. Sobald das Volk die Bodeninitiative gutgeheissen hat, wird dies in die Immobilienstrategie aufgenommen. Dem Stadtrat ist auch klar, dass vermehrt auf das Baurecht zu setzen ist und nicht viele Immobilien verkauft werden können. Dies ist erneut ein Projekt aus der Finanzstrategie. Seit 2022 hat die Immobilienstrategie eine Auswirkung auf das Globalbudget. Die Globalbudgetsenkung von Fr. 100'000.00 wurde von den Immobiliendiensten nicht gerne entgegengenommen und sie wollten die zielführenden Massnahmen sehen. Die grosse Qualität der Immobilienstrategie ist nicht die Bestandsaufnahme bis auf den letzten Veloständer, sondern die Massnahmenplanung. Die Handlungskompetenz liegt beim Stadtrat jedoch werden sie bei grossen strategischen Entscheiden auf den Einwohnerrat zugehen. Die Schulraumplanung und die GESAK wird selbstverständlich auch eingebunden. Das Thema der Energie kommt vom Bau- und Umweltdepartement und wird vom Stadtrat so vertreten. Deshalb wird der Stadtrat die Anträge sehr gerne entgegennehmen. Nun hat der Stadtrat ein Papier in der Hand mit welchem er arbeiten kann. Es wurden auch schon bereits erste Massnahmen eingeleitet. Aktuell kann schon jetzt eine betragsorientierte Bewirtschaftung

umgesetzt werden. Der Stadtrat möchte jede einzelne Parzelle mit möglichst marktgerechten Mieten ausstatten. Jedoch ist es auch da wie bei den Billetsteuern, dies tut weh. Zum Beispiel das Kinderhaus Bellpark, welches vom gemeinnützigen Frauenverein belegt wird. Dies hat keine Marktgerechte Miete. Der Stadtrat wird also mit dem gemeinnützigen Frauenverein in die Diskussion gehen und da wird einerseits der marktgerechte Preis berücksichtigt und andererseits das Politische. Der gemeinnützige Frauenverein macht selbstverständlich, wie all die Sport- und Kulturvereine in Kriens, enorm wichtige Arbeit. Der Stadtrat muss jedoch diese unangenehmen Verhandlungen führen um die 353 Liegenschaften, unter Rücksicht der politischen Aspekte, zu einem einigermaßen marktgerechten Preis zu vermieten. Zu jedem Objekt der Stadt Kriens wurde eine Immobilienstrategie bestimmt. Bei 80 % der Immobilien gilt die Werterhaltung. Jedoch gibt es auch Gebäude, welche entwickelt werden. Dafür wurde per März 2022 eine Immobilienbewirtschaftlerin angestellt, um dieses Thema dann Departementsübergreifend in Angriff zu nehmen. Der Massnahmenplan wird in den nächsten zwanzig Jahren den Weg dafür aufzeigen. Erste Massnahmen für die Finanzplanung sind auf der einen Seite anstehende Desinvestitionen, wie zum Beispiel das Schulhaus Bleiche, oder das Bahnhofli welches sicher genau angeschaut wird. Nicht im Sinn von Verkaufen, sondern oft wird es Sinn machen die Liegenschaften im Baurecht abzugeben. Der Stadtrat setzt sich dafür ein die Bosmatt nicht im Baurecht abzugeben, weil sie schon seit 2011 veräussert werden sollte, sofern sie für die Schulraumplanung nicht benötigt wird. Die Schulraumplanung steht bevor und der Stadtrat wird den Einwohnerrat diesbezüglich informieren. Weiter auch die Horwerstrasse 1 und das Gemeindehaus. Und wenn es Einigen jetzt etwas zu schnell geht kann das schon sein, denn der Stadtrat möchte etwas Druck machen. Bei der Horwerstrasse 1 gibt es seit 2011 einen «letter of intent» mit der städtischen Pensionskasse. Natürlich kommt immer wieder etwas dazwischen aber der Stadtrat versucht es. Der zweite Punkt ebenso wichtig ist die Immobilienoptimierung, dort wird für jedes Gebäude vorgängig eine spezifische Immobilienoptimierung denn erfolgen, um verlässliche Aussagen gewährleisten zu können. Da wird der Stadtrat bei grösseren Sachen auf den Einwohnerrat zukommen und bei kleineren und mittleren wird der Stadtrat strategisch und im Sinn vom Einwohnerrat entscheiden was gemacht wird. Die erste konkrete Massnahme wurde bereits das defizitäre Ferienhaus in Scuol auf Herbst 2021 gekündet. Roger Erni hat gerade vor kurzem die Rechnung über Fr. 54'000.00 für das Ferienhaus signiert. Dieses konnte in dem Jahr nur gerade acht Mal vermietet werden. Es ist nun nicht mehr an Kriens Immobilien zu verwalten, welche ausserhalb von Kriens sind und als Ferienhäuser dienen. Zum Schluss wie Andreas Vonesch bereits gesagt hat: Es braucht jetzt Mut für Entscheidungen, um das erkannte Potential zu realisieren.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 13

Erich Tschümperlin bezieht sich auf den folgenden Abschnitt «Beim Re-Audit 2019 zeigte sich, dass vor allem im Zertifizierungsbereich Kommunale Gebäude und Anlagen noch ein grosses Verbesserungspotential vorhanden ist. In den nächsten Jahren sollen diese Verbesserungen vorgenommen werden. Beurteilt werden sechs energierelevante Bereiche, beispielsweise Bereich 2 «Kommunale Gebäude, Anlagen». Beurteilt werden die einzelnen Themenbereiche: Standards, Planung und Bewirtschaftung, Zielwerte für Energie, Effizienz und Klimawirkung, Beleuchtung und Wasser. Es wird hier ein grosses Augenmerk auf die Verbesserung im Bereich Zielwerte gelegt. Die Stadt nützt wo immer möglich ihren Spielraum, um ihrer Rolle als Energiestadt gerecht zu werden. Zum Beispiel bei Bauvorhaben und deren Umsetzung, bei der Gebäudebewirtschaftung (Energieeffizienz), der Förderung alternativer Energien, dem Grünflächenmanagement, der Beschaffung etc.». Erich Tschümperlin findet die Idee sehr gut, da Energie und Wasser hohe Kosten verursacht. Er möchte jedoch wissen, ob es dazu konkrete Projekte gibt in Bezug auf das Budget 2022 oder ob es sich bei diesem Abschnitt nur um ein schönes Statement handelt.

Marco Capitelli sagt, dass das energiepolitische Programm in der Hoheit der Abteilung Umwelt- und Sicherheitsdienste steht. Die Abteilung Immobiliendienste rapportiert in regelmässigen Abschnitten die gestellten Aufgaben. Einfluss auf das energiepolitische Programm können sie jedoch nicht nehmen.

Erich Tschümperlin möchte wissen, ob sonst jemand im Stadtrat von Projekten in diese Richtung Bescheid weiss.

Roger Erni betont nochmal, dass die Immobilienstrategie unter Einbezug von allen Departementen erarbeitet wird. Dieser Abschnitt, wurde beim Bau- und Umweltdepartement erfragt. Roger Erni nimmt das sehr gerne auf, kann es nicht konkret sagen, da aufgrund des Budgets auch das ein oder andere zurückgestellt wurde. Die Frauen und Mannen von Maurus Frey haben natürlich Ideen. Roger Erni nimmt das so auf und wird dies dann in der KFG mitteilen.

Bemerkungsantrag KFG: Seite 18 – a) Gute Qualität

Martin Zellweger möchte im Namen der KFG folgendes ergänzen:

«Lösungen erfüllen auch die Kriterien einer umfassenden Quartier- und Stadtentwicklung»

Martin Zellweger sagt, die Berücksichtigung und der Zusammenhang zwischen der Immobilienstrategie und der Quartier- und Stadtentwicklung ist ein wichtiger und entscheidender Punkt und deshalb ist auch die Nennung in der obersten Zielsetzung zu berücksichtigen. Im Bericht ist es teilweise schon erwähnt die KFG hat dies jedoch noch als wichtige Nennung angesehen und deshalb diesen Antrag so eingereicht.

Da nicht opponiert wird, gilt der Antrag als überwiesen.

Änderungsantrag KFG: Seite 19 – c) Ökologische Lösungen

Martin Zellweger möchte im Namen der KFG folgendes ändern:

Alt: *«Neue Gebäude und umfassend sanierte Gebäude erfüllen den Gebäudestandard 2015 der Energiestadt Kriens»*

Neu: *«Neue Gebäude und umfassend sanierte Gebäude erfüllen einen aktuellen energetischen Gebäudestandard»*

Martin Zellweger sagt, die KFG möchte eine offenere Formulierung mit Bezug zur Aktualität.

Roger Erni möchte dem Einwohnerrat kurz erklären, wie dieser Passus auf Seite 12 in den Bericht gekommen ist. Es steht, der Gebäudestandart 2015 zeigt auf, wie Städte ihre Vorbildwirkung wahrnehmen können. Ein Satz weiter unten steht: Nach Möglichkeit sollte immer der beste Standard angestrebt werden. Aktuell wäre das Gebäudestandart 2019. Was genau der Unterschied ist kann Roger Erni nicht sagen. Die Bemerkung wird der Stadtrat jedoch gerne übernehmen. Zusammen mit dem Bau- und Umweltdepartement wird der aktuelle Standard erfüllt. Sowie beim Stadthaus Minergie P.

Da nicht opponiert wird, gilt der Antrag als überwiesen.

Michael Portmann Bei den Zentrumsprojekten und dem Neubau des Stadions Kleinfeld fehlten die fürs Controlling und Reporting notwendigen Personalressourcen. Im PUK-Bericht wird erwähnt, dass sich dies negativ auf die Kosten ausgewirkt hat. Auch die Finanzstrategie braucht Zeit und bindet Ressourcen, welche eigentlich für andere Aufgaben vorgesehen wären. Für die Umsetzung der Immobilienstrategie sind auch ausreichend Ressourcen in anderen Abteilungen notwendig. So zum Beispiel in der Quartier- und Stadtentwicklung, in welcher aktuell nur gerade eine einzige Person das dazu notwendige Steuerungswissen hat. Deshalb seine Frage: Wie wird verhindert, dass nicht weitergearbeitet werden kann, wenn eine solche Schlüsselperson ausfällt?

Anita Burkhardt-Künzler schlägt vor, dass die Fragen gesammelt werden und der Stadtrat am Schluss alles beantworten wird.

Ordnungsantrag:

Cyrill Zosso würde gerne zügig vom Stadtrat die Antworten haben, gerade bei so einem dicken Dokument. Es ist sonst schwierig sich noch daran zu erinnern, um was es sich bei der Diskussion genau gehandelt hat.

Anita Burkhardt-Künzler dankt für den Ordnungsantrag, möchte jedoch bemerken, dass es keine Fragestunde ist. Die Fragen werden aufgenommen und der Stadtrat wird anschliessend antworten. Die Einwohnerräte hatten die Möglichkeit zum Anträge stellen. Anita Burkhardt-Künzler ist der Meinung, dass etwas vorwärts gemacht wird. Als erstes wird jedoch über den Ordnungsantrag abgestimmt.

Abstimmung Ordnungsantrag

Dem Ordnungsantrag wird mit 19:3:4 Stimmen zugestimmt

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Räto	Nein
Ercolani Enrico	Enthaltung
Fluder Hans	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Enthaltung
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Nein
Schwarz Erwin	Nein
Seeger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Enthaltung
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Enthaltung
Zosso Cyrill	Ja

Erich Tschümperlin ist irritiert über Aussage es sei keine Fragestunde. Er ist davon ausgegangen, dass wenn ein Bericht und Antrag behandelt wird, kann und soll der Einwohnerrat Fragen stellen und die werden vom Stadtrat beantwortet. Zügigkeit ist wichtig aber Inhalt ist wichtiger. Erich Tschümperlin hat das Votum der Präsidentin nicht ganz verstanden. Sollen nun keine Fragen mehr gestellt werden, müssen diese ausschliesslich in der Kommission gestellt werden?

Anita Burkhardt-Künzler sagt, es geht nicht darum, dass keine Fragen mehr gestellt werden sollen, sondern nur darum, dass die Fragen gesammelt und danach vom Stadtrat beantwortet werden, damit nicht jedes Mal ein Stadtratsmitglied aufstehen muss um die Frage zu beantworten. Dies wäre sonst eine Praxisänderung.

Raoul Niederberger sagt, dies ist keine Praxisänderung. Bisher war es immer so, dass es eine Eintretensdebatte gibt und dort werden alle Fragen gesammelt und anschliessend im Votum vom Stadtrat beantwortet. In der Detailberatung werden jedoch Fragen auf der jeweiligen Seite gestellt und diese werden sofort beantwortet.

Anita Burkhardt-Künzler bedankt sich auch für das Votum und stellt fest, dass dem Ordnungsantrag von Cyrill Zosso zugestimmt wurde. Somit übergibt sie das Wort an Roger Erni.

Roger Erni sagt, auch diese Frage ist wieder Departementsübergreifend. Der Teil auf Seite 20 aus dem die Frage gestellt wurde, ist eins zu eins aus dem Leistungsauftrag vom Globalbudget 2015 kopiert. Es gibt natürlich eine Stellvertretungsregelung und zweitens natürlich hat die Stadtverwaltung Kriens knappe Personalressourcen. Roger Erni schaut bei dem Vergleich mit Emmen oder Luzern immer mit etwas Neid auf diese Verwaltungen. Die Herausforderung wird jedoch angenommen. Bei grösseren Sachen wird dann immer die Stadt- und Quartiersentwicklung beigezogen. Da dies operative Geschäfte sind wird der Einwohnerrat bei einer Fragestunde oder mit einem Postulat eingreifen müssen, wenn sie nicht zufrieden sind mit dem Weg den der Stadtrat im Sinne vom Einwohnerrat gehen will.

Seite 60

Erich Tschümperlin stellt fest, dass sehr viele Investitionen im 22 wie auch im 23 aufgeführt sind. Sind diese Investitionen mit den 10 Millionen vom Investitionsblatt Fond kompatibel?

Roger Erni dankt für diese wichtige Frage. Dieses Papier ist die Planungsbasis für den Aufgaben und Finanzplan. Bis im 2025 sollte jedes Projekt mit dem Aufgaben und Finanzplan kompatibel sein.

Karin Schuhmacher Bürgi liest den **Beschlussestext** vor:

Der Einwohnerrat Kriens nimmt in Anwendung von § 26 Abs. 1 lit. d) der Gemeindeordnung der Stadt Kriens vom 13. September 2007 den Bericht Nr. 073/2021 des Stadtrates Kriens vom 27. Oktober 2021 über Immobilienstrategie zur Kenntnis.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 073/21:
Der Beschlussestext wird mit 24:2 Enthaltungen Stimmen genehmigt.

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Enthaltung
Camenisch Räto	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Enthaltung
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

5. Bericht und Antrag: Planungsbericht Eigenerstrategie Heime Kriens AG

Nr. 074/21

Laut Raoul Niederberger wurde der Planungsbericht zur Eigenerstrategie der Heime Kriens AG in der KBSG anlässlich ihrer letzten Sitzung diskutiert. Die Kommission dankt dem Stadtrat für den vorgelegten Bericht. Neben dem zuständigen Stadtrat, Cla Büchi, hatte auch der Geschäftsleiter der Heime Kriens AG Guido Hübscher, der Kommission Rede und Antwort gestanden, auch dafür bedankt sich die Kommission herzlich. In der Eintretensdebatte herrschte in der Kommission dahingehend Einigkeit, als dass man mit dem Rhythmus der Berichterstattung von zwei Jahren einverstanden ist. In vielen anderen Punkte waren sich die KBSG-Mitglieder aber weniger einig. So war es für einige Fraktionen befremdlich, dass der Verwaltungsrat der Heime Kriens AG auf die Befragung der Mitarbeiter über einen GAV alle sechs Jahre verzichten möchte, gewisse hätten sich gar einen vier Jahres Rhythmus vorstellen können, für andere wiederum hätte der Stadtrat sich in diesem Punkt gerne der Meinung des Verwaltungsrates anschliessen können und auf die entsprechende Befragung in Zukunft verzichten können. Auch im Punkt der Transparenzen war man sich nicht einig. Während sich die einen mehr Transparenz bei den Löhnen der Geschäftsleitung gewünscht hätten, votierten andere für weniger Transparenz. Generell konnte man in der Kommission wohl zwei Lager unterscheiden. Für das eine Lager, wurden die Heime Kriens AG in die Selbständigkeit entlassen und sollen sich damit dem Eingriff der Politik, des Einwohnerrats so weit wie möglich entziehen. Von dieser Seite wurde dieser Schritt auch noch einmal als Erfolgsgeschichte unterstrichen. Für das andere Lager wiederum bleiben die Heime Kriens AG trotz Selbständigkeit weiterhin ein erweiterter Teil der städtischen Verwaltung und somit im Einflussbereich des Einwohnerrats. Und so scheint es dann auch wenig überraschend, dass die Eigenerstrategie der Stadt Kriens, die gewisser Massen ein bisschen einen Mittelweg zwischen diese beiden Positionen einschlägt, einmal vielleicht etwas mehr auf die eine und einmal etwas mehr auf die andere Seite am Ende der Diskussion von sämtlichen Mitgliedern der KBSG zur Kenntnis

genommen wurde. D.h. dem Beschlusstext wurde einstimmig zugestimmt und es wurden keine Bemerkungsanträge oder Anträge überwiesen.

Grüne/glp Tomas Kobi dankt dem Stadtrat im Namen der Grünen/glp-Fraktion für den vorliegenden Planungsbericht und sie werden diesem Planungsbericht zustimmen. Die Fraktion begrüsst, dass sich die Eignerstrategie 2022-2025 Formal an der Mustervorlage von der Stadt Luzern orientiert und dass der Stadtrat künftig seine offiziellen Dokumente nach standardisierten Vorlagen Anpassen will. Für die Grüne/glp-Fraktion ist es ebenfalls erfreulich etwas über die ökologischen und beschaffungsrechtlichen Ziele zu lesen. Ausdrücklich finden sie, dass Ökoreporting wesentlich für die Nachhaltigkeit was auf der Seite zehn ausgewiesen wird. Mit Befremden nimmt die Fraktion jedoch die Aussage vom Verwaltungsrat zur Kenntnis, dass die wiederkehrende Befragung der Mitarbeitenden zum Gesamtarbeitsvertrag nicht nötig ist. Es scheint der Grünen/glp-Fraktion wichtig, dass die Mitarbeitenden, auch wenn sie sich im August bis September 2020 gegen einen GAV ausgesprochen haben, sich im Abstand von sechs Jahren wieder dazu äussern können. Sie sehen vor allem nach dem klaren Ja zur Pflegeinitiative nur Vorteile. Die Initiative fordert auch mit einem Nationalen Gesamtarbeitsvertrag die Regelungen von den Arbeitsbedingungen. Bei der Zusammensetzung vom Verwaltungsrat sieht die Fraktion Handlungsbedarf. Die Mehrheit der Pflegekräfte sind Weiblich. Genau gesagt 86 % laut dem Bundesamt für Statistik. Der Verwaltungsrat von der Heime Kriens AG ist zurzeit mit fünf Männer und zwei Frauen. Somit wird nichtmal die angestrebte Quote von 30 % erfüllt. Die Grüne/GLP-Fraktion ist jedoch basierend auf den genannten Zahlen klar der Meinung, dass dies nachgebessert werden muss. Gleichberechtigung ist rechtlich erreicht, politisch unumstritten aber an der Führungsspitze beziehungsweise am Verwaltungsrat noch lange nicht angekommen. Der Kanton Basel Stadt nimmt diesbezüglich eine Vorreiterrolle ein. Das Quotenmonitoring vom Kanton Basel Stadt zeigt folgendes auf: Felix Blattner-Spital aktuell drei Frauen und vier Männer (Frauenanteil 42.9 %), Universitäre Psychiatrische Klinik Basel drei Frauen und vier Männer (Frauenanteil 42.9 %), Universitäres Zentrum für Zahnmedizin vier Frauen und drei Männer (Frauenanteil 57.1 %). Dies zeigt, dass es auch anders geht, deshalb wird die Grüne/glp-Fraktion einen entsprechenden Bemerkungsantrag stellen. Im Planungsbericht erwähnt, dass der Stadtrat Transparenz verlangt, dies findet die Fraktion lobenswert. Der Verwaltungsrat erachtet es jedoch als eine Heikle Situation die Vergütung von der Geschäftsleitung zu veröffentlichen. Im Bericht wird erwähnt, dass die Heimleitschaft die Veröffentlichung von den Löhnen der Geschäftsleitung nicht kennt, dies entspricht nicht ganz der Wahrheit. Viva Luzern zum Beispiel veröffentlicht Regelmässig und Transparent die Löhne von der Geschäftsleitung, dies kann man in jedem Finanzbericht lesen. Die Grüne/glp-Fraktion fordert klare Transparent und wird auch an dieser Stelle einen entsprechenden Bemerkungsantrag stellen.

Laut Martin Zellweger bedankt sich die SVP-Fraktion bei dem zuständigen Stellen und beim Sozialvorsteher für die Überarbeitung und das zur Verfügungstellen der neuen Eignerstrategie. Die neue Strategie ist schlüssig und macht Sinn. Sie zeigt knapp und übersichtlich Absichten und Zielsetzungen der Stadt mit ihrer Beteiligung auf strategischer Ebene. nämlich mehr Agilität der Gesellschaft durch grössere Unabhängigkeit von der Politik und natürlich die Erneuerung des Heimes Grossfeld, was für die Stadt nach Zentrums- Investitionen nicht tragbar gewesen wäre. Die Strategie umfasst ebenso klare Ausführungen zur Berichterstattung. Dabei kann sich die SVP Fraktion mit einem 2-jährlichen Reporting-Rhythmus einverstanden erklären. Sie unterstützen die Zielsetzungen in ihren Grundsätzen. Bei den in den Kommentaren der Geschäftsleitung aufgeführten Themen Gesamtarbeitsvertrag sowie Lohntransparenz kann die SVP-Fraktion der Argumentation der Geschäftsleitung folgen. Bei den Sozialen und ökologischen Zielen sieht die SVP es nicht als richtig, dass nach sechs Jahren eine erneute Befragung der Mitarbeitenden zu einem Gesamtarbeitsvertrag stattfinden soll. Es wurde mit der Gründung zum Schutz der Mitarbeitenden von der Politik die Möglichkeit gefordert eine solche Befragung nach zwei Jahren zu ermöglichen. Dass dies vom Stadtrat jetzt auch noch ausgeweitet wird schiesst über das Ziel hinaus und hat aus Sicht der SVP-Fraktion in der Eignerstrategie nichts mehr zu suchen (falscher Eingriff des Hauptaktionärs). Es ist ihres Erachtens auch

nicht rechtlich bindend. Die erste Befragung war Teil des Gründervertrages und ist erledigt. Die Eignerstrategie ist kein Vertragswerk, sondern ein Papier der Stadt. Der Stadtrats-Vertreter müsste dies dem Verwaltungsrat unterbreiten und dieser müsste dies dann beschliessen. Die SVP-Fraktion empfiehlt dies aus der Strategie zu entfernen, verzichtet aber auf einen Bemerkungsantrag. Die Ziele der Transparenz unterstützt die SVP, allerdings teilen Sie jedoch die Sicht des Verwaltungsrats die Vergütungen an die Mitglieder der Geschäftsleitung nicht zu veröffentlichen. Der Anspruch sollte sich lediglich auf die Verwaltungsrats Honorare beziehen und das ist erfüllt. Der Stadtrat Vertreter im Verwaltungsrat (und damit der SR) hat genügend Transparenz und Mitsprache, da der Verwaltungsrat ja die Geschäftsleitungs Löhne hoffentlich festlegen oder mindestens genehmigen sollte, dies ist sicherzustellen. Die SVP-Fraktion verzichtet aber auf einen Antrag. Mit der Abschreibung, der Interpellation Zellweger ist die SVP einverstanden. Die mit den Bemerkungen geforderten Aussagen sind aus Sicht der SVP-Fraktion in der Neuauflage der Strategie erfüllt. Einige kurze Bemerkungen hat die SVP noch, allerdings werden sie dies ebenso nicht als Antrag bringen. Bei den finanziellen Zielen unter 3.2.5 ist die Fraktion zwar mit der Aussage zur Übertragbarkeit von Beteiligungen einverstanden. Allerdings würde die SVP in einer Eignerstrategie eine Aussage erwarten, ob innerhalb des strategischen Zeitrahmens 2022-2025 eine solche Übertragung denkbar ist oder nicht. Eine klare Aussage wie z.B. «Zur Zeit und innerhalb des Strategiezeitraums 2022 – 2025 hat die Stadt keine Absichten einen Aktienanteil an eine weitere Partei zu übertragen». Weiter sollte bei der Formulierung von Verantwortlichkeiten auf die Aktienrechtlichen Rollen gemäss OR geachtet werden. Es heisst beispielsweise in 4.2.2 «Der Eigner wählt die Mitglieder des Verwaltungsrats...» Das ist nicht korrekt da die Generalversammlung den Verwaltungsrat wählt. Solange die Stadt Mehrheitsaktionär ist stimmt das natürlich überein, aber die Aussage müsste in einer nächsten Version präzisiert werden. Richtig steht, dass der vertretende Stadtrat im VR die Eigner-Interessen einbringt. Alles andere wird jedoch vom Verwaltungsrat entschieden und was nicht im Gründungsvertrag oder in der Leistungsvereinbarung ist, gilt nicht als bindend und kann nur über die korrekten rechtlichen Entscheidungswege laufen. Also aufgrund dessen das beispielsweise in der Eignerstrategie angestrebt wird die GL-Löhne transparent zu machen muss dies niemand umsetzen. Solange der Verwaltungsrat keinen solche Antrag des stellvertretenden Stadtrat-VRs beschliesst. Die SVP-Fraktion bedankt sich wie eingangs erwähnt für den Bericht, tritt ein und wird dem Antrag zustimmen.

Erwin Schwarz dankt im Namen der FDP-Fraktion den zuständigen Stellen für die Ausarbeitung des Planungsberichtes und wird diesen zur Kenntnis nehmen. Die FDP war schon im Jahr 2017 von diesem Schritt in die Verselbständigung der Heime überzeugt und ist es auch heute noch. Für sie stimmt die Strategie in den grossen Zügen, die Heime Kriens AG hat damit ihre notwendige Agilität. Die im B+A angesprochene «zweijährliche Berichterstattung» erachtet die FDP als sinnvoll. Bezüglich einer Befragung der Mitarbeiter im Rhythmus von sechs Jahren, ob sie sich einem GAV unterstellen wollen, ist die FDP-Fraktion skeptisch. In der heutigen Zeit kann man davon ausgehen, dass die Angestellten selbständig und frei entscheiden sollen und können, wie sie ihr Anstellungsverhältnis gestalten wollen. Auch soll der Arbeitsmarkt darüber entscheiden. Aber sie gehen davon aus, dass sich diese Frage mit der Personalpolitik der Heime Kriens AG in der sowieso sehr angespannten Situation im Stellenmarkt in den Pflegeberufen gar nicht stellen wird. Mit der in der Strategie aufgeführten Transparenz bezüglich Löhne ist die FDP einverstanden. Nicht einverstanden ist die Fraktion mit dem unter Absatz 3.2.3. erwähnten Vorgehen, dass auf eine Auszahlung von Dividenden an die Aktionäre bis zur vollständigen Äufnung des nötigen Eigenkapitals zur Realisierung des Grossfeldes verzichtet werden soll. Die FDP wird einen entsprechenden Bemerkungsantrag einreichen. Wie eingangs erwähnt, werden sie den Planungsbericht zur Kenntnis nehmen.

Laut Michèle Albrecht dankt Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion dem Stadtrat und dem Berichterstatter für den transparenten und gut strukturierten Bericht. Die Fraktion tritt auf den Bericht ein und wird ihn zur Kenntnis nehmen. Bekanntlich fasst der Planungsbericht die wichtigsten Erkenntnisse des Grundlagenberichts in diesem Fall die «Eignerstrategie Heime Kriens AG 2022 – 2025» zusammen und definiert Handlungsschwerpunkte und Massnahmen für die kommenden, in diesem Fall vier Jahre. In einer Eignerstrategie als Planungsinstrument werden grundsätzlich zwei Dinge festgelegt: Erstens ist eine Absicht zu definieren, welche der Eigner, in diesem Fall zu 100 % die Stadt Kriens, mit der Beteiligung an einer Unternehmung, in diesem Fall die Heime Kriens AG, verfolgt. Zweitens sind Rahmenbedingungen zu schaffen

bezüglich der Ziele und Art ihrer Erreichung. Die relevanten Instrumente, welche das Spannungsfeld zwischen Leitplanken versus Spielraum dokumentieren. Nach dieser für Michèle Albrecht wichtigen Auslegung möchte sie im Namen der Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion auf folgende aus dem Bericht relevante Themen eingehen. Erstes Thema ist die Berichterstattung. Wie vom Stadtrat vorgeschlagen unterstützt Die Mitte/Die junge Mitte Fraktion die zweijährliche Berichterstattung. Zudem liegt der Geschäftsbericht alljährlich öffentlich auf. Zweites Thema ist die GAV-Befragung. Entgegen dem Verwaltungsrat begrüsst die Fraktion die wiederkehrende Befragung und erachtet diese als wichtiges Instrument der Mitarbeiterpartizipation und -zufriedenheit. Drittes Thema ist die Kapitalerhöhung für Baurecht und Übernahme Heim Grossfeld. Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion dankt dem Verwaltungsrat für das entgegengebrachte Verständnis zur Streichung dieser Aussage und erachtet dieses gegenseitige Einverständnis als weiteren Vertrauensbeweis. Vierter Punkt ist die Offenlegung der Löhne von der Geschäftsleitung. Dieses Begehren erachtet die Mehrheit der Fraktion analog des Verwaltungsrates nicht als erstrebenswert. Die Offenlegung der Vergütungen aller Mitglieder der Geschäftsleitung im Gesamten ergibt definitiv kein repräsentatives Bild und begehrt unnötige Diskussionen. Mit dem Auftrag in die Verselbständig der Heime Kriens muss und darf man hierbei diese Aufsichtspflicht dem Verwaltungsrat abtreten. Ob aus datenschutzrechtlicher Sicht hierbei Bedingungen zugunsten überwiegender Interessen vorliegen, kann die Fraktion nicht beantworten. Abschliessend möchte Michèle Albrecht betonen, dass sich die Verselbständigung sichtlich bewährt und die Heime Kriens AG hat sich trotz grossen Herausforderungen positiv entwickelt; insbesondere der 1. Platz bei Swiss Arbeitgeber Award 2019 ist zu betonen. Zu den Bemerkungsanträgen: Die Grüne/glp-Fraktion bemerkt die Zusammensetzung vom Verwaltungsrat. Die Geschlechterquote von mind. 30 % auf 50 % umzuwandeln, erachtet Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion als wünschenswert aber leider als unrealistisch. Zudem kann das auch mit mind. 30 % auch angestrebt werden. Die Fachkompetenz und der Einsatzwille sind relevanter als eine Geschlechterquote zu erzwingen. Michèle Albrecht macht die Grüne/glp-Fraktion darauf aufmerksam wie schwer es nur schon für sie selber ist die Frauenquote im Einwohnerrat zu erreichen. Der zweite Antrag von der Grünen/glp -Fraktion mit der Vorgabe der Transparenz wird die Mitte/junge Mitte-Fraktion ablehnen. Wie bereits im Votum ausgeführt, erachtet die Fraktion die Offenlegung der Löhne der Geschäftsleitung im Gesamten als auch gesondert nicht als nicht erstrebenswert. Dann liegt noch der Bemerkungsantrag von der FDP-Fraktion vor betreffend dem Ertragsüberschuss. Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion hat zu diesem Antrag noch kein wirkliches Urteil und wird noch die Begründung abwarten. Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion nimmt den Planungsbericht über die Eignerstrategie der Heime Kriens AG zur Kenntnis, dankt dem Stadtrat und der Heime Kriens AG für eine weiterhin umsichtige und gemeinnützige Planung und schliesst mit dem Zukunfts-Testimonial von Marco Borsotti aus dem Geschäftsbericht 2021: «Wir gehen den Weg weiter.»

Laut Kathrin Gut bedankt sich die SP-Fraktion für den Planungsbericht und die vorgelegte Eignerstrategie für die nächste Periode 2022 bis 2025. Die Eignerstrategie zeigt auf, welche Entwicklungen und Ziele strategisch angestrebt und vorangetrieben werden sollen. Das primäre Ziel ist und war bei der Auslagerung, dass das Grossfeld baldmöglichst gebaut werden kann und so in allen Bereichen der stationären Pflege die hohe Qualität erhalten bleibt. Der Mensch soll im Zentrum stehen. Um eine gleichbleibende Qualität zu garantieren braucht es Fachkräfte und eine voraussehende Personalpolitik. Es muss für die Rekrutierung von Fachkräften gesorgt werden auf einem Markt, wo es wenige tertiär ausgebildete Kräfte gibt. Um gutes Personal zu erhalten, sind zeitgemässe Arbeitsbedingungen ein Muss. Da könnten die Heime sicher noch mehr machen und den Mitarbeitenden zum Beispiel die fünf oder sechs Wochen Ferien ohne vorgearbeitete Zeit gewähren. In einem GAV wäre dies sicher berücksichtigt worden. Die SP findet ein Gesamtarbeitsvertrag wie es die Viva Luzern hat optimaler, aus diesem Grund ist für die SP die Dauer von sechs Jahren bis zur nächsten Befragung zu lange. Die Fraktion würde eine Befragung nach zwei oder vier Jahre begrüssen. Die Heime Kriens wollen sich agil organisieren in dieser schwierigen Zeit. Ist eine Umstellung zu einer agilen Organisation in der Pflege vorteilhaft? Gehen dadurch sogar Drahtzieher verloren und sind dafür andere Teammitglieder überfordert? Ein Change braucht Zeit und sehr gute Begleitung. Dies ist momentan die grosse Schwierigkeit mit vielen Personalausfällen infolge Corona. Wie sieht es mit den Karrierechancen aus, gibt es die noch in der agilen Organisation? Was ist mit den zurückgestuften Leitungspersonen und deren Lohn. Der SP-Fraktion fehlt in diesem Sinne eine personalpolitische Strategie und Zielsetzung, was

gegen den Fachkräftemangel gemacht wird. Gerne wüsste die SP bei der nächsten Berichterstattung mehr darüber. Betreffend Offenlegung der Vergütungen und Löhne der Geschäftsleitung ist die SP-Fraktion für Transparenz. Was gibt es zu verbergen und sind Grundsatzdiskussionen per se schlecht? Die SP findet nicht. Den Terminplan des Lebens- und Begegnungszentrum Grossfeld ist noch offen. Das Projekt «Tre Giardini» gefällt der SP-Fraktion sehr. Momentan muss viel in den alten Grossfeld Bau investiert werden. Feuertechnische Anpassungen die gemacht werden müssen, schon seit längerem. Auch im Zunacher 1 muss renoviert werden, zum Beispiel neue Fenster. Mit diesen finanziellen Belastungen hofft die SP, dass das neue Projekt nicht zu lange aufgeschoben werden muss. Dass in solchen Situationen nicht noch Dividenden ausgeschüttet werden, versteht die SP-Fraktion und findet es gut, auch wenn die Stadt Kriens finanziell in einer angespannten Lage ist. Auch sollten die Gewinne zur Umsetzung des Neubaus Grossfeld eingesetzt werden. Bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrates ist die Frauenquote von 30% nicht erreicht. Generell ist diese Quote zu tief, wenn man bedenkt wie viele Frauen in diesem Beruf tätig sind. Aus Sicht der SP-Fraktion ist eine Erhöhung der Quote gerechtfertigt. Zu honorieren ist, dass mit dem Lindenpark und Adagio ein bedürfnisgerechter Schritt in die Zukunft gemacht wurde, welches die Bewohnenden sehr ins Zentrum stellt. Die neuen Wohngruppen sind eine wahre Freude. Ebenfalls begrüsst die SP-Fraktion die gute Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Schnittstellen, wie Spitex, KIG, Stadt Kriens. Positiv ist ebenfalls, dass die ökologischen und beschaffungsrechtlichen Ziele auch in die Eignerstrategie integriert wurden mit Sicht auf den Neubau. Die 2-jährige Berichterstattung geht in Ordnung. Die SP nimmt die Eignerstrategie positiv zur Kenntnis. Im Zusammenspiel mit dem Gründungsvertrag und der Leistungsvereinbarung scheint der SP diese angemessen. Die SP dankt den Heimen Kriens für Ihren Einsatz und die sehr gute Zusammenarbeit.

Ordnungsantrag

Erich Tschümperlin stellt einen Ordnungsantrag, dass der Bemerkungsantrag von der FDP betreffend Ertragsüberschuss noch vor der Mittagspause begründet wird, damit dies über den Mittag diskutiert werden kann und kein Timeout gestellt werden muss.

Ordnungsantrag Erich Tschümperlin

Der Ordnungsantrag wird mit 26:0 Stimmen angenommen

Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Sege Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja

Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

Erwin Schwarz möchte im Namen der FDP den Zweiten Absatz streichen, da im ersten Absatz bereits steht, dass die Dividenden primär für die Investitions- und Entwicklungstätigkeiten nötigen Eigenmittel eingesetzt werden sollen. Daher ist der Folgende Absatz für die FDP-Fraktion unnötig und soll gestrichen werden: *«Auf die im Gründungsvertrag und in den Statuten vorgesehene Auszahlung von Dividenden an die Aktionäre ist bis zur vollständigen Äufnung des nötigen Eigenmittelanteils zur Realisierung des Projektes «Lebens- und Begegnungszentrum Grossfeld» zu verzichten.»* Ausserdem entspricht dies nicht der Finanzstrategie. Die FDP sagt nicht es müssen Dividenden ausbezahlt werden, jedoch wollen sie nicht das es schon im Voraus ausgeschlossen ist.

Cla Büchi fasst die Neuigkeiten der Eignerstrategie kurz zusammen. Einige Sachen wurden vom Einwohnerrat bereits bemerkt und ausgeführt. Bei der Einleitung sind, wie von der Interpellation Zellweger verlangt, die Gründe für die Verselbständigung der Heime Kriens AG aufgeführt. Die Eignerstrategie kommt etwas anders daher als die vorgehende, da sie auf einer Vorlage der Stadt Luzern beruht. Die Eignerstrategie für die GICT wird von Roger Erni auch auf dieser Vorlage aufgebaut. Lothar Sidler hatte letztes Jahr eine Jährliche Berichterstattung versprochen, dies war für den Stadtrat jedoch zu kurz und hat sich deshalb entschieden dies auf zwei Jahre zu verlängern, so wurde es auch im Gründungsvertrag festgehalten. Der Seniorenrat und die Heime Kriens konnten eine Stellungnahme zu der Eignerstrategie abgeben und diese ist dort auch enthalten. Weiter wurden die Aussagen zu den übergeordneten Zielsetzungen eingefügt als neue Ziffer. Es wurden neue Zielsetzungen im zum Thema Angebot definiert, dies hat man mit dem Lindencamp und dem Schweighof ergänzt. Zum Thema Wirtschaftliche und finanzielle Ziele wurde festgehalten, dass die Heime Kriens AG auf die Möglichkeit von einer Kapitalerhöhung über liberiertes Aktienkapital für das Baurecht und die Übernahme vom bestehenden Grossfeld verzichten würden. Die Heime Kriens AG haben anerkannt, dass die Stadt Kriens dringend Geld in Bar braucht jedoch laufen aktuell noch Verhandlungen betreffend dem Baurecht. Es wurde ein Passus eingeführt, dass keine Dividenden ausgeschüttet werden. Dies sollte jedoch beschränkt werden auf Ende der Bauten vom Grossfeld. Zu den soziale/ökologische Ziele wurde die Befragung der Mitarbeiter zum GAV alle sechs Jahre hinzugefügt. Es ist auch neu das nur noch ein Vertreter vom Stadtrat in den Verwaltungsrat delegiert wird. Die Geschlechterquotenregelung ist auch hinzugefügt worden und wurde auf 30 % gesetzt. Der Stadtrat wird allen drei Bemerkungsanträgen opponieren. Cla Büchi dankt für die kritischen und positiven Wortmeldungen.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Änderungsantrag FDP: Seite 9 – Ertragsüberschüsse und deren Verwendung

Erwin Schwarz sagt, dass der Satz für die FDP Fraktion unnötig ist. Der Passus kann, wie vor dem Mittag in der Begründung erwähnt, gestrichen werden. Laut dem Stadtrat ist der Passus begrenzt. Jedoch kann man davon ausgehen, dass die Heime Kriens AG in den nächsten drei Jahren keine Dividenden auszahlen kann. Ausserdem ist zu erwähnen, dass es nicht um Kapital der Pflege, sondern um Kapital für die Hauswirtschaft geht. Wenn die Heime Kriens AG nun gegen alle Erwartungen Dividenden auszahlen könnte wäre die Stadt Kriens sicher auch froh darüber. Mit diesem Passus macht man dies jedoch einfach unmöglich. Daher ist der Satz für die FDP-Fraktion unnötig.

Cla Büchi sagt, dass der Sinn dahinter ist, dass man die Zeit in der man keine Dividenden der Heime verlangt beschränkt. In diesem Jahr werden die Heime sogar einen Verlust einfahren. Sie haben grosse Investitionen vor sich mit dem Grossfeld von rund 50 Millionen Franken und Renovationen im Zunacher von rund zehn Millionen Franken. Der Stadtrat sieht keine Möglichkeit, dass die Heime in den nächsten Jahren Dividenden auszuzahlen. Die Stadt Kriens kann die Dividenden schon verlangen, jedoch wird dies zu Verteuerungen der Leistungen und der Steuerzahler respektive die Stadtverwaltung Kriens muss dies dann tragen mit den Restfinanzierungen, Ergänzungsleistungen und Aufenthaltstaxen. Deshalb sieht die Stadt Kriens keinen Sinn auf dem Eigenkapital Dividenden zu verlangen. Cla Büchi vergleicht dies mit einer Pflanze, welche zuerst wachsen muss um dann eine Ernte abwerfen zu können. Die Heime Kriens AG muss in den nächsten Jahren bei den grossen Projekten unterstützt werden, damit danach Dividenden ausbezahlt werden können.

Erwin Schwarz glaubt nicht, dass dies zu einer Verteuerung der Leistungen führen wird, da die Pflegeleistungen nicht durch Dividenden, sondern durch die Bewohner und Bewohnerinnen und Pflegefinanzierung finanziert wird. Der Satz ist für die FDP-Fraktion einfach schwammig und bringt nichts.

Martin Zellweger stellt fest, dass es wahrscheinlich keine grosse Rolle spielt ob der Satz enthalten ist oder nicht, da es keine Dividenden geben wird und auch niemand daran interessiert ist da Druck auszuüben. Das war wahrscheinlich eher ein eigener Kontrollmechanismus den sich der Stadtrat auferlegt hat, welches in der Finanzstrategie steht, dass die Stadt Kriens Dividenden will. Somit soll verhindert werden, dass nicht ausversehen Dividenden verlangt werden. Martin Zellweger ist jedoch der Meinung, dass dieser Satz gestrichen werden kann.

Abstimmung Änderungsantrag FDP: Seite 9 – Ertragsüberschüsse und deren Verwendung

Mit 23:3:1 Stimmen wird der Änderungsantrag angenommen.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Enthaltung
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gut Kathrin	Nein
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Seeger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja

Zosso Cyrill

Ja

Bemerkungsantrag Grüne/GLP: Seite 11 – Zusammensetzung Verwaltungsrat

Tomas Kobi möchte im Namen der Grüne/GLP-Fraktion folgendes ändern:

Alt: *«Es ist eine Geschlechterquote von mind. 30 % anzustreben.»*

Neu: *«Es ist eine Geschlechterquote von mindestens 50 % anzustreben.»*

Tomas Kobi fragt sich, wenn die 50 % ja wünschenswert sind aber einfach schwierig umzusetzen, weshalb wird es nicht gemacht? Weshalb kann das Viva Luzern machen mit vier Frauen im Verwaltungsrat und weshalb hat Kriens so Angst davor. Schliesslich steht auch nur «anzustreben» und ist nicht ein Muss. Schon rein rechnerisch ist es bei sieben Verwaltungsräten nicht möglich. Man kann also nur gewinnen und nichts verlieren, deshalb bittet Tomas Kobi im Namen der Grünen/glp-Fraktion diesem Antrag zuzustimmen.

Cla Büchi opponiert diesem Antrag. Zuvor gab es noch keine Quotenregelung und der Stadtrat hat diese nun mit 30 % festgelegt, da dies vom Stadtrat als realistisch angesehen wird. Dies sollte momentan als Vorgabe reichen. Es steht schliesslich auch mindestens und falls es nun zu einer Vakanz kommt, wird der Stadtrat den Verwaltungsrat darauf aufmerksam machen, dass dies eine Frau sein sollte, wenn möglich. Es werden aber jetzt auch keine Verwaltungsräte entlassen um neue einzustellen, nur damit die Quotenregelung eingehalten werden kann. Dies wäre nicht Sinnvoll, da man die neuen wieder einarbeiten müsste. Deshalb bleibt der Stadtrat bei diesen mindestens 30 %. Es ist zudem auch nicht so einfach die geeigneten Frauen zu finden, welche dann für dieses Amt auch noch zusagen.

Abstimmung Änderungsantrag Grüne/GLP: Seite 11 – Zusammensetzung Verwaltungsrat

Mit 11:16 Stimmen wird der Änderungsantrag abgelehnt.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Camenisch Rätö	Nein
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Nein
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Nein
Rüegg Beat	Nein
Schwarz Erwin	Nein
Segger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Nein

Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Bemerkungsantrag Grüne/GLP: Seite 11 – Vorgaben zur Transparenz

Tomas Kobi möchte im Namen der Grüne/GLP-Fraktion folgendes ändern:

Alt: «dass die Vergütungen an die Mitglieder der Geschäftsleitung im Gesamten im Geschäftsbericht der Heime Kriens AG kommuniziert werden.»

Neu: «dass die Vergütung der Geschäftsleitung (Leitung Heime Kriens) gesondert ausgewiesen wird und die übrigen Mitglieder im Gesamten (analog Viva Luzern).»

Tomas Kobi erwähnte bereits im Eintretens Votum, dass auch die Löhne vom Verwaltungsrat von der Viva Luzern öffentlich sind. Oft sind auch von Unternehmen, welche gesetzlich nicht dazu verpflichtet sind, die Löhne vom Verwaltungsrat öffentlich. Dies hat eine positive Wirkung und ist ein wichtiger vertrauensbildender Faktor. Die Grüne/glp-Fraktion ist der Meinung, dass es keine unnötigen Diskussionen wie dieses Begründet wurde gibt, solange die Vergütungen nachvollziehbar und transparent sind. Intransparenz löst ihrer Meinung nach Diskussionen aus. Somit bittet Tomas Kobi im Namen der Fraktion dem Antrag zuzustimmen um die Transparenz zu gewährleisten.

Cla Büchi opponiert diesem Antrag. Keine anderen Heime macht das ausser Viva Luzern. Viva Luzern hat mit ihrer Grösse ganz andere Voraussetzung als die Heime in Meggen, Horw, Emmen oder in Kriens. Deshalb ist der Vergleich der Vergütungen nicht möglich oder eben nur sehr schwer möglich. Es besteht die Gefahr, dass es bei einer Offenlegung zu politischen Scharmützel kommt und dies nicht nur in Kriens sondern auch in den anderen Gemeinden. Das vergleichen von Apfel mit Birnen kann nicht der Sinn dieser Geschichte sein und auch nicht vom eigentlichen Anliegen. Im Fall der Heime Kriens ist es so, dass die Geschäftsleitung das Lohnband von der Stadt Kriens übernommen hat. Beispielsweise Guido Hübscher als Heimleiter hat den Status und somit auch den Lohn von einem Abteilungsleiter. Dann müsste man die Löhne von den Abteilungsleitern der Stadt Kriens auch offenlegen, weil dies ja Vergleichbar wäre.

Erich Tschümperlin sagt, dass offenlegen von Löhnen immer noch ein Tabu ist und daher etwas schwierig ist. Andererseits stellt er fest, dass bei öffentlichen Unternehmen in Luzern Löhne offengelegt werden. Zum Beispiel VBL, SBB oder Swisscom. Der Stadtrat macht das auch und deshalb gibt es eine falsche Wirkung, wenn man dies für die Heime nicht macht. Es wäre an der Zeit, dass man diesen Schritt zur Transparenz macht, auch wenn man damit erst die zweiten in der Zentralschweiz wäre.

Abstimmung Bemerkungsantrag Grüne/GLP: Seite 11 – Vorgaben zur Transparenz

Mit 12:15 Stimmen wird der Bemerkungsantrag überwiesen/abgelehnt.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Nein
Fluder Hans	Nein
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein

Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Nein
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Nein
Rüegg Beat	Nein
Schwarz Erwin	Nein
Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Nein
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Nein
Zosso Cyrill	Ja

Karin Schuhmacher Bürgi liest den **Beschlussestext** vor:

Der Einwohnerrat der Stadt Kriens und gestützt auf § 26 Abs. 1 lit. d der Gemeindeordnung der Stadt Kriens vom 13. September 2007 betreffend Planungsbericht Eignerstrategie Heime Kriens AG beschliesst: Der Planungsbericht über die Eignerstrategie der Heime Kriens AG wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 074/21:

Der Beschlussestext wird mit 21:1:5 Stimmen genehmigt

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Enthaltung
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Seger Cedric	Ja
Solari Simon	Enthaltung
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Enthaltung
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Enthaltung
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Enthaltung

6. Bericht und Antrag: Leistungsvereinbarung Pflege 2022-2025

Nr. 075/21

Laut Raoul Niederberger hat die KBSG an ihrer letzten Sitzung auch den B+A zur Leistungsvereinbarung Langzeitpflege 2022 – 2025 diskutiert. Die Kommission dankt dem Stadtrat auch für den vorgelegten Bericht. Neben dem zuständigen Stadtrat, Cla Büchi, hatte auch hier der Geschäftsleiter der Heime Kriens AG, Guido Hübscher, der Kommission Rede und Antwort gestanden, herzlichen Dank. Die KBSG war sich einig, dass mit der neuen Leistungsvereinbarung grundsätzlich die richtigen Anpassungen gemacht worden sind. Das Eintreten war sodann auch unbestritten. Angemerkt wurde, dass eine Strategie zum Umgang mit gewissen Demenzerkrankte etwas unter gehe und auch dass der Verteilschlüssel bei Personal, eine genauere Aufschlüsselung enthalten könnte. Gefragt wurde auch noch, ob es nicht sinnvoll sei, dass mit der Leistungsvereinbarung einen Tarif zwischen der Stadt und den Heimen Kriens AG vereinbart werden sollte, so wie dies die Stadt Luzern und die Viva Luzern Hand haben. In der Detailberatung wurde von der Kommission dann verschieden Anträge zur Leistungsvereinbarung gestellt. So wünscht sich die Kommission, dass für Personen mit Demenzerkrankungen, die ausgeprägte Verhaltensauffälligkeiten zeigen, wie übermässige motorische Aktivität, Unruhe oder ausgeprägte Enthemmung ein entsprechendes Angebot vorhanden ist. Wie dies auch die Demenzstrategie des Kantons Luzern fordert. Des Weiteren ist der Kommission eine qualitativ hochwertige Pflege wichtig. Sie möchte deshalb, dass sich die 45 % des Pflegepersonals die der Tertiär- und der Sekundärstufe angehören, in 20 % Tertiär- und 25 % Sekundärstufe aufteilen. Die KBSG ist sich aber der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt bewusst und möchte den Heimen Kriens hierbei einen gewissen Handlungsspielraum einräumen, indem dieser zweite Verteilschlüsse anzustreben ist, nicht aber zwingender Natur. Um eine qualitativ hochwertige Pflege zu sichern, sind auch entsprechende Weiterbildungen notwendig. Deshalb stellt die Kommission auch den Antrag zur Ziffer 7 der Leistungsvereinbarung den Anforderungen an das Personal. Hier soll das Wort grundsätzlich gestrichen werden. Zumal man sich in der Kommission auch die Frage gestellt hat, inwiefern dieser Passus überhaupt sinnvoll und notwendig ist. Die Anträge werden an der entsprechenden Stelle, noch im exakten Wortlaut gestellt. In der Schlussabstimmung hat die Kommission dem Beschlusstext einstimmig zugestimmt.

Tomas Kobi bedankt sich im Namen der Grünen/glp-Fraktion beim Stadtrat für die vorliegende Leistungsvereinbarung zwischen der Heime Kriens AG und der Stadt Kriens und für den Bericht und Antrag. Die Leistungsvereinbarung ist ein wesentliches Steuerelement vom Einwohnerrat sich bei der Heime Kriens AG einzubringen. Der Gegenstand von der Leistungsvereinbarung sind Dienstleistungen die die AG zu verrichten hat. Dabei werden die Ziele, Qualität und Finanzierung von der zu erbringenden Leistung festgelegt. Die Grüne/glp-Fraktion nimmt zur Leistungsvereinbarung über die Stationäre Langzeitpflege inklusive Kurzzeit- und Notfallplatzierung sowie Aufenthalt in der Heime Kriens wie folgt Stellung. In der Leistungsvereinbarung sind 45 fixe Plätze für Menschen mit Demenz und mindestens vier Plätze als Kurzzeit- und Notfallplätze gestrichen. Dies wird argumentiert, dass die Festlegung der Zahlen kein Sinn mache da das Angebot sowieso immer ständig dem Bedarf angepasst werden muss. In der Leistungsvereinbarung ist jedoch sicher zu stellen, dass für Menschen mit Demenz, die wegen ihren ausgeprägten Verhaltensauffälligkeiten keinen Platz finden dringend ein entsprechendes Angebot zur Verfügung gestellt werden muss. Dies ist auch in der Demenzstrategie vom Kanton 2018-2028 auf Seite 19 gefordert. Dort steht unter Handlungsbedarf «Für Menschen mit Demenzerkrankung, die wegen ihrer ausgeprägten Verhaltensauffälligkeiten keinen Platz finden, braucht es spezialisierte Langzeitplätze». Eine Person mit fortgeschrittener Demenz kann sich immer weniger an die veränderten Umgebungsbedingungen anpassen, dies hat zur Folge, dass die Handlungen in den Interaktionen nicht mehr übereinstimmen. Ist die Umwelt nicht in der Lage auf Bedürfnisse der Menschen mit Demenz zu reagieren treten Verhaltensstörungen als Ausdruck von Angst und Unsicherheit als Reaktion auf Fremdbestimmung und Abhängigkeit auf. Unter ausgeprägten Verhaltensauffälligkeiten ist folgendes zu verstehen Agitiertheit, übermässige motorische Aktivitäten, Unruhe, Nachlaufen, zielloses umherwandern, repetitives Verhalten, ausgeprägte Enthemmungen usw. Die Grüne/glp-Fraktion ist

klar der Ansicht, dass dort ein entsprechendes Angebot wichtig ist. Deshalb wird die Grüne/glp den Antrag von der KBSG unterstützen. In der Leistungsvereinbarung wird festgehalten, dass Dienstleistungsqualität mit einem Verteilschlüssel in Bezug auf den Anteil von Ausgebildetem Pflegepersonal sicherzustellen ist. Leider wird unter Punkt sechs darauf verzichtet ein detaillierter Verteilschlüssel auszuweisen. Am 28. November 2021 haben die Stimmberechtigten in der Schweiz die Pflegeinitiative mit 61 % angenommen. In Kriens wurde diese mit fast 63 % angenommen. Ein Kernanliegen dieser Initiative ist, dass die Qualität nur mit entsprechender Ausbildung des Personals sichergestellt werden kann. Mit der vorliegenden Leistungsvereinbarung will die Heime Kriens AG den Personalschlüssel wie folgt abbilden, 45 % Mitarbeitende der Pflege von der Tertiär und Sekundarstufe und maximal 55 % nicht Diplomierte Mitarbeitende. Die Fraktion ist der Meinung, dass die Tertiär und Sekundarstufe aufgeschlüsselt werden muss und unterstützen somit den Antrag von der KBSG. Unter Anforderungen an der Personal wird festgehalten, dass das jährliche Weiterbildungskontingent im Durchschnitt grundsätzlich mindestens vier Weiterbildungstage pro Vollzeitstelle betragen soll. Die Grüne/glp-Fraktion beanstandet das Wort «grundsätzlich», das es mit speziellen Situationen in Verbindung gebracht wird z.B. Corona. Es macht ihnen den Anschein als wolle man in einer speziellen Situation die Weiterbildungstage nach unten anpassen. Die Fraktion ist jedoch der Überzeugung, dass stetige Weiterbildung hilft die Qualität der Betreuung und der Pflege laufend zu verbessern und dies sollte nicht aufgrund von einer Pandemiesituation oder anderen Situationen in Frage gestellt werden. Es gibt genügend Online Weiterbildungen. Deshalb wird die Grüne/glp-Fraktion auch diesen Antrag von der KBSG unterstützen. Die Fraktion wird der Leistungsvereinbarung zustimmen, auch wenn die Anträge von der KBSG angenommen werden.

Michèle Akermann bedankt sich im Namen der SVP-Fraktion beim Stadtrat für die Ausarbeitung der Leistungsvereinbarung. Die SVP wird auf diese eintreten und auch genehmigen. Die SVP-Fraktion konnte feststellen, dass grundsätzlich nur marginale Veränderungen zur letzten Vereinbarung erfolgt sind. Diese betreffen insbesondere sprachliche Anpassungen oder Präzisierungen oder auch Streichungen von Punkten, welche nicht mehr Thema sind und bereits bearbeitet wurden. Ein solches Thema, welches bereits bearbeitet wurde ist bspw. die Befragung der Mitarbeiter, welches entsprechend nicht mehr in der Leistungsvereinbarung aufgeführt wird. Dies empfinde die SVP als richtig und stellt sich deshalb gegen eine solche erneute Befragung. Schliesslich wurde die neue Leistungsvereinbarung über eine Dauer von vier Jahren abgeschlossen, was die SVP-Fraktion als sinnvoll erachtet und eine gewisse Planungssicherheit garantiert. Im Rahmen der Detailberatung wird sodann noch eine kleine Frage gestellt. Die Fraktion der SVP wird die Anträge der KBSG nicht unterstützen. Dies insbesondere aus Gründen der Flexibilität. Was beispielsweise das Weiterbildungsangebot betrifft ist es sehr wohl so, dass spezielle Situationen wie Corona, aber auch andere, hier zu einer Unmöglichkeit der Umsetzung führen können. So kann die SVP die Argumentation und Beweggründe des Stadtrates, welche zur vorliegenden Leistungsvereinbarung geführt hat gut nachvollziehen.

Laut Beat Tanner dankt die FDP Kriens dem Stadtrat für die Überarbeitung der Leistungsvereinbarung. Die vorgeschlagenen Änderungen sind für die FDP nachvollziehbar und können unterstützt werden. Ebenfalls unterstützen sie sämtliche Anträge der Kommission für Bildung Soziales und Gesundheit. Diese Anliegen werden oder können die Heime Kriens schon heute umsetzen. Hingegen hat die FDP bei der Ermittlung der Pflegerestkosten ihre Bedenken. Diese sollen nach Vorgaben der Kostenrechnung nach Curaviva ermittelt werden. Nicht geregelt ist jedoch, welche Menge an Pflegestunden erbracht werden müssen beziehungsweise dürfen. Die Krankenkassen rechnen genau nach Tarif ab, das heisst auch, was die Krankenkassen nicht zahlen zahlt die Stadt Kriens mit der Restkostenfinanzierung. Um ein effektives Controlling über die Pflegerestkosten überhaupt vorzunehmen fordert die FDP-Fraktion den Stadtrat auf, mit den Heimen Kriens jeweils voraus einen Pfegetarif pro Pflegestufe und Minute festzulegen. So kann man auch den Abweichungen auf den Grund gehen und bietet Steuerungsmöglichkeiten. Die FDP verzichtet im Moment auf einen solchen Antrag und wird die Ausführung und das Controlling der Pflegerestkosten genau beobachten. Die FDP stimmt dieser Leistungsvereinbarung zu.

Beda Lengwiler bedankt sich im Namen der Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion herzlich beim Stadtrat für die grundsätzlich nachvollziehbaren Anpassungen und den Bericht. Wie angedeutet findet die Fraktion den Bericht gut und ist mit den Änderungen zufrieden. Die Mitte/Die junge Mitte findet es wichtig, die Leistungsvereinbarung regelmässig anzupassen und mit der Zeit zu gehen. Sie haben, wie die anderen Fraktionen, über die in etwa gleichen Themen diskutiert. Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion findet auch, dass es etwas befremdend ist Notfallplätze und die Plätze für Demente aus der Leistungsvereinbarung zu streichen. Und auch das Wort «grundsätzlich» finden sie falsch gewählt. In der Sitzung der KBSG sind diese Themen ausgiebig besprochen worden. Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass die zusammen ausgearbeiteten Anträge der Kommission sinnvoll sind und unterstützen sie grundsätzlich.

Kathrin Gut sagt, dass die SP-Fraktion für Eintreten ist und dankt für den vorliegenden Leistungsauftrag und den Bericht und Antrag. Unter der Qualität der Leistungen sind die Ausbildungsplätze aufgeführt. Gerne wüsste die SP-Fraktion noch einen Richtwert betreffend den erwähnten «genügenden Ausbildungsplätzen, die zugesichert werden. Werden diese nun aufgestockt aufgrund des zukünftigen Pflegefachpersonalmanagements? Die Pflegeinitiative wurden angenommen, so sollte schon darüber nachgedacht werden, ob für 100'000 Pflegeminuten 2,3 Personalstellen adäquat wären. Auf 220 Pflegenden sind das zehn zusätzliche Stellen und eine entsprechende Entlastung der Pflegemitarbeitenden. Zu halten sind für die SP-Fraktion, um eine hohe Qualität zu gewährleisten, der Verteilschlüssel von 45 % tertiär und sekundär, davon ein tertiärer Anteil vom mindestens 20%. Ansonsten sinkt die zukünftige Qualität. Die separate Ausweisung der verschiedenen Stufen unterstützt die SP. Die Aus- und Weiterbildungen sind ein wichtiger Schritt die Mitarbeitenden am Ball zu behalten und vielleicht sogar Mitarbeitenden anregen sich von der sekundären in die tertiäre Stufe weiterzuentwickeln. Deshalb soll das Minimum von vier Weiterbildungstage pro Mitarbeitenden und Jahr dringend erfüllt werden. Die KBSG Anträge unterstützt die SP-Fraktion somit. Betreffend Arbeitsbedingungen unterstützt die SP nach wie vor einen zukünftigen Wechsel zu einem Gesamtarbeitsvertrag. Die Erwähnung der regelmässigen Personalabstimmung fehlt ihnen beim Punkt acht, steht jedoch in der Eignerstrategie. Wie schon im Votum zu der Eignerstrategie erwähnt, ist für die SP-Fraktion das Gesamtpaket schlüssig und scheint ihnen angemessen. Die SP dankt an dieser Stelle noch einmal allen Stakeholdern für die gute Zusammenarbeit und ist für die Genehmigung der Leistungsvereinbarung.

Cla Büchi sagt, dass wie Michèle Akermann bereits gesagt hat, wurde an der Leistungsvereinbarung nicht wahnsinnig viel verändert. Es wurde vor allem sprachlich angepasst, es wurden Präzisierungen vorgenommen und einige neue Bestimmungen aufgrund von gesetzlichen Veränderungen aufgenommen wie z.B. die Revision durch eine anerkannte Treuhandfirma. Die Leistungsvereinbarung regelt die Ziele, Qualität und die Finanzierung von der Heime Kriens AG und Pflegerestfinanzierung. Den Anträgen der KBSG wird der Stadtrat nicht opponieren. Die Mitarbeiterbefragung betreffend GAV wurde aus der Leistungsvereinbarung für die nächsten vier Jahre entfernt, da diese Befragung erst in sechs Jahren wieder fällig ist. Deshalb wurde dies in der Eignerstrategie abgehandelt. Zu der Frage von Kathrin Gut betreffend den Richtwerten für die Ausbildungsplätze und wie es aussieht wegen dem Fachpersonenmangel kann Cla Büchi aktuell keine Auskunft geben und wird dieser Frage nachgehen.

Anmerkung des Protokollführers:

Der Richtwert bezieht sich auf die Berechnung in Bezug auf die Pflegeminuten. Dazu das Konzept «Ausbildungsverpflichtung für die ambulante Krankenpflege und Pflegeheime» der DISG, welche die Berechnung jeweils erstellt. Die Heime Kriens AG werden tendenziell versuchen, noch mehr Fachkräfte auszubilden als jetzt. Haben jedoch bereits auch in den letzten Jahren einige Stellen (ca. 6 – 8) mehr als das Soll vorgeht, ausgebildet. Karriereentwicklung gibt es auch in agilen Organisationen. Dies zwar nicht mehr im herkömmlichen Sinn als «Stabs- oder Führungsstellen», jedoch werden diese Personen in verschiedenen «Kreisen» eingebunden, wo sie mehr Verantwortung übernehmen und somit auch «finanziell» aufsteigen. Grundsätzlich sind die selbstorganisierten Betriebe jedoch in der Hierarchie flacher. Darüber gibt es verschiedene Literatur – oder wenn es jemanden speziell auf die Heime Kriens AG bezogen interessiert, kann sie/er gerne bei der Leitung der Heime Kriens AG nachfragen.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Ergänzungsantrag KBSG: Seite 4 - Pflegeplätze

Raoul Niederberger möchte im Namen der KBSG folgendes ergänzen:

«Für Menschen mit Demenz, die wegen ihrer ausgeprägten Verhaltensauffälligkeiten (z.B. starke und anhaltende Unruhe, tätliche Aggressivität, ausgeprägte Enthemmung) keinen Platz finden, braucht es angemessene Angebote.»

Raoul Niederberger hat die Begründung bereits im Eintretens Votum hervorgebracht. Der KBSG wurde seitens der Verwaltung schon zugetragen, dass die Heime Kriens AG bereits ein solches Angebot hat und dieses auch in Zukunft bereitstellen möchte.

Michèle Akermann opponiert im Namen der SVP-Fraktion aufgrund der Flexibilität.

Abstimmung Ergänzungsantrag KBSG: Seite 4 - Pflegeplätze

Mit 21:5 Stimmen wird der Ergänzungsantrag überwiesen.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Räto	Nein
Ercolani Enrico	NICHT ABGESTIMMT
Fluder Hans	Nein
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Seeger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

Änderungsantrag KBSG: Seite 5 – Personalstellen und Verteilschlüssel

Raoul Niederberger möchte im Namen der KBSG folgendes ändern:

Alt: «Mindestens 45 % Mitarbeitende Betreuung und Pflege der Tertiär - und Sekundärstufe, Maximal 55 % nicht diplomierte Mitarbeitende Betreuung und Pflege (inkl. Lernende, Praktikanten und geschützte Arbeitsstellen)»

Neu: „Mindestens 45% Mitarbeitende Betreuung und Pflege Tertiär- und Sekundärstufe, davon sind 20% Tertiärstufe und 25% Sekundärstufe anzustreben. Maximal 55% nicht diplomierte Mitarbeitende Betreuung und Pflege (inkl. Lernende, Praktikanten und geschützte Arbeitsstellen).“

Raoul Niederberger hat die Begründung bereits im Eintretens Votum hervorgebracht. Die KBSG möchte im Sinne der Pflegeinitiative das dort einen genauen Schlüssel aufgestellt ist, dass eine qualitativ hochwertige Pflege sichergestellt wird.

Michèle Akermann opponiert im Namen der SVP Fraktion aufgrund der Flexibilität. Mit dem ist anzustreben ist die Flexibilität zwar mehr oder weniger gegeben, dann ist jedoch die Frage, ob es überhaupt notwendig ist dies noch anzupassen.

Abstimmung Änderungsantrag KBSG: Seite 5 – Personalstellen und Verteilschlüssel

Mit 21:6 Stimmen wird der Änderungsantrag überwiesen/abgelehnt.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Räto	Nein
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Nein
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Nein
Schwarz Erwin	Ja
Seeger Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

Änderungsantrag KBSG: Seite 5 – Anforderungen an das Personal

Raoul Niederberger möchte im Namen der KBSG folgendes ändern:

Alt: «Das jährliche Weiterbildungskontingent beträgt grundsätzlich im Durchschnitt mindestens vier Weiterbildungstage pro Vollzeitstelle.»

Neu: «*Das jährliche Weiterbildungskontingent beträgt im Durchschnitt mindestens vier Weiterbildungstage pro Vollzeitstelle.*»

Raoul Niederberger sagt, dass es der KBSG wichtig ist, dass die qualitativ hochwertige Pflege sichergestellt werden kann. Die entsprechenden Weiterbildungsangebote sollen von den Mitarbeitenden jederzeit genutzt werden können.

Michèle Akermann opponiert im Namen der SVP aufgrund der Flexibilität. Mit der Streichung vom Wort grundsätzlich geht dies verloren.

Abstimmung Änderungsantrag KBSG: Seite 5 – Anforderungen an das Personal

Mit 21:6 Stimmen wird der Änderungsantrag überwiesen.

Akermann Michèle	Nein
Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Nein
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Nein
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Nein
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Nein
Schwarz Erwin	Ja
Sege Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Nein
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

Seite 5 Peter Stofer möchte wissen, was der Stadtrat betreffend dem Verteilschlüssel der Personalstellen in der Heime Kriens AG meint. Kathrin Gut hat erwähnt, dass aufgrund der Pflegeinitiative auf 100'000 Pflegeminuten 2.3 Stellen anstelle von 2.2 Stellen gebraucht werden. Wie ist die Haltung vom Stadtrat?

Cla Büchi dankt Peter Stofer für die Frage und sagt, dass es durchaus möglich ist, dass durch diese Pflegeinitiative sich dort etwas verändert und der Stadtrat wird dort ein Auge drauf werfen um dies dann rechtzeitig anzupassen.

Leistungsvereinbarung

Seite 4 Ziff 19

Michèle Akermann möchte wissen was mit den öffentlich zugänglichen Betriebsvergleichen, welche dem Stadtrat unterbreitet werden müssen, gemeint ist.

Cla Büchi sagt, dass diese Frage auch schon in der KBSG geklärt wurde. Es gibt interne Vergleiche, wenn sich die Heime z.B. treffen und sich untereinander austauschen. Diese Vergleiche werden nicht veröffentlicht. Dann gibt es noch öffentliche vergleiche über Studien oder Benchmarks, diese gehen an die Öffentlichkeit und werden auch dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht.

Seite 9 Art. 26

Erich Tschümperlin möchte vom Stadtrat etwas zu dem folgenden Passus hören «Während der Vertragsdauer können Parteien im gegenseitigen Einvernehmen Änderungen und Ergänzungen an der vorliegenden Leistungsvereinbarung vornehmen.» Dies klingt für ihn so, dass der Einwohnerrat etwas beschliesst und der Stadtrat kann am nächsten Tag noch Änderungen vornehmen so wie er das gerne hätte. Dies unterliegt jedoch einem Beschluss vom Einwohnerrat.

Cla Büchi sagt, dass Änderungen jederzeit dem Einwohnerrat vorgelegt werden müssen. Gemäss Auskunft von Guido Hübscher ist es jedoch seit 2011 noch nie vorgekommen, dass während der Laufzeit von der Leistungsvereinbarung Änderungen vorgenommen wurden.

Martin Zellweger hat sein Eintretens Votum vergessen für die KFG vergessen da dieses Geschäft zwei Kommissionen zugeteilt wurde. Diese Frage wurde bereits an der KFG-Sitzung besprochen und alle Antworten von Cla Büchi sind im Protokoll aufgeführt.

Karin Schuhmacher Bürgi liest den **Beschlussestext** vor:

Der Einwohnerrat der Stadt Kriens nach Kenntnisnahme von Bericht und Antrag Nr. 075/2021 des Stadtrates Kriens vom 27. Oktober 2021 und gestützt auf § 32 Abs. 2 Ziff. 6 der Gemeindeordnung der Stadt Kriens vom 13. September 2007 betreffend Leistungsvereinbarung über die stationäre Langzeitpflege inklusive Kurzzeit- und Notfallplatzierung sowie Aufenthalt in den Kriens beschliesst:

1. Die Leistungsvereinbarung über die stationäre Langzeitpflege inklusive Kurzzeit- und Notfallplatzierung sowie Aufenthalt in den Heimen Kriens für die Jahre 2022 bis 2025 wird mit folgenden vom Einwohnerrat beschlossenen Änderungen genehmigt:
 - Seite 4, Ziffer 2: «Für Menschen mit Demenz, die wegen ihrer ausgeprägten Verhaltensauffälligkeiten (z.B. starke und anhaltende Unruhe, tätliche Aggressivität, ausgeprägte Enthemmung) keinen Platz finden, braucht es angemessene Angebote.»

- Seite 5, Ziffer 6: «Mindestens 45 % Mitarbeitende Betreuung und Pflege Tertiär- und Sekundärstufe, davon sind 20 % Tertiärstufe und 25 % Sekundärstufe anzustreben. Maximal 55 % nicht diplomierte Mitarbeitende Betreuung und Pflege (inkl. Praktikanten und geschützte Arbeitsstellen).»
- Seite 5, Ziffer 7: «Das jährliche Weiterbildungskotینگent beträgt im Durchschnitt mindestens vier Weiterbildungstage pro Vollzeitstelle.»

2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

3. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 075/21:

Der Beschlusstext wird mit 27:00 Stimmen genehmigt.

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Ja
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Rätö	Ja
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gut Kathrin	Ja
Kobi Tomas	Ja
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Ja
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Ja
Niederberger Raoul	Ja
Portmann Michael	Ja
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Sege Cedric	Ja
Solari Simon	Ja
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Ja
Tanner Beat	Ja
Tschümperlin Erich	Ja
Vonesch Andreas	Ja
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Ja

6a. Dringliche Interpellation Ercolani: 078/21 Carparkplätze

Nr. 078/21

Enrico Ercolani beantrag, dass als erstes die Motion bearbeitet wird, weil wenn diese angenommen wird würde er die Interpellation zurückziehen, da es dann keinen Sinn mehr macht über diese zu diskutieren.

Erich Tschümperlin opponiert diesem Antrag, weil bei der Interpellation die Fragen beantwortet werden.

Abstimmung über den Antrag Enrico Ercolani

Der Antrag wird mit 13:11 Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Ja
Camenisch Räto	Nein
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gut Kathrin	Nein
Kobi Tomas	Nein
Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Enthaltung
Schwarz Erwin	Ja
Seger Cedric	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Ja
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Enthaltung
Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	NICHT ABGESTIMMT
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde deshalb fährt sie mit der dringlichen Interpellation Ercolani fort.

Gemäss Maurus Frey lauten die Antworten wie folgt. Die erste Frage «Welches Mittel hat der Einwohnerrat, diese Parkplätze zu verhindern? Für den Bau von Abstellplätzen für Reiseautos auf Grundstück Nr. 46, Arsenalstrasse 25 wurde am 5. November ein Baugesuch eingereicht. Die Baubewilligungsbehörde (im vorliegenden Fall der Stadtrat) prüft im Sinn von § 195 von Amtes wegen, ob das Bauvorhaben den öffentlich-rechtlichen Bau- und Nutzungsvorschriften entspricht. Ist dies der Fall, ist die Baubewilligung zu erteilen. Gegen ein Baugesuch ist in von legitimierten (benachbarten oder von einem Bauvorhaben stärker als die Allgemeinheit betroffenen) die Einsprache im Sinn von § 194 zulässig. Einsprachen sind mit einem Antrag und dessen Begründung zu versehen. Mit der öffentlich-rechtlichen Einsprache kann die Verletzung öffentlich-rechtlicher Bestimmungen geltend gemacht werden. Nach Ablauf der Einsprachefrist entscheidet die Gemeinde über das Bauvorhaben und allfällige öffentlich-rechtliche Einsprachen. Die vom Interpellanten zwischenzeitlich eingereichte dringliche Motion 082/21 «Carparkplätze in der Arbeitszone C Rösslimatt» ist ein politischer Vorstoss, welcher die Behandlung des Baugesuches verhindern oder zumindest verzögern kann. Zweite Frage, Können die Parkplätze mit einer Volksinitiative verhindert werden? Ein Baugesuch kann nicht direkt mit einer Volksinitiative verhindert werden. Der Gesuchsteller hat ein Recht auf eine Baubewilligung, wenn das Bauvorhaben den öffentlich-rechtlichen Bau- und Nutzungsvorschriften, spricht insbesondere dem kantonalen Planungs- und Baugesetz (PBG) mit zugehöriger Verordnung und dem kommunalen Bau- und Zonenreglement (BZR) mit zugehörigen Verordnungen entspricht. Der Stadtrat wünscht sich von den politischen Parteien einen sorgfältigen Umgang mit den gewichtigen Volksrechten, wie etwa der Gemeindeinitiative nach Gemeindeordnung. Frage drei, Was halten die Umweltverbände von diesem Vorhaben? Auf die Aufforderung zur Stellungnahme haben die Verbände WWF und VCS eine solche dem Stadtrat zur Kenntnis gebracht. Abgekürzt lauten diese Stellungnahmen wie folgt: WWF: «Weil die weitere Entwicklung des Tourismus in Luzern mit vielen Unsicherheiten behaftet ist, weil eine deutliche Reduktion

des Massentourismus aus Überlegungen zum Klimaschutz nötig sein wird, scheinen uns Lösungsvarianten sinnvoll, die «provisorischen» Charakter haben. Also Optionen, die mit geringem Aufwand angeboten aber auch wieder reduziert werden können. Die geprüften Varianten im Gebiet der Rösslimatt gehören dazu. » VCS: «Wie eingangs erwähnt, stimmt der VCS Luzern aus den genannten Gründen dem Carparkplatz Rösslimatt als sinnvolle Zwischenlösung im Interesse der ganzen Tourismusregion zu, mit der Ablehnung des Carparkings ist für den Klimaschutz nichts erreicht. » Die vollständigen Stellungnahmen liegen der schriftlichen Beantwortung dieser Interpellation bei. Vierte Frage, Kann das Grundstück notfalls temporär ausgezont werden? Die Bau- und Nutzungsordnung unterliegt dem Grundsatz der Planbeständigkeit sowie der Rechtssicherheit. Die Auszonung eines einzelnen Grundstücks entspringt einer punktuellen Betrachtungsweise und lässt die notwendige raumplanerische Gesamtsicht vermissen. Zur Verhinderung eines Baugesuches oder einer unerwünschten Nutzung kann ein Grundstück nicht ausgezont werden. Auch mit dem Erlass einer Planungszone gemäss § 81 PBG kann das Baugesuch nicht verhindert werden. Mit der Bestimmung einer Planungszone sind gleichzeitig die provisorischen Bau- und Nutzungsvorschriften festzulegen. Eine solche kann im Weiteren nur erlassen werden, wenn die Sicherstellung der Nutzungsplanung nicht gewährleistet ist. Vorliegend ist keine Planung im Gange und das Vorhaben entspricht im Rahmen einer begrenzten Nutzungsdauer von 10 Jahren den Entwicklungsabsichten des Regelwerks LuzernSüd. Vielmehr lässt es diesbezüglich für die Südallee, den Autobahnpark und die Eindeckung der Autobahn den notwendigen planerischen Spielraum.

Anita Burkhardt-Künzler fragt den Interpellanten, ob er das Wort wünscht.

Enrico Ercolani wünscht das Wort nicht.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen erwünscht sind, somit ist diese Interpellation abgeschlossen.

6b. Dringliche Motion Ercolani: Carparkplätze in der Arbeitszone C

Nr. 082/21

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass der Stadtrat dieser Motion opponiert.

Enrico Ercolani sagt, dass er, wie es der Stadtrat bereits gesagt hat, in Besitz der Stellungnahme vom VCS ist. Darin steht, der VCS Luzern begrüsst das Projekt für ein Car-Parking-Provisorium Rösslimatt in Kriens. Bevor Enrico Ercolani mit dem vorbereiteten Referat beginnt möchte er ein paar Zahlen und Fakten bei einem allfälligen eintreten vom Carparking Rösslimatt darlegen. Die Berechnungen der Stadt Luzern gehen im optimistischen fall von 200 Cars pro Tag aus. Aneinander gereiht heisst das zu Spitzenzeiten eine Kolonne von zirka 3.3 Kilometer, wenn man den FCL-Car von der Firma Gössi nimmt, welcher 14,4 Meter lang ist und dazwischen noch etwas Abstand. Die Distanz Schwanenplatz – Rösslimatt beträgt zirka 3.5 km. Wenn 200 Cars hin und zurückfahren würden, wären das 1400 Kilometer Lehrfahrten pro Tag. Für Enrico Ercolani ist ein Einwohnerrat, der sich für solchen Unsinn einsetzt unglaublich. Er geht davon aus, dass es weniger Cars sein werden. Seine nachfolgende Berechnung basiert auf dreiviertel Jahren oder 273 Tagen. Dies ergäbe Car Leerfahrten von 382'200 Kilometer pro Jahr. Mit 10'000 Schritten und 80 cm Schrittlänge pro Tag, müsste man zirka 130 Jahre laufen, um diese Distanz zu erreichen. Nun liest Enrico Ercolani sein vorbereitetes Referat vor: So wie das aussieht, unterstützen die zwei Grünen Stadträte von Luzern, Adrian Borgula und von Kriens, Maurus Frey, den Parkplatzbau Rösslimatt. Blaue und teilweise auch Grüne Umweltpolitik sind erlaubt und notwendig. Dieses Bauprojekt hat damit aber nichts zu tun. Im Gegenteil, nebst Mehrverkehr kann man dies auch ökologischen Abgas-Unsinn nennen, Klimanotstand

lässt grüssen. Er kann nicht nachvollziehen, dass man das Inseli begrünen und Menschenfreundlich gestalten und in Kriens eine ähnlich grosse Fläche verdichten will. Wenn man als Umweltpolitiker solche Geschäfte auf den Tisch bekommt, sollte man eigentlich in Ohnmacht fallen und beim langsamen wieder Aufwachen murmeln «gots no». Nein, die FDP hat kein Verständnis für einen Parkplatzbau Rösslimatt. Die FDP ist aber gerne bereit, der Stadtregierung Luzern Alternativen aufzuzeigen, wie solche Probleme gelöst werden können. Erstens die Stadtregierung fordert Initianten für die Zukunft auf, mit der Einreichung von Initiativen wie diese für ein Carfreies Inseli, auch Lösungen mitzuliefern, wo die Cars in Zukunft auf Stadtgebiet parkieren sollen. Zweitens, die Stadtregierung verlängert die Parkmöglichkeiten, bis diese Lösung gefunden ist. Drittens, die Stadtregierung von Luzern geht über die Bücher und überdenkt generell ihre Verkehrs- und Parkplatzstrategien. Intelligente Lösungen wie Parkhaus Musegg, Spange Nord oder Nordumfahrung müssen dabei ins richtige Licht gestellt werden. Die Vorteile wären gewaltig, würden damit zehntausende von Autos, die heute durch die Stadt kriechen, diese um- oder gar nicht befahren. Unglaublich, dass sogar die Grün Liberalen solche Projekte bekämpfen. Bezüglich Car Parkplätze trifft das besonders auf das Parkhaus Musegg zu. Die Landeigentümer der Rösslimatt, die ein Baugeschäft besitzen realisieren jedes Jahr grosse Bauvorhaben. Damit verdichten sie viele Landoberflächen. Das soll kein Vorwurf sein, sondern nur eine Feststellung. Enrico Ercolani empfiehlt den Besitzern, die Rösslimatt umzugestalten in ein Paradies für Biodiversität. Ein Stück Land das für mindestens zehn Jahre dringend notwendige biologische Vielfalt erlaubte. Nebst Marketing und einem guten Image für das Bauunternehmen, schätzten das nicht nur Pflanzen und Tiere, sondern auch die Menschen. Enrico Ercolani bittet den Einwohnerrat die Motion zu überweisen und somit den Car Parkplätze Rösslimatt zu verhindern.

Armin Lisibach sagt, dass die KBVU in Bezug auf die dringliche Motion kurzfristig reagiert und sich mit dem Stadtrat Maurus aktiv ausgetauscht hat. Die Meinungen gehen definitiv im Resultat auseinander, deshalb hat er hier ein paar Statements aus der KBVU. Angemerkt wird, dass das Verkehrsleitsystem/Parkleitsystem der Pilatus-Arena mit dem System für dieses Projekt kombiniert werden soll. Kriens muss vermehrt leiden unter dem Verkehrsegoismus der Stadt Luzern. Mit allem zusätzlichen Verkehr, wo in der kommenden Zeit generiert wird. Grundsätzlich hat die KBVU keine Freude an Cars und Carparkplätzen, im Rahmen dieses Projektes (mit zeitlicher Begrenzung) haben gewisse Mitglieder/Fraktionen allerdings nichts dagegen einzuwenden. Der Preis, welcher die Cars zahlen, ist unverhältnismässig für das, dass die Stadt Ihre Grüne Bilanz polieren kann. Im Sinne von Verlagerung der Probleme. Zum Verkehr zu Stosszeiten vom Spatz zur Rösslimatt und zurück wird ein Mehrverkehr auf einer Stauaffinen Strecke geschaffen. Zehn Jahre maximal und keine Verlängerung werden geduldet. Wie sieht es bei dem Areal mit dem Grundwasser aus? Gibt es auch für die Chauffeure Sanitäre Anlagen? Es wurde gesagt, dass dies aktiv bewirtschaftet wird und WC-Anlagen und Duschhäuschen zur Verfügung stehen. Ein Grundtenor aus der KBVU gibt es dennoch. Wenn dies so werden sollte, wie dies die Stadt Luzern wünscht, dann darf auf keinen Fall die Zeitdauer von zehn Jahren überschritten werden. Dies wird auch von der Mehrheit der KBVU nicht geduldet.

Peter Stofer sagt, dass 250 leere Touristencars jeden Tag quer durch die halbe Stadt Luzern vom Inseli nach Kriens auf die Rösslimatt und wieder zurück fahren. Das ist nicht sinnvoll, nicht ökologisch, nicht zeitgemäss. Das verstopft Strassen, verlärmst und belästigt unnötig die angrenzenden Wohnquartiere. Die Grüne/glp-Fraktion findet es überfällig, dass Parkplätze hier drinnen nicht nur mit wirtschaftlichem Wachstum und Fortschritt, sondern auch mit Luft-, und CO₂-Emissionen, mit Landschaftsverbrauch und Versiegelung und der Klimakrise in Verbindung gebracht werden. Auf diesen 28 Carparkplätze mit entsprechendem Zusatzverkehr hat die Fraktion tatsächlich nicht gewartet. Die Grün/glp-Fraktion wird auf die dringliche Motion eintreten, sie jedoch aus folgenden Gründen ablehnen: Aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion hat der Stadtrat die richtigen Schlüsse aus der Debatte zur Motion Rösch zum Carparkplatz auf dem Areal Hinterschlund im Sommer 2020 gezogen und die berechtigten ökologischen Bedenken aufgenommen. Der Stadtrat hat der Stadt Luzern klar signalisiert, dass der Parkplatz im Sinne einer Zwischennutzung auf zehn Jahre beschränkt werden soll. Das schafft den zeitlichen Rahmen für die städtebauliche Entwicklung der Rösslimatt durch die Bauherrschaft und die Erstellung des Bebauungsplans. Bis zu diesem Zeitpunkt sollten auch die Fragen zum Projekt Bypass geklärt sein. Das Risiko ist also überschaubar, dass aus dieser

Zwischennutzung ein «Providurium» wird. Unnötiger Mehrverkehr wird durch ein Parkleitsystem und verbindliche Routenvorgaben von und nach der Stadt Luzern minimiert. Als Auflage stellt der Stadtrat in Aussicht, dass er ein Monitoring der im Mobilitätskonzept definierten Anzahl Fahrten und der gefahrenen Routen durchsetzen will. Diese im Grundsatz rechtskonforme Vorhaben auf politischen Weg zu verhindern, nachdem mit der Stadt Luzern intensiv verhandelt wurde, wäre nicht verhältnismässig und höchstwahrscheinlich auch nicht rechtens. Sicher ist, ein solches Vorgehen würde die Zusammenarbeit mit der Stadt Luzern beschädigen. Hätte der Einwohnerrat Car-Parkplätze grundsätzliche verhindern wollen, hätten sie dem Stadtrat einen politischer Auftrag geben müssen. Dies ist jedoch weder an der Debatte zum Areal Hinterschlund, noch danach erfolgt. Eher im Gegenteil, die Rösslimatt wurde als gangbarer Ausweg diskutiert, um die Parkfelder im Hinterschlund zu verhindern. Die Planungszone ist ein falsches Instrument. Angenommen, der Einwohnerrat würde diese Motion überweisen und der Stadtrat müsste die Planungszone erlassen. Wie würde wohl die Stadt Luzern reagieren? Es gibt zwei wahrscheinliche Varianten. Erstens, Die Stadt Luzern könnte gegen diesen Entscheid rekurrieren und hätte intakte Erfolgsaussichten, denn die Ausscheidung einer Planungszone ist kein Verfahren, um ein missliebiges Projekt zu verhindern. Planungszone dienen der Sicherstellung der Nutzungsplanung. Da jedoch eine Zwischennutzung über zehn Jahre, die Entwicklung des Areals in keiner Weise tangiert wird, würde das Instrument einer Planungszone im vorliegenden Fall wohl ins Leere laufen. Zweitens, Die Stadt Luzern würde gar nichts unternehmen. Nachdem die Planungszone rechtskräftig würde, müsste Kriens innerhalb von zwei Jahren neue Bau- und Nutzungsvorschriften für die Rösslimatt, bzw. einen Bebauungsplan auflegen. Andernfalls würde die Planungszone nach zwei Jahren wieder erlöschen. Es würde viel Geschirr zerschlagen aber letztlich nichts bewirkt. Es ist leider nicht das erste Mal, dass die FDP-Fraktion das Parlament und den Stadtrat mit Vorstössen konfrontiert, welche unausgegoren sind. Peter Stofer erinnert an das Debakel mit der Volksinitiative «Ökihof im Grütwäldli». Diese Initiative hätte man vermutlich gar nicht für gültig erklären dürfen, weil sie gegen übergeordnetes Recht verstösst. Und nun steht der Stadtrat da wie der Esel am Berg. Die Grüne/glp-Fraktion sind keine Freunde von zusätzlichen Parkplätzen. Aber die Begründung der Motion von der FDP ist einfach nicht glaubwürdig. Die 28 auf zehn Jahre befristeten Car-Parkfelder werden zur Schicksalsfrage um den Klimaschutz hochstilisiert. Der Weltklimarat wird angerufen, der symbolische Klimanotstand welcher der Einwohnerrat ausgerufen hat, wird beschworen, obwohl doch jeder weiss, dass die FDP dagegen war. Die Ablehnung der Motion im Sinne des Stadtrats ist aber mit klaren Erwartungen verbunden: Erstens, die Parkplätze werden nach zehn Jahren tatsächlich zurückgebaut. Ein solches Parkierangebot für Cars an idealer Lage direkt an der Autobahn weckt Bedürfnisse und wird fehlen, wenn nicht mehr vorhanden. Forderungen nach Realersatz muss man dannzumal entschieden zurückweisen. Man muss der Stadt Luzern und auch Horw deutlich klar machen, dass auch wir Krienser Bedarf haben. Es ist noch nicht allzu lange her, hat uns Luzern bei der leidigen Ökihof-Standortfrage beim Eichwäldli die kalte Schulter gezeigt. Dort ist der Einwohnerrat abgeblitzt. Wäre es nicht angezeigt gewesen, hier ein Gegengeschäft anzustreben: Ein gemeinsamer Parkplatz in Kriens, ein gemeinsamer Ökihof im Eichwäldli.

Patrick Koch war das einzige Ratsmitglied, dass am 25. Juni 2020 den B+A Nr. 296/20 nicht durchwinkte. Alle anderen ER-Mitglieder inklusive geschlossener FDP-Fraktion stimmten für den B+A. Mit dessen Überweisung war klar, dass der Stadtrat sich auf die Rösslimatt als Stadtluzerner-Carparkplatz fokussieren wird. Dank der dringlichen Motion von Daniel Rösch wurde auf die Planung eines ursprünglich geplanten Carparkplatzes auf dem Hinterschlund verzichtet. Es war wohl nicht die Idee des Einwohnerrates, dass sich nun als Zwischennutzung eine Wagenburg auf diesem Entwicklungsschwerpunkt einnistet. Aber das ist eine andere Geschichte. Die Stadtluzerner stimmen über die Juso-Inseli-Initiative ab und träumen dabei von einem malerischen Stadtpark mit Lagunen und Gondoli. Bereits kurz nach der Abstimmung liess der Luzerner Stadtrat verlauten, dass der Stadtrat zur Umsetzung der Initiative seine Car-Strategie weiterentwickeln wird, die vorsieht, die Car-Parkplätze vom Inseli an die Peripherie der Stadt zu verlegen und wird dabei in Kriens fündig. Dies erinnert den Sprechenden an das Mittelalter, als die Industrie mit ihren Immissionen nach Kriens vor die Tore der Stadt verlegt wurde. Die Initiative wurde dem Stadtluzernervolk ohne Plan für die Lösung des Carproblems unterbreitet. Ideen für unterirdische Parkmöglichkeiten (z.B. Musseggparking) gibt es durchaus. Die Rösslimatt würde ja maximal zehn Jahre als Carparkplatz zur Verfügung stehen. Die Stadt Luzern soll endlich mit dem Strategieprozess Carregime Vollgas geben und eine langfristige,

nachhaltige Lösung anstreben, die wohl heisst, «ab in den Boden». Die Carfahrten nach Kriens werden zusätzlichen Lärm, Luftbelastung und zusätzliche Verkehrsgefährdung mit sich bringen. Mit der Idee den Krienser Teil des Ökihofes bis auf weiteres auf die Rösslimatte zu verlegen, könnten die Immissionen für Kriens unter dem Strich sogar spürbar gesenkt werden. Die Rösslimatt ist verkehrstechnisch hervorragend erschlossen und für viele Krienser zentral gelegen. Die Fahrwege werden sich deutlich reduzieren. Die SVP-Fraktion ist gegen die Abschiebung des Reiseкарproblems nach Kriens und sagt deshalb ja zur Motion.

Laut Andreas Vonesch hat auch Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion keine Freude, dass die Carparkplätze nach Kriens kommen. Die Begründung zur Motion zeigt jedoch auf wie es so weit gekommen ist und wie die Stadt Kriens auch mit Luzern verhandelt hat. Dass jetzt diese dringliche Motion hier behandelt wird, irritiert Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion. Gerade die FDP war es ja, welche an der damaligen Sitzung im Juni 2020 gesagt hat, dass man sich damit abfinden kann, dass die Stadt Luzern nun auf das Rösslimatt Areal ausweichen will, um dort eine Übergangslösung der Carparkierung zu erzielen. Sie hält diesen Standort für geeigneter, da er sich geographisch näher an der Stadt Luzern befindet und mit einer Autobahnanbindung ideal erschlossen ist. Zudem ist der temporäre Charakter der Übergangslösung auf diesem Areal eher gegeben. Die zwei Forderungen der Motion erachtet Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion als unverhältnismässig. Für sie ist das kein partnerschaftlicher Umgang mit einem wichtigen Partner. Kriens ist in Zukunft bei der Entwicklung des Gebiets gemäss dem Regelwerk Luzern Süd in vielen Bereichen auf eine gute Zusammenarbeit mit Luzern angewiesen. Politik ist Geben und Nehmen und hier ist wirklich beides vorhanden. Für Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion entscheidend ist aber die zwingende Umsetzung der flankierenden Massnahmen und dass die auf zehn Jahre beschränkte Nutzungsdauer eingehalten wird. Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion lehnt die Motion ab.

Laut Raphael Spörri findet auch die SP-Fraktion, dass der Stadtrat Stärke beweisen soll und gegenüber der Stadt Luzern selbstbewusst aber denn noch partnerschaftlich auftreten soll. Gut gemeint sagt Raphael Spörri: «Lieber Enrico. Es scheint sich bei dir eine Art Alters-Klima-Einsicht einzustellen». Trotzdem kann die SP seinem Anliegen nicht zustimmen. Zum einen wurden laut der Beantwortung des Stadtrates «Rahmenbedingungen» geschaffen, die ein langfristiges Parkieren in der Rösslimatt verhindern. Zum andern verstosse der Einwohnerrat hier gegen Treu und Glauben. Sie sind ein Gentlemen-Agreement mit Luzern eingegangen, welches die SP hoch priorisieren. Die schon erwähnten Rahmenbedingungen und Auflagen, die die Stadt Luzern erfüllen muss, sind für die SP Garantie, dass der Umweltgedanke zumindest berücksichtigt wurde. Zusätzlich steht die Stadt Luzern unter Druck innerhalb zehn Jahren, weiter für eine bessere Lösung ihrer Probleme Ausschau zu halten. 10 Jahre sind nicht viel und Kriens verbaut sich nichts. Die SP möchte ihrem Nachbar nicht die Tür zuschlagen.

Räto Camenisch sagt, dass es bis zum Himmel stinkt wie Luzern mit dem Carproblem umgeht. Jahrelang hat man ein Car nach dem andern am Schwanenplatz abgefertigt und die Geldströme gerne entgegengenommen. Es wurde nichts unternommen und die sinnvollen Parkhäuser Musegg und Falkenplatz abgelehnt und gedacht es wäre gut so. Vielleicht hat man einen Polizisten hingestellt und es hat sogar tote gegeben. Jetzt ist Corona gekommen und die grosse Ruhe ist eingekehrt. Räto Camenisch stellt fest, die Stadt Luzern hat nichts unternommen und möchte jetzt auch das Inseli frei haben. Und die Lösung muss jetzt Kriens bieten. Wie sieht Kriens das? Kriens hat schliesslich auch zu leiden unter dem Verkehrsegoismus der Stadt Luzern. Nehmen wir mal an, durch die Streichung von der Spange Nord fällt die durchgehende Buslinie dahin. Der Ausgangsverkehr beim Bypass wird über Krienser Boden gehen, weil die Stadt Luzern ihn nicht will. Die Stadt Luzern hat nichts für ihr Problem unternommen und verhält sich auch Verkehrsegoistisch mit Auswirkungen auf Kriens und jetzt muss die Stadt Kriens Hand bieten. Der Stadtrat hat Hand geboten mit der Firma die dieses besitzt. Räto Camenisch ist da nicht einmal dagegen, jedoch findet er es richtig, dass das Verkehrskonzept ausgearbeitet werden muss, die Parkanlage sauber gemacht mit Sanitäranlage und ganz wichtig das Ganze auf zehn Jahre beschränken. Mehr möchte Räto Camenisch der Stadt Luzern nicht zugestehen, dass sie auch ganz genau wissen nach zehn Jahre ist fertig und bis dann

müssen sie eine Lösung haben. Dies wäre eine partnerschaftliche Lösung. Mit einer Motion reinzuschies- sen führt zu rechtlichen Problemen und dies findet Rätö Camenisch einen schlechten Weg und ratet daher diese Motion abzulehnen. Diese Debatte, welche jetzt hier im Einwohnerrat stattgefunden hat soll der Schuss vor den Bug von der Stadt Luzern sein.

Cyrill Zosso findet nebst dem Verhalten von der Stadt Luzern mit dem Carproblem stinkt auch noch etwas anderes bis in den Himmel. Cyrill Zosso kann es als Umweltwissenschaftler nicht stehen lassen, wie hier mit der Dringlichkeit von Klimawandel herumgespielt wird und das Ganze nicht ernst genommen wird. Bei diesem Vorstoss geht es um Lokalpatriotismus und wie das Verhältnis zwischen Luzern und Kriens ist. Darüber kann diskutiert werden, aber nicht über den Klimawandel in diesen Zusammenhang. Wenn ein Muggparkhaus oder eine Spange Nord gebaut wird, ist bewiesen, dass dies zu Mehrverkehr führen wird. Was hat eine FDP für Visionen für den Luzerner Tourismus? Ist man dort auf einem grünen Weg? Was hat die FDP für Visionen beim Verbauen vom Gabeldingen? Ist man dort auf einem grünen Weg? Ein Biodiversitätsstück für zehn Jahre ist eine gute Idee, dies könnte die FDP-Fraktion bei den Diskussionen um die RPG Revision auch einbringen. Cyrill Zosso kommt sich etwas komisch vor als grüner Politiker den freien Markt an einen Liberalen zu verkaufen. Cyrill Zosso glaubt Kriens hat eine gute Absicherung, wenn das Land dort an Wert gewinnt, dass dieser Parkplatz in zehn Jahren verschwinden wird. Cyrill Zosso bittet den Einwohnerrat bei diesem Thema nicht um Klimawandel zu diskutieren, sondern um Lokalpatriotismus und dann würde er dem Motionär gerne Hand bieten, wenn er mit ihm dieses Thema angehen möchte.

Da bleibt Enrico Ercolani die Spucke weg. 1'400 Kilometer Carlehrfahrten pro Tag. Nebst dem Mehrverkehr kommt noch der Lärm und grüne Politiker können dazu «Ja» sagen. Enrico Ercolani findet nicht, dass wegen dem das Verhältnis zu der Stadt Luzern schlechter wird, schliesslich sitzt da unten in Luzern ein richtig grüner Politiker. Wenn dieser dann das Anliegen von Kriens nicht verstehen würde, wer sollte es dann verstehen? Er bittet nochmal die Motion zu überweisen und die Parkplätze zu überweisen.

Maurus Frey dankt dem Einwohnerrat für die engagierte Debatte und hält fest, dass jede Debatte eine wichtige Debatte ist. Maurus Frey macht nochmal auf das Kollegialprinzip aufmerksam und wiederholt, dass bei einer Begründung nicht Stadtrat, Maurus Frey, sondern der Stadtrat als Ganzes dieses Beschlossen hat. Schlussendlich war die Frage nach einem partnerschaftlichen Verhältnis. Das Ergebnis von dem Parkplatz Rösslimatt ist ein Ergebnis von einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit. Dies kann man natürlich unterschiedlich bewerten, das ist absolut ok aber es ist ein Ergebnis ausgehend von einer Diskussion vom Vorstoss vom Herr Rösch. Die Stadt Luzern muss als eine Region denken. Verkehrsegoismus und Zusammenarbeit, Luzern muss als eine Region denken, denn es kommen grosse Herausforderungen. Der Motionär spricht nicht umsonst eines der grössten Probleme an und zwar der Klimawandel aber auch dieses Problem kann nur gemeinsam gelöst werden. Verkehr fängt irgendwo an und hört irgendwo auf und die Grenzen an den Gemeinden zu ziehen sieht Maurus Frey als den falschen Weg und ist auch nicht der Weg, welcher der Stadtrat einschlagen will. Der Stadtrat steht für eine Zusammenarbeit, eine kritische Zusammenarbeit, ein miteinander und nicht ein einander ausgrenzen. Persönlich findet Maurus Frey eine Aussage, dass die Industrie nach Kriens ausgelagert wurde nicht negativ, er kann dem nicht negativ nachempfinden. Seine Eltern sind in der Bellstrasse aufgewachsen und diese Strasse ist aufgrund vom Industriellen Erbe in Kriens entstanden. Industrie gehört zur Geschichte von Kriens dazu und ist nicht etwas, was uns von einer anderen Stadt oder anderen bösen Macht aufgezwungen wurde. Maurus Frey möchte den Einwohnerrat zu mehr Zusammenarbeit und zu mehr Geist für das Gemeinsame, zu mehr think big und zu mehr denken für die Region anregen. Es ist nicht so, dass der Stadtrat Kriens sagte «judihui jetzt kommt ihr mit den Carparkplätzen nach Kriens». Jedoch hat der Stadtrat auch den Taschenrechner hervorgehoben und noch etwas mehr gerechnet als der Motionär. Es wurden verschiedenste Berechnungen gemacht unter anderem auch was der CO² Ausstoss sein wird oder was für Auswirkungen diese Carfahrten haben in Bezug auf die Verkehrssicherheit. Es wurden harte Verhandlungen geführt und die Stadt hat Substitutionelle Zugeständnisse gemacht und übernimmt Verantwortung für alle negativen Emissionen. Der Stadtrat Kriens

setzt so ein Parking gleich wie zum Beispiel ein Parkhaus Musegg oder die anderen die heute schon erwähnt wurden. Leider gibt es aktuell noch keinen grossen gesetzlichen Spielraum. Es fehlt aktuell noch etwas auf Nationaler oder Kantonalen Ebene um die CO² Emissionen zu bepreisen. Wichtig ist es jedoch festzuhalten, dass für den Stadtrat Kriens die Bewahrung vom Entwicklungspotential in dieser Umgebung eine zentrale Rolle spielt. Der Stadtrat Kriens würde keine Nutzung zulassen, welche die mittel- oder langfristige Entwicklung von diesem Gebiet zulassen würde. Nicht durch alternative Wohnformen aber auch nicht durch Verkehrsintensive Nutzungen, welche danach qualitativere Nutzungen verunmöglichen. Durch die begrenzte Nutzungsdauer sieht der Stadtrat die mittel- bis langfristige Entwicklung von diesem Gebiet nicht gefährdet. Die kurzfristige Entwicklung ist aktuell aufgrund vom Bypass nicht klar. Maurus Frey hat aus den Voten herausgehört, dass die begrenzte Nutzungsdauer allen Fraktionen ein zentrales Anliegen ist. Es gibt vier Formale Sicherungen, welche diese Zwischennutzung sichern. Erste Formale Sicherung ist die Privatrechtliche Vereinbarung von der Stadt Luzern und dem Grundstückseigentümer. Diese Privatrechtliche Vereinbarung ist öffentlich auf Grund vom Bericht und Antrag im grossen Stadtrat, diese kann jederzeit eingesehen werden. Darin ist die Dauer klar geregelt, natürlich ist es möglich diese zu verlängern. Die zweite Sicherung ist der gesprochene Kredit vom Partnerparlament von der Stadt Luzern, dieser ist auch auf zehn Jahre beschränkt. Natürlich könnte der Stadtrat von Luzern einen neuen Kredit sprechen. Die dritte Sicherung ist die sogenannte öffentlich-rechtliche Beschränkung von der Baulinie vom Bypass A2. Dort liegt der momentane Landbesitzer für die vorgesehene Nutzung eine zeitlich begrenzte Bewilligung von zehn Jahren vor. Die vierte und aus Sicht von Maurus Frey die wichtigste Sicherung ist, dass der Stadtrat mit der Baubewilligung die Nutzungsdauer auf zehn Jahre verfügen werden. Dann kann ein Landbesitzer, ein Astra oder ein grosser Stadtrat von Luzern etwas wollen aber nein hoheitlich verfügt die Stadt Kriens eine beschränkte Nutzungsdauer von zehn Jahren. Dann gibt es noch eine Informelle Sicherung, die sicher auch sehr wichtig ist. Wenn die Fragen um den Bypass geklärt sind und klar ist was auf diesem Landstreifen in der Rösslimatt gebaut werden kann, dann kann der Profit auf einen Quadratmeter noch um ein Mehrfaches steigen. Die Geldströme wurden auch erwähnt. Es ist allseits bekannt, dass der Tourismus eine Wertschöpfung bringt. Maurus Frey erlaubt sich als nicht Ökonom die Vermutung, dass diese Wertschöpfung sich nicht nur auf die 15 Quadratmeter am Schwanenplatz beziehen, sondern auch die ganze Region davon profitieren kann. Es ist vielleicht ein Profit aus dem Tourismus hinter dem nicht alle im Einwohnerrat dahinterstehen können, jedoch ist es einfach ein Fakt, dass auch Menschen in Kriens Geld verdienen mit dem Tourismus in der Stadt Luzern. Es gibt natürlich auch Tourismus in der wunderschönen Stadt Kriens, es gibt hier zwei wunderschöne Berge. Maurus Frey fragt sich wie die Ausgangslage ist, wenn die Pilatus Bahnen plötzlich ein Interesse anmelden ihre Cars an einem anderen Ort zu parkieren. Wie soll diese Forderung dann ausgelegt werden? Weiter möchte Maurus Frey den Einwohnerrat darauf aufmerksam machen, dass auf Ticketeinnahmen in der Pilatusarena gehofft wird. Wo soll der Tourbus von ABBA oder Metallica parkieren? Zu guter Letzt hat Kriens auch Infrastruktur abgebaut, der frühere Carparkplatz auf dem heutigen Alex Willi-Platz gibt es nicht mehr. Wo parkieren die Cars von Kriens? Ist es Verkehrsegoismus, wenn man diesen Car dann in die Stadt Luzern schicken würden? Der Stadtrat möchte den Einwohnerrat zu Zusammenarbeit auffordern und miteinander Lösungen zu suchen für die heutigen Probleme. Maurus Frey möchte ebenfalls dazu auffordern, dass Kriens selbstbewusst in die Verhandlungen geht und Forderungen stellt, sowie der Stadtrat dies in dieser Verhandlung getan hat. Es wurden wichtige Verhandlungen mit anständigem Ton auf Augenhöhe geführt mit dem Partner Stadt Luzern. Der Stadtrat fordert dazu auf diese Partnerschaftliche Haltung an den Tag zu legen und die Motion ablehnen.

Abstimmung über Motion Ercolani Carparkplätze in der Arbeitszone C

Die Motion wurde mit 10:16:1 Stimmen abgelehnt

Akermann Michèle	Ja
Albrecht Michèle	Nein
Bienz Viktor	Nein
Camenisch Rätö	Nein
Ercolani Enrico	Ja
Fluder Hans	Ja
Gut Kathrin	Nein
Kobi Tomas	Nein

Koch Patrick	Ja
Lengwiler Beda	Nein
Lisibach Armin	Ja
Meyer Pascal	Nein
Niederberger Raoul	Nein
Portmann Michael	Nein
Rösch Daniel	Ja
Rüegg Beat	Ja
Schwarz Erwin	Ja
Seeger Cedric	Nein
Solari Simon	Nein
Spörri Raphael	Nein
Stofer Peter	Nein
Tanner Beat	Enthaltung
Tschümperlin Erich	Nein
Vonesch Andreas	Nein
Zellweger Martin	Ja
Ziemssen Jörg	Ja
Zosso Cyrill	Nein

7. Beantwortung Interpellation Tanner: Chancen des Tiefbahnhofs Luzern für die Stadt Kriens

Nr. 048/21

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Anita Burkhardt-Künzler fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Beat Tanner wünscht eine Diskussion.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Beat Tanner dankt dem Stadtrat im Namen der FDP für die Beantwortung der Interpellation. Die FDP ist nicht zufrieden mit den Antworten, da sie eine andere Vorstellung einer Antwort gehabt haben. Diese Antwort ist rein verwaltungsgesteuert und beantwortet genau die gestellten Fragen. Die FDP-Fraktion vermisst vom Stadtrat Visionen und Lösungsvorschläge. Leider listet der Stadtrat nur Probleme auf und verwaltet anstatt dass er gestaltet. Der Tiefbahnhof Luzern bietet der ganzen Region eine ganz grosse Chance. Dieser Bau ermöglicht ein Ausbau der S-Bahn in der Region Luzern. Wenn man die Grafik auf der letzten Seite betrachtet, gibt es viele Gewinner aber auch einzelne Verlierer wie die Stadt Kriens. Ja, Kriens hat einen S-Bahn Anschluss, das wäre wie wenn die Stadt Luzern eine einzige S-Bahnstation im Würzenbach an der Grenze von Meggen hätte. Die Krienser S-Bahnstation ist an der Grenze von Luzern und Horw, nur per Zufall auf Krienserboden. Die grosse Mehrheit hat keinen Nutzen von dieser S-Bahnstation. Der FDP fehlt ein Anschluss von der Busschleife in den Bahnhof Luzern, bei welcher man innert 3 Minuten die Strecke zurücklegen kann. Es gibt verschiedene Optionen wie man dazu kommen könnte. Ein Durchgangsbahnhof mit einer Schleife bis ins Krienser Zentrum oder eine Verbindung Busschleife zur S-Bahnstation Kreuzstutz via Bahn analog Flughafen Zürich (Verbindung internationaler Terminal). Ein effizienter öffentlicher Verkehr bringt die Bürgerinnen und Bürger dazu auf diesen zu wechseln. Nun soll Kriens von all diesem abgeschnitten sein. Die Linie 1 kann Kriens behalten, aber separate Busspuren soll es auch nicht geben. Die FDP erwartet vom Stadtrat eine Erarbeitung einer Vision für den öffentlichen Verkehr in Kriens mit dem Bau des Tiefbahnhofs.

Pascal Meyer liest das Votum vom abwesenden Manuel Hunziker vor: Neben dem Kampf um eine Eindachung der Autobahn geht das Grossprojekt TBL wohl etwas unter. Dies obwohl hier durchaus Chancen für Kriens vorhanden wären und Inputs wohl noch eingebracht werden können. Da das Vorprojekt erst Ende 2022 vorliegen wird. So enttäuschen die Antworten des Stadtrats und ein eintreten in den durchaus interessanten Variantenvorschlag der Interpellation fehlt gänzlich. In seiner Antwort beispielsweise zu Frage eins fehlt ein wirklicher Bezug zu Kriens, wie er vom Interpellanten in seiner Frage gefordert wird. Die genannten Punkte scheinen Manuel Hunziker offensichtlich und werden im Planungsbericht so auch erwähnt. Spannender wäre aber beispielsweise eine Antwort oder eine Einschätzung bezüglich der Auswirkungen für den Wirtschaftsraum Kriens. Im Minimum hätte man hier einen Hinweis auf den Bericht zu den Agglomerationseffekten des TBL und eine Einordnung deren Ergebnisse für Kriens gesehen. Bei Frage drei schlägt der Interpellant eine Bestvariante D1 ergänzende S-Bahn-Linie vor und nicht wie vom Stadtrat angenommen einfach eine Variante D6. Variante D6 ist ein Durchgangsbahnhof für S-Bahnen mit verkürzter Perronlänge, welche insbesondere bei Kriterium Z4 Kompatibilität mit Entwicklungsstrategie und Angebotsstrategie Agglomeration Luzern, schlecht abschneidet. Im Synthesebericht Variantenstudium sind die Beurteilungskriterien für das oben erwähnte Oberkriterium Z4 dargestellt. Eines der drei Kriterien die Umbildung der Linie Luzern-Zürich, sprich das Aufheben des Kopfbahnhofs zugunsten einer Schleife. Dies erfüllt diese Variante nicht, was das schlechte Abschneiden wohl erklärt. Die Variante des Interpellanten hingegen, würde einen klaren Mehrwert zu bestehenden Bestvariante schaffen und möglicherweise auch die Mehrkosten rechtfertigen. Daher wäre die vom Interpellanten erfragte Einschätzung der Chancen einer solchen Variante seitens des Stadtrates durchaus wünschenswert und auch spannend gewesen. Als Antwort auf Frage vier muss ein Verweis auf ein neues Buskonzept erhalten, welches wohl kaum wirklich mehr Anbindung an den Bahnhof bringen wird. Warum nicht langsame Verkehrsachsen ausbauen oder gar neu schaffen. Mit dem Fahrrad oder insbesondere Elektrovelo ist man schon heute schneller als mit dem Bus. Hier hätte es durchaus mehr Platz für Visionen und Ideenreichtum gehabt. Es wird aus den vorhandene Dokumenten schon klar, dass Kriens keine Priorität hat und wohl auch nicht haben kann bei diesem Projekt. Es ist auch klar, dass der Stadtrat nur beschränkte Ressourcen hat. Nichtsdestotrotz wäre es wichtig, sich noch einmal Gedanken zur Vorgeschlagenen Variante zu machen und diese falls noch möglich einzubringen und sonst aktive Gedanken über eine attraktive Anbindung an den zukünftigen Durchgangsbahnhof von Luzern zu machen.

Hans Fluder sagt, dass der Tiefbahnhof sicher ein gutes Projekt ist. Aus der Beantwortung ist zu lesen, dass das Tessin dank dem Durchgangsbahnhof eine Viertelstunde näher an die Deutschschweiz rückt. Auch die Nord - Süd – Verbindung (Basel – Mailand) via Luzern ist damit eine halbe Stunde schneller als via Zürich. Das sind erfreuliche Nachrichten. Das Ganze wirft schon noch einige Fragen auf. Wenn der Bypass gebaut wird, ist aus der Beantwortung zu lesen, führt eine Busspur vom Kupferhammer ins Zentrum von Luzern. Das heisst für den Autoverkehr sowie Zulieferfirmen, dass ab Kupferhammer nur noch eine Spur nach Luzern führen wird. Die Kantonsstrasse und auch die Nebenstrasse von Kriens werden im Verkehr versinken. Die Stadt Luzern geht noch weiter. Laut Zeitungsberichten will die Stadt Luzern eine Busspur vom Kupferhammer bis nach Ebikon planen. Auf der Zentralstrasse sowie beim KKL werden Busstationen geplant. Der Durchgangsbahnhof wird unter dem Seebecken nach Bern, Basel und Zürich gebaut und das Parkhaus beim Bahnhof muss dem Tunnel weichen. Das heisst, dass die Stadt Luzern die Autos noch mehr aus der Stadt verbannen will. Die einzige Person, die in einem Zeitungsartikel in der Luzerner Zeitung auf das Vorgehen der Stadt Luzern hingewiesen hat und das nicht so entgegen nehmen will ist der Regierungsrat Fabian Peter. Die Stadt Kriens muss den ganzen Verkehrsstau schlucken. Die Stadt Kriens wird somit unattraktiv und es könnten einige Bürger von Kriens eine neue Wohngemeinde suchen.

Viktor Bienz dankt dem Stadtrat im Namen der Die Mitte/die junge Mitte-Fraktion für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Sie zeigt auf, wie verschiedene Varianten geprüft wurden und wie weitere Ideen und Forderungen geprüft und abgeklärt werden. Der Die Mitte/die junge Mitte-Fraktion ist es wichtig, dass das Zentrum von Kriens mit einer Zukunftsversprechenden ÖV-Variante erschlossen wird. Seid es durch

eine durchgehende Buslinie bis zu S-Bahn-Station oder bis zum Bahnhof Luzern oder sogar eine S-Bahn-Station im Zentrum. Der Stadtrat und das Parlament müssen mit Fragen und Forderungen gegenüber vom Bund und Kanton anhalten und dranbleiben. Nach dem Motto, stets ein Tropfen höhlt den Stein. So hat Kriens zuletzt den Tunnel.

Raphael Spörri sagt, dass die Hoffnung zuletzt stirbt. Dies scheint ihm das Leitmotiv des Interpellanten gewesen zu sein. In seiner über 30-jährigen SBB Karriere, versichert er dem Einwohnerrat, dass weit über 20 Varianten geplant, verworfen und erneut überarbeitet wurden. Raphael Spörri zitiert Julius Cäsar: Er sagte: «Alea iacta» lateinisch für «die Würfel sind gefallen». Ein Tunnel unter Kriens mit einer Anbindung an die Bernerlinie durchs Entlebuch und Emmental wären zwar ideal für Kriens. Aber scheinbar eben nur für Kriens. Die Hoffnung von Raphael Spörri ist nicht gross. Er bekämpft lieber den Bypass, wie er geplant ist und freut sich an einer Top Anbindung der Region Luzern, von der auch Kriens profitiert, und kämpft weiter für eine gute und freie Fahrt zum Knoten Luzern

Räto Camenisch erinnert an die Vergangenheit, als die Bahnlinie von Bern nach Luzern geplant wurde, wollten die Krienser, dass diese Linie durch Kriens nach Luzern geht. Kriens damals eine arme Gemeinde hatte Fr 50'000.00 budgetiert um alle Stellen zu bearbeiten, damit dies zu Stande kommt. Damals war das ein riesen Betrag. Damals wurde dies von Theodor Bell angestossen. Kriens hat jedoch verloren und die heutige Linie über Littau wurde gebaut. Heute ist es ein wenig ähnlich. Ein grosser Teil vom Stadtgebiet ist nicht Bahnerschlossen. Räto Camenisch hatte immer gesagt die grösste Stadt in der Schweiz ohne einen Bahnanschluss. Nun gibt es einen Bahnanschluss einfach am Rand. Jetzt gibt es dort grössere Quartiere dann sieht es auch schon wieder anders aus. Räto Camenisch sagt seit Jahren, wenn man will kriegt man einen Bahnanschluss. Eine unterirdische Verbindung von Kriens nach Luzern kann sich jeder aus dem Kopf schlagen, dies wird es nie geben. Es ist nicht finanzierbar, es wurden Rechnungen gemacht und dies geht bis zu einer Milliarde, denn man muss derart viele unterirdische Verlegungen machen. Dies ist beinahe ein Ding der Unmöglichkeit, jedoch gibt es eine kleine Lösung. Wenn man von Littau den Sonnenbergtunnel durchbohrt und eine Schleife im Bereich vom Krienser Zentrum macht, kann man die S-Bahn vom Entlebuch über Kriens laufen lassen. Die Strecke vom Sonnenberg kreuzt keine Leitung und man muss auch nicht mit Wassereinbrüchen rechnen. Diese Strecke hat die gleiche Länge wie ein Kehrtunnel am Albula und diese wurden damals von Hand und mit etwas Sprengstoff hergestellt. Heute gibt es Super Bohrmaschinen und Räto Camenisch ist überzeugt das wäre eine kleine Sache diesen Tunnel zu Bohren, wenn man denn nur möchte. Die Stadt Luzern konnte damals auch einen Tunnel für die Wasserableitung vom Eichhof ins St. Karli für 60 Millionen machen, damit sie nicht immer überschwemmt werden. Es muss einfach an das Naheliegende gedacht werden und auch mal etwas fordern. Räto Camenisch kommt nochmal auf die Carparkplätze zurück. Er erinnert, dass er zusammen mit Norbert Schwarzmann einen Zwillingsvorstoss beim Kanton einreichte. Die Stadt musste prüfen, ob auf dem Dach vom Bahnhof ein Carparkplatz gemacht werden kann, sowie zum Beispiel in Chur. Die Stadt wollte dies jedoch nicht und die Idee wurde beerdigt. Räto Camenisch wollte damit einfach sagen, im Verkehr muss etwas weiter und naheliegender gedacht werden. Sämtliche Träume von unterirdischen Verbindungen von Kriens nach Luzern sind ausgeträumt.

Maurus Frey sagt es ist eine schwierige Ausgangslage nach dieser Diskussion und fragt den Einwohnerrat was man aus dieser Diskussion mitnehmen kann. Maurus Frey erlaubt sich die persönliche Bemerkung, dass vom Einwohnerrat oft Antworten gefordert werden, auf Fragen die nicht gestellt wurden. Man kann sich viele Gedanken machen, die Frage ist nur durch was die Gedanken bewegt werden. Maurus Frey nimmt aus der Diskussion mit, dass eine gewisse Unzufriedenheit mit der ÖV-Anbindung in der Stadt Kriens vorhanden ist. Dies ist eine durchaus berechtigte Haltung und so ist auch die Haltung vom Stadtrat. Zu Spitzenzeiten ist man vom Hauptbahnhof Stans schneller am Bahnhof Luzern als vom Obernau. Dies sind nicht die Bedingungen, welche sich der Stadtrat für Kriens wünscht. Maurus Frey hat mal die Durchschnittsgeschwindigkeit vom 1er Bus um 18.00 Uhr gemessen, auf eine Strecke von 500 Meter durch Kri-

ens waren das 3.5 Km/h. Maurus Frey findet auch, dass das so nicht sein kann. Er appelliert an das Strategische Führungsgremium der Stadt Kriens, diese Unzufriedenheit gemeinsam zu postulieren und aufzuheben über detaillierte Lösungen zu diskutieren. Der Stadtrat kann dem Einwohnerrat nicht Hand bieten das Rad von der Zeit zurückzudrehen und die Ausmarkungen von den Varianten vom Tiefenbahnhof Luzern zu verändern. Dies hat sehr beschränkte Erfolgsaussichten. Der Durchgangsbahnhof Luzern ist noch kein beschlossenes Projekt. In der Region sind verschieden Kräfte vorhanden und verschiedene Interessen, welche plötzlich diese Projekte in Frage stellen und dies mit anderen Projekten verknüpft. Der Stadtrat spürt die Unzufriedenheit über die Verkehrsanbindung mit dem ÖV, jedoch hört er andererseits beim nächsten Votum schon den Interessenkonflikt wenn es heisst «nein jetzt wollt ihr eine Busspur machen vom Kupferhammer bis nach Luzern, geht's noch? Dann haben wir nur noch eine Spur auf der Kantonsstrasse». Über diese Interessenskonflikte muss debattiert werden um dies zu lösen. Der Einwohnerrat vermisst Visionen. Erwartet Visionen. Der Stadtrat ist keine Visionslose Truppe jedoch fordert er auch einen gewissen Realismus. Es werden Personalressourcen eingesetzt und dann muss es doch auch einigermaßen erfolgsversprechend sein. Dann hat es wenig Sinn, wenn sieben Jahre nach dem Entscheid wo die Linie verlaufen wird, der Stadtrat sich noch Visionen und Gedanken darüber macht. Der nächste ÖV-Bericht ist zur Vernehmlassung offen und Maurus Frey fordert dazu auf an dieser Vernehmlassung teilzunehmen. Die politisch aktiven sollen ihre Anliegen zum öffentlichen Verkehr in der Vernehmlassungsantwort veräussern. Der Stadtrat Kriens macht dies. Sie sehen beschränkte Möglichkeiten in der Vision vom Bus und macht Strassengebunden. Sie machen Strassengebundene ÖV-Anbindungen, welche als siamesischer Zwilling mit dem individuellen Verkehr koexistieren muss. Es gibt dann hoffentlich auch Kantonale Diskussionen über Tram und Schienengebundene Geschichten. Auch im Einwohnerrat gab es schon Diskussionen über Hochbahnen und Seilbahnen. Die obere Ebene und die tiefere Ebene sind sehr beliebt, weil sie die existierende Ebene nicht konkurrenzieren. Der Stadtrat hat sich dazu verpflichtet ein besseres ÖV-Angebot zu schaffen.

8. Beantwortung Interpellation Lengwiler: Ablehnung Co2-Gesetz Handlungsbedarf für Kriens? **Nr. 051/21**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Anita Burkhardt-Künzler fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Beda Lengwiler: wünscht eine Diskussion.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Beda Lengwiler bedankt sich für die gute Beantwortung seiner Interpellation. Es war ein ausserordentlich schönes Geburtstagsgeschenk, genau an seinem 20 Geburtstag den ersten Vorstoss beantwortet zu bekommen. In der Beantwortung seiner Interpellation wurde aufgezeigt, was die Konsequenzen für die Stadt Kriens sind, falls keinen konsequenten Klimaschutz betrieben wird. Die Jungen machen sich bezüglich dem Klimawandel und den Konsequenzen für die Lebensbedingungen der zukünftigen Generationen sorgen. Unfruchtbare Böden, steigende Meeresspiegel, Unwetter und die daraus resultierende Migrationsströme werden die Menschen vor grosse Herausforderung stellen. Für Die junge Mitte ist klar, dass die Möglichkeiten für Klimaschutzmassnahmen in der Gemeinde beschränkt sind. Trotzdem muss Kriens die Massnahmen, welche eben Möglich sind anpacken! So leistet Kriens einen kleinen Beitrag dazu, dass weltweit die Folgen des Klimawandels gemildert werden. Auf der Seite 3 ist sehr gut abgebildet, wo man als Stadt Kriens Potential hat. Das grösste Potential ist klar in den Bereichen: Gebäude bzw. Heizungen und Mobilität. Dort muss die Stadt Kriens unbedingt ansetzen und Massnahmen ergreifen. Auf der Seite 5 steht geschrieben, dass die Stadt Kriens kein Programm zur Sensibilisierung für den Zusammenhang zwischen Konsum und Klimawandel führt. Es sei Aufgabe der oberen Staatsebenen. Die junge Mitte ist dafür, dass dies auch

auf einfachem und kostengünstigem Weg, wie beispielsweise durch Berichte im Kriens Info auch auf Gemeindeebene angegangen werden soll. Die junge Mitte ist erfreut, dass der Stadtrat eine Klima- und Energiestrategie auf Gemeindeebene erarbeiten möchte. Dazu haben sie jedoch noch eine Frage. Was ist der zeitliche Rahmen des Erstellens dieser Strategie? Nun zu dem Label «Energistadt Gold». In der Immobilienstrategie steht geschrieben, dass man das Label «Energistadt» erhalten möchte. Die junge Mitte findet es wichtig, dass die Stadt das Label «Energistadt Gold» anstrebt. Kriens muss vorwärts machen und es braucht ja wirklich nicht mehr viel, um dieses Label zu erreichen. Ausserdem sind die Mittel dazu vorhanden. Die Junge Mitte wird heute einen weiteren Vorstoss in diese Richtung einreichen, weil sie es extrem wichtig findet, dass Kriens die Herausforderungen anpackt und ein Beitrag an den Klimaschutz leistet. Beda Lengwiler bedankt sich recht herzlich für die Beantwortung der Interpellation und hofft, dass in Richtung Klimaschutz bald einiges geht und Kriens so als Stadt Mitverantwortung übernimmt.

Peter Stofer dankt Beda für die sehr relevante und gut recherchierte Anfrage. Beda Lengwiler stellt fest, dass das Krienser Stimmvolk das CO²-Gesetz deutlich angenommen hat. Und es ist sicherlich nicht falsch, daraus zu schliessen, dass die Bevölkerung einen Beitrag zur Beschränkung Klimaerwärmung leisten will. Das spürt man im Rat. Die Antwort des Stadtrats ist bemüht und mehrseitig, sie zeigt aber vor allem eines: Kriens ist in dieser Frage nicht auf der Höhe der Zeit. Es fehlt eine städtische Klima- und Energiestrategie, dabei wäre das kein Hexenwerk. Es braucht auch kein dickes Portemonnaie, aber es braucht politischen Willen. Folgende Schritte müssen nun angegangen werden: Ist-Situation- und Umfeldanalyse: Was machen Bund und Kanton. Wo sind die Herausforderungen für Kriens. Dank der Topografie am Fusse des Pilatus bieten sich auch Chancen, die es zu nutzen gilt. Handlungsspielräume und Handlungsansätze ausloten: Es braucht Massnahmen zur Emissionsminderung und weil der Klimawandel bereits im Gange ist, braucht es auch Anpassungsmassnahmen. Schnüren eines mehrheitsfähigen «Massnahmenpaket Klima» mit konkreten Massnahmen, deren Wirkung und Kosten und Umsetzungszeitrahmen. Dann braucht es ein politisches Bekenntnis, einen «Green Deal», so dass jeder und jede weiss, wie Kriens seinen Beitrag zum Klimaschutz im Sinne des Legislaturprogramm 2020 – 2024 leistet. Selbstverständlich braucht es dann auch noch den Willen zur Umsetzung, ein Controlling und ein wenig Öffentlichkeitsarbeit. Die Grüne/GLP-Fraktion hofft, Beda Lengwiler hat mit seinem Vorstoss beim Stadtrat «offene Türen eingearbeitet», ansonsten wird die Grüne/GLP-Fraktion nachdoppeln.

Hans Fluder sagt, Liegenschaften können mit Schnitzelheizung beheizt werden. Die Stadt besitzt genügend Wald. Das CO² – Gesetz behandelte der Einwohnerrat im letzten Frühling. Das erste Postulat Vonesch 262/20: Weitsichtige Planung - Nahwärmeverbund mittels Waldholzschnitzel für das Gebiet Grossfeld, Hofmatt, und allenfalls Schlossliegenschaft. Das zweite Postulat Tanner 277/20 Prüfung von Wärmeverbund als Heizlösung für das Zentrum bis Obernau. Die Anlagen Grossfeld, Hofmatt und Krauer werden zur Zeit mit einer Gasheizung betrieben. Wie der Postulant beschreibt, ist eine Schnitzelheizung eine gute und umweltfreundliche Alternative. Die Stadt Kriens besitzt eigenen Wald und aus diesen Wäldern könnte man die Schnitzel herausholen für diese Heizung. Mit der heutigen neuen Technik, mit sehr guten Fernleitungen, könnte man alle drei Liegenschaften beheizen. Beim Schnitzel gibt es keinen Abfall. Der ganze Baum vom Stamm bis zu den Ästen kann alles verwendet werden. Der Transport mit den Schnitzel aus den eigenen Wald sind umweltfreundlicher als die Pellets, die mehr kosten und die Lastwagen grössere Strecken zurücklegen müssen, bis sie am Ort sind. Holz gibt es genug in den Wäldern, da jährlich einen Holzzuwachs von neun bis zehn Kubikmeter wachsen. Das Postulat Tanner zielt in die gleiche Richtung. Eine wichtige Wärme – Energie kommt aus unseren Seen. Das Energie – Wasser – Luzern (kurz ewl) fördert das ökologische Heizen und Kühlen mit erneuerbarer Energie und erschliesst mit einem Pionierprojekt die Gemeinde Horw und Kriens mit See – Energie. Der Netzausbau wird etappenweise umgesetzt. Die erste Wärmelieferung ist voraussichtlich in der Heizperiode 2020/2021 möglich. Die See – Energie kurz erklärt: Bei der zentralen Wärmeproduktion wird Wasser für das Fernwärmenetz aufgeheizt. Das heisse Wasser wird über ein gut isoliertes Rohrleitungsnetz zu den Kunden transportiert. Dort wird dem Wasser die Wärme entzogen und an das Heizungsnetz des Gebäudes übergeben. Das abgekühlte Wasser fliesst zur Wärmequelle zu-

rück und wird dort wieder aufgeheizt. Dieses System ist platzsparend, tiefe Investitionskosten, lange Lebensdauer und Klimaneutral. Es ist nur noch abzuwarten, bis die Heizungen Öl und Gas altershalber ersetzt werden müssen. Diesen Zeitpunkt darf Kriens nicht verpassen.

Armin Lisibach sagt, aus der Sicht der FDP-Fraktion ist die Beantwortung ausreichend. Das Gesetz wurde mit einem entsprechenden Gewicht auf nationaler Ebene entschieden. Es bietet leider einen geringen Mehrwert, wenn einzelne Gemeinde oder Städte nun mit viel Aufwand vorsehen, während Andere sich nicht darum scheren. Wichtig ist, dass das Thema auf dem Radar bleibt und die Stadt sich den Handlungsfeldern bewusst ist. Die Fraktion bedankt sich für die Beantwortung und ist sich sicher, dass die Stadt Kriens jederzeit eine Vorzeigerolle wahrnehmen kann und die Bevölkerung jederzeit sensibilisiert. Wäre die FDP Fraktion wirklich so «Lausbuben» oder wie sie heute sonst noch genannt wurden, hätte die Fraktion nicht in der Vergangenheit verschiedenste Massnahmen, wie zum Beispiel Elektro-Ladestationen, Solarpanels auf den Stadteigenen Gebäuden, Wärmeverbund Zentrum-Obernau, Heizungsumbau Schloss Schauensee in der Vergangenheit angestrebt. Fakt ist, dass der Funke und das Bewusstsein in dem Handlungsfeld auch die Bevölkerung erreichen muss. Interessant wäre doch zu erfahren, was die Stadt im Sinne als Influencerin unternimmt. Tue Gutes und sprich darüber.

Raphael Spörri fasst das Votum von Bettina Gomer-Beacco zusammen. Die SP-Fraktion bedankt sich beim Interpellanten für diese Fragen und sie sind sehr froh, dass dies jetzt auch in Kriens ein Thema wird. Leider hat s National nicht ganz geklappt, jedoch zeigt das Resultat der Krienser Bevölkerung, welches das CO² Gesetz klar annehmen wollte, in welche Richtung es in Kriens gehen sollte. Bettina Gomer hat sieht vier Punkte, welche in Kriens unternommen werden können, für eine Annäherung an das Gesetz. Der erste Punkt ist Liegenschaften. Jede Person kann darauf Einfluss nehmen, indem zum Beispiel Sanierungen gemacht werden oder auch die Stadt Kriens kann mit Fördergeldern oder Beratungen unterstützen. Die Stadt Kriens soll mit ihren eigenen Liegenschaften eine Vorreiterrolle übernehmen und die Liegenschaften energetisch auf den heutigen Stand bringen. Der dritte Punkt ist Essen/Mobilität. Bei Essen gibt es bekanntlicherweise den grössten Fussabdruck, dies geht auch nur durch Eigeninitiative. Die Stadt Kriens kann dies nur unterstützen indem sie informiert und dies auch vorlebt. Der vierte Punkt ist der Schutz von der Natur. Kriens hat ein grosses Moor und dieses macht einen grossen Austausch von CO², beziehungsweise die Umwandlung von Schadstoffen in der Luft. Diese Biodiversität muss geschützt und auch ausgebaut werden. Das Fazit ist informieren, unterstützen und Anreiz schaffen. Eine Möglichkeit sieht die SP-Fraktion mit dem Kriens Info. Bettina Gomer-Beacco ist es ein Anliegen, dass dies im Kriens Info interessanter gestaltet wird, farbenfroher über ein oder zwei Seiten.

Enrico Ercolani sagt, er hat selten eine so Interessante Einwohnerratssitzung erlebt. Ihm wurde vorgeworfen, er sei in eine alters Jugend oder sowas ähnliches zurückgefallen. Enrico Ercolani hatte 40 Jahre lang ein Geschäft, hat in dieser Zeit sehr viel gebaut und er hat auch viel für die Umwelt unternommen. Als zum Beispiel die Autos mit Katalysatoren aufgekommen sind, hat er den ganzen Betrieb umgerüstet, dies hat x tausende Franken gekostet, welches er aus seinem eigenen Sack für eine bessere Umwelt bezahlt hat. Enrico Ercolani hat Häuser gebaut und schon damals teure Erdsondenheizungen eingebaut, obwohl dies viel teurer war als normale Heizungen, alles der Umwelt zuliebe. Enrico Ercolani dankt Beda Lengwiler für diesen Vorstoss, darin stehen zwei Sätze, welche man sich zu Herzen nehmen muss. In der Tat weist die Stadt Kriens mit 54 % «Ja» stimmen einen markant höheren ja Anteil als der kantonale Durchschnitt von 48 % aus. Der zweite Satz heisst unter Mobilität: Neben der vitalen Herausforderung mit dem Wachstum der Stadt, ein funktionierendes Verkehrs System für die Stadt Kriens zu sichern ist ebenfalls klar, dass eine Energiewende nur mit einer Verkehrswende erreicht werden kann. Ist der Grossteil von der SVP und der FDP noch die einzigen, welche die Krienser Bevölkerung bezüglich Umwelt vertreten. Die Abstimmungen über die Carparkplätze stehen da diametral dagegen. Enrico Ercolani fordert dazu auf nochmal zu überlegen, was sie heute abgestimmt haben.

Maurus Frey dankt im Namen vom Stadtrat für die positive Aufnahme der Antwort von dieser Interpellation. Der Einwohnerrat hat sehr vieles explizit ausgesprochen, was in der Beantwortung nicht so explizit steht. Von der Mitte wurde angeregt, dass das Thema Konsum ebenfalls bearbeitet werden soll. Es ist sicher so, das beim Umweltschutz der Bereich vom Konsum der umstrittenste ist. Wenn ein Staat vorschreiben will, wie warm es in der Stube sein soll und was man essen soll ist das ein sehr heikles Thema. Die Stadt Kriens will da auf der sicheren Seite sein und die weniger umstrittenen Massnahmen umsetzen. Nichtsdestotrotz wird doch etwas für den Konsum unternommen. Der Bring- und Holtag als Beispiel welcher von der Stadträtlichen Kommission für Umwelt organisiert wird. Im Herzen geht es dort um die Kreislaufwirtschaft, dass man den Konsum herunterfahren muss, gebrauchte Sachen wiederverwenden und nicht Konsumfester wie Black Friday feiern. Es wurde ebenfalls nach dem Zeitplan gefragt. Es gibt in Kriens eine Art Miniklimastrategie auf drei Seiten zusammengefasst. Unter Umständen kann der Stadtrat mit einer Klimastrategie die nötigen Punkte holen, welche Kriens noch vom Energiestadt Gold-Label trennen. Deshalb ist das Anliegen vom Stadtrat, dass dieses Thema von der Energie- bzw. Klimastrategie angegangen wird. Der Stadtrat sucht noch Synergien mit der Region in Luzern aber auch mit der Regionalkonferenz Umwelt, es muss nicht jede Stadt oder Gemeinde ihre eigene Energie- und Klimastrategie erfinden oder von einem Consulting Unternehmen schreiben lassen. Es braucht auch dringend eine Massnahmenliste, da die Strategie sonst nichts wert ist. Es wurde vom Einwohnerrat festgestellt, dass die Stadt Kriens nicht auf der Höhe der Zeit ist und der Stadtrat ist sich dem bewusst und ist gewillt und motiviert diesen Verzug aufzuholen. Zu der Frage was die Stadt Kriens als Influencer macht. Wenn man das Kriens Info aufmerksam liest, wird man merken, dass in 95% der Ausgaben etwas zu diesem Thema steht. Vielleicht noch etwas zu trocken und farbenfroh wie gewünscht, jedoch ist es vorhanden. Die Öffentlichkeitsarbeit ist auch beim AFP aufgeführt und der Einwohnerrat bestätigt hier, dass Kriens mit dem auf dem richtigen Weg ist. Alleine eine Stadt kann den CO2 Ausstoss nicht verändern. Das Ziel soll sein, Leute genau wie Enrico Ercolani, dazu zu bewegen Umweltbewusst unterwegs zu sein und frühzeitig auf neue Technologien umzusteigen. Maurus Frey hofft, der Stadtrat hat dem Einwohnerrat Lust auf einen Ausführlicheren Bericht gemacht und eine Klimastrategie. Der Stadtrat nimmt auch die positiven Feedbacks so zur Kenntnis, dass der Einwohnerrat an einer Energie- und Klimastrategie von der Stadt Kriens interessiert ist.

9. Beantwortung Interpelation Ziemssen: Wohin führt der digitalisierte Weg der Stadt Kriens? Nr. 052/21

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Anita Burkhardt-Künzler fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Jörg Ziemssen: wünscht eine Diskussion.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Jörg Ziemssen bedankt sich beim Stadtrat und bei der Verwaltung für die Beantwortung seiner Interpellation zum Thema: Wohin führt der digitalisierte Weg der Stadt Kriens? Der Stadtrat hat den Weg aufgezeigt wie er gedenkt beim digitalisierten Weg vorzugehen. Ein Projektverantwortlicher mit einem 50% Arbeitspensum scheint ihm eine Herausforderung zu sein, um die vielfältigen Aufgaben auf diesem Weg bewältigen zu können. Es wurde auch eine interessante Übersicht der laufenden Projekte aufgelistet. Grundsätzlich bedeutet Digitalisierung nicht einfach alle Informationen ins Netz zu bringen. Sondern die Prozesse effizient zu gestalten und repetitive Tätigkeiten zu automatisieren. Dies führt zu Erleichterungen bei allen Anspruchsgruppen bei der Stadt Kriens. Um dieses Ziel zu erreichen ist auch der Einbezug und die Begleitung der Mitarbeiter in der Verwaltung sehr wichtig. Jörg Ziemssen geht davon aus, dass in der heutigen

Zeit die Akzeptanz von Veränderungen im Arbeitsverhalten mit der IT bei den Mitarbeitern vorhanden ist. Dies ist die Basis, um die Arbeitsprozesse erfolgreich anzupassen. Auch ist er davon sehr überzeugt, dass mit guten Anpassungen eine Arbeitsentlastung stattfindet und so wertvolle Arbeitszeit frei wird für die Ausübung von personalintensiveren Tätigkeiten. Bestehende repetitive Tätigkeiten und Doppelspurigkeiten müssen reduziert werden. Auch die Anliegen beim Bezug von Dienstleistungen des Krienser Bürgers bei der Stadt Kriens sollten durch gute Anpassungen beim Arbeitsprozess so effizienter abgewickelt werden können. Für mich persönlich ist es auch wichtig, dass der Stadtrat und die Verwaltung von den Erfahrungen des neuen Abteilungsleiter Finanzdienste David Schilling profitiert. Wichtig ist seine Inputs wohlwollend aufzunehmen, um diese anschliessend in kleinen Schritten departementsübergreifend effizient umzusetzen. Das sollte auch vor Einsetzung eines neuen Projektverantwortlichen im Bereich «Digitalisierung» erfolgen. Die bestehende ICT-Gesamtstrategie wird im ersten Halbjahr 2022 überarbeitet und geht anschliessend in die Umsetzungsphase. Jörg Ziemssen ist gespannt auf dieses Papier und das weitere Vorgehen in diesem sehr wichtigen Thema. Nicht vergessen, dass man bereits Knowhow in diesem Bereich bei der Stadt Luzern und bei weiteren Gemeinden aktiv abholen kann. Jörg Ziemssen dankt dem Stadtrat fürs dranbleiben und dass er die Mitarbeiter in der Verwaltung auf diesem sehr wichtigen Weg kompetent begleitet und sie ans richtige Ziel führt.

Erich Tschümperlin sagt, dass die Frage, wohin die digitale Reise der Stadt Kriens geht, eine spannende Frage ist, die wohl alle interessiert. Deshalb dankt die Grüne/glp-Fraktion Jörg Ziemssen für diese Interpellation. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass die ICT Strategie überarbeitet werde und ein externer Partner diese erarbeitet. Und sobald die neue Strategie vorliegt, wird ein Projektverantwortlicher diese umsetzen. An dieser Stelle würde es die Grüne/glp-Fraktion jedoch interessieren, welche Strategie der Stadtrat verfolgt. Der externe Auftrag beinhaltet doch Ziele und Erwartungen der Stadt Kriens. Wo will der Stadtrat Schwerpunkte setzen, wo sieht er das grösste Potential oder die grössten Lücken? Sieht man intern grosses Potential, weil Programme nicht kompatibel sind und Daten nicht durchgängig zugreifbar sind oder können sich Krienserinnen und Krienser auf ein umfassendes digitales Angebot freuen. Gibt es auch ökologische Ziele, wie Lebensdauer, Reparierbarkeit oder Stromverbrauch? Die Grüne/glp-Fraktion würde interessieren, welche Ziele der Stadtrat mit der Digitalisierung verfolgt. Wenn der Stadtrat zur 1. Frage schreibt, dass er die ICT Strategie überarbeitet, dann deckt dies wohl nur einen Teil der Digitalisierung ab und wohl nicht einmal den grössten. Gemäss Stadtrat soll der Projektverantwortliche eruieren, wo Automatisierungen möglich sind. Dies ist richtig und sinnvoll. Aber Automatisierungen ohne übergeordnete Strategie werden kaum zu einer durchgängigen Digitalisierung führen. Dies sehen wir bei der Auflistung der durchgeführten Projekte der letzten Jahre. Die Projekte sind sicher sinnvoll und notwendig. Aber dahinter kann die Grüne/glp-Fraktion keine Strategie erkennen. Es fehlen ihnen die dazugehörigen Ziele. Sie wissen nicht, wie und ob sich diese Projekte ergänzen und ob sie ein gemeinsames Ziel verfolgen. Oder ob es sich um lokale Optimierungen handelt, statt schwerpunktmässig in einem Bereich einen grösseren Schritt vorwärtszumachen. Als Beispiel, ohne jeden Anspruch auf Richtigkeit, stellt sich die Grüne/glp-Fraktion ein solches übergeordnetes Ziel folgendermassen vor: Die Stadt will eine durchgängige digitale Erfassung und Archivierung aller Bauprojekte mit Zugriff aller Berechtigter innerhalb der Stadt und des RAWI inkl. Schnittstelle zur Verbuchung und Abrechnung der Aufwände der Mitarbeiter. Und sicher fehlen bei diesem Beispiel noch weitere Schnittstellen. Und spannend wird es dann, wenn man den Bürger:innen Zugriff auf einen Teil ihrer Daten ermöglicht, inklusive Einsicht auf den Fortschritt des Bewilligungsverfahrens. Die Liste mit den Projekten ist informativ, jedoch vermutet die Fraktion, dass in der Vergangenheit eine Strategie gefehlt hat. Das oft geäusserte Ziel der Effizienzsteigerung ist ihrer Ansicht nach noch keine Strategie, sondern eine Pflicht und Führungsaufgabe jeder Organisation. Weiter würde die Grüne/glp-Fraktion Aussagen zu Lizenzkosten und Serviceverträgen von Software begrüssen. Diese dürften wie an vielen Orten hoch sein. Daraus könnte der Stadtrat z.B. zum Schluss kommen, dass der Einsatz von Open Source Software als strategisches Ziel aufgenommen werden sollte. In diesem Zusammenhang wird auch immer die Frage nach den finanziellen Auswirkungen gestellt, wobei damit meistens Einsparungen gemeint sind. Die Fraktion ist gespannt, ob dies tatsächlich zu grossen Einsparungen für die Stadt führt. Denn oft wird mit der Digitalisierung auf neue z.B. gesetzliche Anforderungen reagiert (Pflicht zur Führung von Dossier) oder die Ansprüche der Bürger:innen an die Stadt steigen bezüglich digitalen Dienstleistungen und zwar weil dies andere Städte auch anbieten. Dass die Stadt Kriens die Zusammenarbeit mit Luzern und auch den K5 Gemeinden sucht, begrüsst die Grüne/glp-Fraktion sehr und sind auch der Ansicht, dass ohne diese Zusammenarbeit wirkliche

Fortschritte bei der Digitalisierung kaum möglich sind. Sie sind gespannt auf die Digitalisierungsstrategie der Stadt Kriens und auch ob und in welcher Form ihnen diese vorgelegt wird.

Der Dank von Martin Zellweger geht an den Interpellanten für das Aufgreifen des wichtigen Themas und an den Stadtrat für die Beantwortung der Fragen. Als erstes fällt bei der Beantwortung der Fragen auf, dass der Stadtrat von der Überarbeitung der ICT Gesamtstrategie spricht. Wichtig wäre dabei schon zu unterscheiden was eine ICT- resp. was eine Digitalstrategie ausmacht. Während sich eine ICT-Strategie mehr auf eine zukünftige, langfristig und stabile und wirtschaftliche IT Umgebung ausrichtet, will die Digitalisierungsstrategie den Weg aufzeigen wie mit neusten Mitteln der ICT Verwaltungsprozesse neu, effizient und kundenfreundlich modernisiert werden können. Das sind zwei völlig unterschiedliche Zielsetzungen die aber selbstverständlich auch abzustimmen sind. Auch vom Interpellant wird dies einleitend gut zusammengefasst. Die heutige ICT Strategie aus 2014 ist eine reine Strategie der Informatikinfrastruktur, sie bezieht sich in keiner Weise auf die Strategie der Stadt Kriens, vergessen dann noch auf die von der Verwaltung gegenüber den Bürgern angebotenen Dienstleistungen. Sogar entscheidende Teilstrategien wie beispielsweise die Datenschutz und Datensicherheit werden kaum berührt. Unterstützung der Geschäftsprozesse durch Software wird einfach unter dem Kapitel Projekte abgehandelt und zeigt damit schon eine fragmentierte Betrachtung der Stadtorganisation. Es wäre insofern interessant zu wissen, auf welcher Planungsbasis und mit welchen gesamtheitlichen Denken der Einsatz der Informatik-Systeme über die aufgezeigten Jahre 2018 bis 2022 bisher überhaupt geführt wurden und werden. Leider sieht die Beantwortung der Interpellation auch eher danach aus, dass eine ICT und nicht eine Digitalisierungsstrategie entsteht. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort: *«Wir erwarten in den ersten Jahren keine positiven Folgen für die Erfolgsrechnung der Stadt Kriens»*. Diese Aussage erstaunt. Gemäss Bericht weiss man noch nicht so genau was man macht. Man weiss dass es kostet, aber nicht wieviel. Aber man ist sich schon ganz sicher dass man vorerst noch keinen positiven Effekt in der Erfolgsrechnung erwarten dürfen. Eine etwas einseitige Aussage. Unseres Erachtens, ist das der falsche Ansatz. Zuerst werden die Handlungsfelder für die Digitalisierung von gesamtheitlichen Arbeiten und Leistungen eruiert. Dann wird neben den Kosten auch aufgezeigt wie die Einsparungen aussehen werden und wann sie zu erwarten sind. Ohne diese Aussagen ist eine Investition Blindflug und man kann nicht mal den Erfolg messen. Weiter werden danach Investitionen oder Ausgaben priorisiert, welche einen unmittelbaren Nutzen bringen, so dass beispielsweise bereits ein Effekt für die Erfolgsrechnung zutreffen kann. Hier wird die SVP-Fraktion garantiert keine Investitionen bewilligen ohne den Nutzen klar vorgerechnet zu erhalten. Ebenso warnen sie von grossen Investitionen, welche dann den Nutzen in der «ach so schönen Zukunft» bringen werden. Da hätte Martin Zellweger ein Déjà-Vu. Die Rolle der GICT hat so wie beschrieben nach u.E. wenig mit der Digitalisierung zu tun. GICT ist in der heutigen Form einfach ein Infrastruktur- und Basis Service-Anbieter und ist somit Teil der ICT Strategie. GICT ist Partner für die ICT. Für die Digitalisierung, bei der es primär um Verwaltungs- und Kundenprozesse geht, da ist eine Partnerschaft beispielsweise mit der bereits schneller agierenden Stadt Luzern wesentlich wertvoller. Es ist wichtig, dass sich auch in diesem Bereich nicht einzelne Kommunen neu erfinden. Sämtliche Gemeinden und Städte haben mehr oder weniger das exakt gleiche Potential zur Digitalisierung, da muss man sich nichts vormachen. Deshalb sind Partnerschaften das einzig Richtige. Im Speziellen warnen wir davor, dass Kriens irgendwelche Ambitionen entwickeln sollte voraussetzend zu handeln. Man sollte von den Fortschritten lernen und nicht Fehler wiederholen, welche andere schon gemacht haben, und gerne mal als Trittbrettfahrer dabei sein. Es scheint der SVP-Fraktion aber, dass tatsächlich erst die Basisaufgaben erledigt werden müssen. Zuerst etwas weg von der reinen ICT Strategie, dem richtigen und wirtschaftlich nachhaltigen Einsatz der Informatikmittel, hin zur Digitalstrategie, welche das gesamtheitliche Erscheinungsbild einer kundenorientierten Verwaltung unter dem Einsatz zeitgemässer Technologien effizient und kundenfreundlich gestaltet. Die SVP hofft hier regelmässig über Zwischenresultate zu erfahren und zu verstehen was Digitalisierung nach Meinung des Stadtrats für die Stadt Kriens bedeuten soll. Die SVP würde im Speziellen interessieren in welcher Form und wann der Einwohnerrat resp. die verantwortlichen Kommissionen die Strategie zu Gesicht bekommt – hoffentlich, bevor eine neue Personalstelle mit der Umsetzung beginnt.

Beda Lengwiler dankt dem Interpellanten für den Vorstoss und dem Stadtrat für die Beantwortung. Die Fraktion Die Mitte/Die junge Mitte finden die Beantwortung höchst interessant. Die Auflistung gibt genau Bescheid, wo was geplant ist und was die Stadt vor hat. Sie sind ausserdem sehr erfreut, dass die Stadt Kriens mit der Stadt Luzern zusammenarbeitet und so Kosten sparen will. Die Fraktion ist der Meinung, dass eine Ausweitung der Zusammenarbeit mit den K5 Gemeinden nützlich und kostenschonend sein könnte. Wichtig ist es «Vollgas» zu geben und die Digitalisierung zu fördern. Die Frage ist nicht, ob man es macht, sondern wann man es macht. Die Stadt kann selbst entscheiden: Entweder man hinkt dem Ganzen nach oder man wird zum Vorreiter. Richtig verstanden führt die Digitalisierung längerfristig zu tieferen Kosten und erhöht die Attraktivität der Stadt. Daher ist Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion dafür, dass Kriens die Digitalisierung fördert und somit allenfalls sogar die Kosten senken kann. In der Verwaltung soll das Ziel sein, die Dienstleistungen für die Bevölkerung benutzerfreundlicher und einfacher zu machen und für die Verwaltung praktischer und kostengünstiger.

Cedric Seger schliesst sich den Voten von den Vorgängern an und dankt dem Interpellanten für die Fragen und dem Stadtrat für die Beantwortung. Aus Sicht der SP ist es wichtig eine ganzheitliche integrierte und kausale Strategie erarbeitet wird. Weil wenn nur auf einzelnen Ebenen versucht wird etwas zu unternehmen führt dies nur zu Mehrkosten und dient auch der Digitalisierung nicht. Die SP findet es sehr wichtig, dass die Synergien mit den angrenzenden K5 Gemeinden genutzt werden. Durch die gute Vernetzung kann dies sicher gewährleistet werden. Für die SP-Fraktion ist schön zu hören, dass auch andere Teile vom Einwohnerrat sehen, dass gute Arbeit nur mit genügend Personal gewährleistet werden kann.

Roger Erni dankt Jörg Ziemssen für den Steilpass, dass der Stadtrat über dieses wichtige Legislaturziel berichten darf. Der digitale Wandel wird als Chance gesehen und gelebt. Die Mitarbeitenden müssen in den Prozess miteinbezogen werden und die Digitalisierung vorleben, ansonsten geht das nicht. Zweitens gibt es auch noch viele gesetzliche Rahmenbedingungen, welche die Digitalisierung verhindern. Roger Erni geht davon aus, dass dies dem Einwohnerrat klar ist. Wenn er jedoch das Votum von Erich Tschümperlin hört sind das brutal hehre Ziele. Dies erinnert Roger Erni an das Smartcity Wheel von der Stadt Luzern. Vor wenigen Tagen berichtete jedoch die Luzerner Zeitung, dass davon noch nichts erreicht wurde. Es wird eine 50% Stelle voraussichtlich im Juni 2022 eingestellt, bevor die Digitalisierungsstrategie dem Einwohnerrat gezeigt wird. Roger Erni ist dafür, dass die KFG über den aktuellen Stand informiert wird und wird diesbezüglich noch den Stadtrat befragen. Es braucht kleine Schritte von den Mitarbeitern damit die Digitalisierung funktioniert. Lizenzkosten von ABACUS werden in den nächsten Jahren ausgebaut. Dies wird zum Beispiel die Zeit AG Lösung ablösen. Es gibt Risiken und Chancen bei Programmen. Das Bewusstsein der Mitarbeiter ist der wichtigste Punkt und wird auch angegangen. Mitarbeitende sind abhängig von den Programmen, wenn etwas nicht funktioniert kann nicht gearbeitet werden, weil schon fast alles digitalisiert ist. Die Frage ist nur, ob der Einwohnerrat dies als Digitalisierung oder ICT ansieht. Der Stadtrat sieht es als beides. Die Strategie wird von aussen von Experten erarbeitet und ein zentrales Anliegen ist, dass auch ein Massnahmenplan erarbeitet wird. Eine Strategie ohne Massnahmenplan ist nicht brauchbar. Die alte ICT-Strategie ist nun sechs Jahre in der Schublade gelegen, weil man sehr vieles darin interpretieren kann jedoch gibt es keine Massnahmen. Die Stadt Kriens möchte im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten vorwärts machen in der Digitalisierung um am Ende der ersten Legislatur vom neuen Stadtrat einen Fortschritt zu sehen.

10. Beantwortung Interpellation Portmann: Welche Wirkung entfaltet der im Stadtparlament ausgerufene, symbolische Klimanotstand in der Stadt Kriens? Nr. 053/21

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Anita Burkhardt-Künzler fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Michael Portmann: wünscht eine Diskussion.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Michael Portmann anerkennt im Namen der SP-Fraktion, dass der Klimawandel eine der grössten Herausforderungen der heutigen Zeit ist. Vermutlich deshalb bekennt sich der Stadtrat ja auch zu den Energie- und Klimazielen auf internationaler, nationaler, kantonaler und überregionaler Ebene. Damit drückt der Stadtrat auch seinen Willen aus, dass er das Klimaziel des Pariser Abkommens mit einer Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius unterstützen will. Wie aber soll dieses Ziel erreicht werden? Hinweise darauf erhält der Einwohnerrat aus den Antworten des Stadtrates. An dieser Stelle dankt Michael Portmann dem Stadtrat für die gutausgearbeiteten Antworten auf seine Interpellation. Der Stand heute in Sachen erneuerbarer Energie sieht zusammengefasst wie folgt aus. Die Stadt Kriens besitzt 240 Gebäude. Alle Gebäude werden zu 100 % mit Strom aus erneuerbaren Quellen betrieben. Gemäss Energiespiegel des Kantons Luzern werden auch bereits 54 % der insgesamt 3'400 Gebäude oder 1'846 Gebäude in Kriens mit Strom aus erneuerbaren Quellen betrieben. Das ist verglichen mit 2015 ein um 6 % höherer Wert. Im Bereich Wärme werden immerhin schon 29 % der stadt eigenen Gebäude mit Wärme aus erneuerbaren Quellen betrieben. Die tabellarische Aufzählung als Antwort auf Frage drei zeigt deutlich, dass immer systematischer Wärme aus erneuerbaren Quellen genutzt wird. Zukünftig soll nur noch auf erneuerbare Energie gesetzt werden. Wenn man alle Gebäude in Kriens betrachtet, so sieht die Situation weniger gut aus. Nur gerade 14 % der Gebäude werden mit Wärme aus erneuerbaren Quellen beheizt. Die Steigerung von 5 % von 2015 bis heute scheint wenig zu sein, zeigt aber, dass seit 2015 doch in 150 Gebäuden eine Heizung installiert wurde, welche mit erneuerbarer Energie betrieben wird. Wie lange wird es dauern, bis alle Gebäude in Kriens zu 100% mit Strom und Wärme aus erneuerbaren Quellen betrieben werden, wenn die Anteile weiterhin vergleichbar anwachsen? Beim Strom aus erneuerbaren Quellen wächst der Anteil um rund 1% pro Jahr, so dass wir in 46 Jahren bei 100% sind. Das entspricht dem Jahr 2067, was verglichen mit den Klimazielen von 2050 deutlich zu spät ist. Bei der Wärme dauert es in einer vergleichbaren Rechnung noch ganze 86 Jahre, also bis in unvorstellbare Jahr 2107. Auch das deutlich zu spät. Abwarten, bis die Hausbesitzenden selbst auf die Idee kommen, Strom und Wärme aus erneuerbaren Quellen zu nutzen, dauert also definitiv zu lange. Deshalb muss die Stadt Kriens in diesem Bereich aktiv werden. Die Stadt Kriens muss mit gutem Beispiel vorangehen und gleichzeitig viel aktiver die für den Systemwandel notwendigen Impulse geben. Solche Impulse könnten beispielsweise mit geringem administrativem Aufwand mit der Energie- und Klimacharta für die Schweizer Städte gemacht werden. Sie wurde vom Städteverband zusammen mit dem Klimabündnis Schweiz aufgebaut und passt optimal zu den Bedürfnissen einer Stadt wie Kriens. Was besagt die Energie- und Klimacharta des Schweizerischen Städteverbandes? Die Energie- und Klimacharta ist eine Absichtserklärung, welche im Gegensatz zur Energiestadt nicht mit einem aufwendigen Monitoring und Zertifizierungsverfahren verbunden ist, sondern vor allem auch auf Selbstdeklaration beruht. Als Leitsätze steht in der Charta. *Wir zielen auf eine 100% erneuerbare Energieversorgung ohne Treibhausgasemissionen. Wir wollen mit unserem Engagement unseren Teil zur erfolgreichen Zielerreichung beitragen im Rahmen unseres städtischen Handlungsspielraumes. Wir handeln im Rahmen unserer Möglichkeiten nach den für Städte formulierten Handlungsleitsätzen, und wir rufen unsere Bevölkerung, sowie unsere Industrie-, Dienstleistungs- und Landwirtschaftsbetriebe dazu auf, ebenfalls für diese Handlungsleitsätze einzustehen.* Mit dem Beitritt zur Charta würde die Stadt Kriens also ein Zeichen setzen, dass sie allen Menschen in Kriens nahelegt nur noch Strom und Wärme aus erneuerbaren Quellen zu nutzen. Besonders wichtig ist dieses Zeichen für alle grossen Überbauungen, aber auch für alle, die ihre Heizung in den nächsten 10-15 Jahren ersetzen wollen. Klar braucht es dazu auch Abklärungen und Grundlagenwissen von Seiten der Stadt, was in welchen Gebieten in Kriens wie möglich ist. Solches Wissen wäre aber beim Klimabündnis abholbar und Massnahmenpakete sowie zugehörige Erfahrungsberichte ebenfalls. Das Annehmen der Charta wäre ein starkes Zeichen, dass die Krienserinnen und Krienser den Klimawandel als grösste Herausforderung der heutigen Zeit gemeinsam anpacken. Man hat vorhin von der Energie- und Klimastrategie en miniature gehört. Michael Portmann liebt Lego und versucht auch in seinem

Physikunterricht Bausteine aufzuzeigen, welche zu komplexen Modellen zusammengebaut werden können. Die Charta bietet exakt einen solchen Baukasten von den Commitments zu den Zielen über die Handlungsleitsätze bis hin zum Monitoring durchs Klimabündnis Schweiz. Warum also nicht eine Kriens spezifische Vision entwickeln im Sinne: Stadt Kriens 2040 – zu 100 % erneuerbar!

Simon Solari hält das Eintretensvotum vom abwesenden Manuel Hunziker und möchte zuerst im Namen der Grüne/glp-Fraktion für die Fragen, deren Antworten tief blicken lassen danken. Wenn diese Antwortet des Stadtrats den aktuellen Stand der Klimastrategie repräsentieren, dann hat die Stadt noch nicht einmal die Kinderschuhe gefunden, welche Kriens bereits vor einem Jahrzehnt hätte anziehen müssen. Die Antworten und Aussagen zu der Klimastrategie 2050 und den Pariser Klimazielen sind aus Sicht der Grünen/glp-Fraktion blanker Hohn. Es ist mittlerweile bekannt, dass die Schweiz zu langsam unterwegs ist um den Klimawandel auf 1.5 Grad Celsius zu beschränken. Die Anstrengungen müssten auf nationaler Ebene mehr als verdoppelt werden um nur eine Chance zu haben das Ziel zu erreichen. Auf nationaler Ebene ist man aber rund 15 Jahre weiter als in Kriens. Wenn also eine Stadt, welche noch nicht einmal eine Bestandsaufnahme auf Gemeindeebene hat, unsicher im Umgang mit Grundlegenden Energiebegriffen ist und nach Jahre langer Arbeit kein Energiestrategie vorweisen kann, solche Aussagen macht dann graut es der Fraktion vor der Zukunft der Nachkommen. Der Redner möchte die Aussage zu den Energiebegriffen gerne erklären. Der Interpellant stellt eine Frage zum Primärenergiebedarf pro Einwohner sprich zum totalen Energie Aufwand, welche für seinen Lebensstil aufgewendet werden muss. Die Primärenergie, welche insgesamt aufgewendet wird um ein Produkt wie Wärme, Strom, Lebensmittel aber auch Transportkilometer und so weiter bereitzustellen. Es werden also die Energieförderung Speicherung und Transport die Effizienz des Wärmeerzeugers mit einbezogen. Beispielsweise muss für 1 kWh Wärme aus einem Gasbrenner rund 1.17-mal so viel oder eben 17 % mehr Energie eingesetzt werden, als man nutzen kann. Bei Holz Pellets sind es sogar 1.56 oder 56 % mehr, weil die Verarbeitung des Holzes energieintensiv ist. Anstatt es beim ersten Satz der Antwort, nämlich, dass keine eigenen Analysen durchgeführt wurden zu belassen, versuchte man eine Antwort zusammen zu basteln, die so kritisiert werden muss. Es wäre völlig legitim zu sagen «haben wir nicht und macht auf lokaler Ebene wenig Sinn, weil die Unsicherheiten beiden zu treffen den Annahmen in Bezug auf das Konsumverhalten der Einwohner einfach zu gross wäre». Stattdessen wird auf den Energie Spiegel verwiesen, welcher aufgrund von Planungswerten den Nutzen-Energiebedarf im Bereich Wärme, Strom und Mobilität einzuschätzen versucht. Entgegen der expliziten Aussage des Stadtrates ist die Energie Beispiel also keine primärenergieverbrauch dargestellt. Zumindest wird dies im Methoden beschrieben zum Energie Spiegel nirgends erwähnt oder angedeutet. Im Zusammenhang mit der Frage der Interpellanten, ist die gegebene Antwort also eher als nutzlos zu betrachten. Wenn man die Eigenverantwortung in Bezug auf den Klimawandel wahrnehmen wollen, müsste man den entsprechenden Stellen unbedingt mehr Ressourcen verschaffen um die verlorene Zeit aufzuholen und Knowhow aufzubauen. Diesbezüglich wäre der Beitritt zu Klima-und Energiecharta Städte und Gemeinden ein erster und wohl wichtiger Schritt. Entsprechend begrüsst die Grüne/glp-Fraktion die Offenheit dies zu prüfen.

Michèle Akermann dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Die SVP steht dieser Beantwortung weniger kritisch gegenüber als ihr Vorredner. Es handelt sich um eine umfangreiche Arbeit, welche sicher sehr Zeitaufwändig war, da die Fragen sehr detailliert beantwortet wurden. Es handelt sich vor allem um eine Auflistung von Daten und nun ist die Frage was mit diesem Resultat gemacht werden soll. Michèle Akermann ist sich sicher, dass der Interpellant nicht einfach die Statistik bemühen wollte. Inhaltlich ist es für die SVP-Fraktion erfreulich, dass die Stadt beim Strombezug einen sehr hohen Anteil an Erneuerbaren Quellen ausweisen kann. Mittlerweile sind es fast 100 %. Bei der Heizung sieht es noch etwas anders aus, jedoch sieht man eine klare Bestrebung Richtung erneuerbare Energien. Es ist auch nachvollziehbar, dass dies einen längeren Zeitraum benötigt, da Heizungen nur wenn notwendig ersetzt werden. Generell sind aus Sicht der SVP deutliche Bestrebungen zu erkennen, welche mit einem guten Augenmass aber auch mit Rücksicht auf die Stadtfinanzen angegangen werden.

Armin Lisibach dankt für die Beantwortung. Der Interpellant hat die Zahlen schon ausgiebig ausgeführt. In der Beantwortung ist der Fokus auf die stadteigenen Immobilien und Einflussgebiete aufgelistet. Dies ist doch als Signalwirkung schon mal vorzeigbar. Und da kommt Armin Lisibach wieder zum Punkt. Tue Gutes und sprich darüber. Weiss die Bevölkerung, was die Stadt Kriens unternimmt? Welche Erfolge erzielt werden? Klimawandel ist ein Thema, das nicht jeder für sich alleine machen sollte. Das Thema muss jeder einzelnen Krienserin und jedem einzelnen Krienser wichtig sein. Hat Kriens ein Überblick, wie sich das Verhalten von ganz Kriens auswirkt? Ja, aber was aus der Beantwortung auch klar ersichtlich ist, ist dass diese baulichen und technischen Massnahmen auch ohne Notstand, sondern mehrheitlich aufgrund von Life-cycle-Themen und technischen Vorgaben ausgeführt wurden. Aber dank der Interpellation wurde das nun aufgelistet. Er dankt den Verantwortlichen der Stadt Kriens für eine orientierte Handhabung und jedem einzelnen hier im Saal für das persönliche Engagement in dem Thema.

Viktor Bienz sagt, mit vielen Zahlen zeigt uns der Stadtrat auf, wieviel Energie wird verbraucht und eingesetzt, ob es erneuerbare Energie ist und woher er kommt. In den 240 Gebäuden, die im Eigentum der Stadt ist, sind 41 Heizungen mit einer Leistung von 5'937 kW in betrieb. Dass man in den letzten Jahren bei einem Heizungsersatz auf erneuerbarer geachtet hat, ist bei der Aufstellung beim Punkt drei ersichtlich. Erfreut konnte Viktor Bienz lesen, dass Kriens die zwei Heizungen auf dem Schloss Schauensee nun mit einer Holzschnitzelheizung favorisiert und nachhaltig erneuern will. Neben der Förderung der erneuerbaren Energie sollte man nicht vergessen, dass Energie zu sparen und die Energie gar nicht brauchen, auch ein grosser Beitrag gegen die Klimaerwärmung ist. Die Mitte/ Die junge Mitte-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation und wünscht ihm weiterhin gutes Gelingen bei der Umsetzung der Energieprojekte.

Laut Enrico Ercolani ist die Beantwortung ausführlich und sehr Sinnvoll. Die Beantwortung zeigt auf, dass die Stadt Kriens einiges für den Umweltschutz unternimmt. Enrico Ercolani möchte wissen, ob es auch etwas ähnliches wie hier über die Heizung, über den Stand der Isolation der Häuser gibt. Vermutlicherweise sind dies auch viele alte Liegenschaften und man könnte da sicher einiges Optimieren. Er empfiehlt dem Stadtrat dies zu überprüfen und mögliche Verbesserungen zu machen.

Michael Portmann dankt dem Einwohnerrat für die wohlwollende Aufnahme seiner Interpellation. Er findet es sehr schön, dass bemerkt wurde, dass der Strom in Kriens zu 100% aus erneuerbar ist. Auch die Heizung ist immerhin einen Drittel. Die Stadt Kriens hat eine Vorbildwirkung. Die Frage ist nun langfristig was mit dem Rest ist. Michael Portmann zitiert die Worte von Armin Lisibach. Weiss die Bevölkerung was die Stadt Kriens macht? Eine technische Umrüstung braucht Zeit, deshalb findet Michael Portmann es muss heute gehandelt werden. Der Stadtrat hat mit dem Baukasten Energiecharta etwas in der Hand, mit dem er wirklich drangehen könnte. Mit dem Vorschlag von Enrico Ercolani, dass man noch richtig Isoliert, könnte man noch mehr Energie sparen.

Roger Erni sagt, Manuel Hunziker hat den Stadtrat schön auseinandergenommen, noch nicht einmal die Kinderschuhe angezogen. Dies sieht der Stadtrat natürlich anders. Es sind hier sicher Energieemotionen im Spiel. Wie Michael Portmann das genau aufgezeigt hat, wäre der Strom erst 2067 auf dem Stand, bei dem er sein sollte und 2107 deutlich zu spät auch die Wärme. Antwortet der Interpellationen sind in zwei Departementen aufgeteilt. Roger Erni hat das Votum von Armin Lisibach sehr gut gefallen mit dem Kriens als Influencer, tue Gutes und sprich darüber. Der Stadtrat versucht die Investitionen in die Umwelt publik zu machen, um als Vorbild voran zu gehen. Von 5'937 KW Stunden hat Kriens 3'668 KW Stunden in den letzten 20 Jahren ersetzt oder neu erstellt. Bei Ersetzungen in den Nullerjahren ist teilweise noch gleiches mit gleichem ersetzt worden. Man sieht jedoch, dass die Stadt den Klimazielen gerecht werden will. Kriens steht dazu und möchte Klimapolitisch den richtigen Weg gehen. Der Stadtrat ist sich natürlich auch bewusst, dass dieser Weg noch weit ist. Der Stadtrat wird dies sicher nochmal besprechen und einige Massnahmen angehen, dass auch die Grünen und die SP sagen kann, Kriens ist eine coole Stadt. Der Stadtrat

spricht darüber und bleibt am Ball und der Einwohnerrat kann mit seinen Inputs immer wieder dazu auffordern oder dazu zu zwingen. Teilweise regt sich die Abteilung auch auf über solche Vorstösse aber, wenn man es dann am Schluss hat, weiss man wie man auf den Weg gehen kann und was zu tun ist.

11. Beantwortung Interpellation Gut: Falllast und ihre Auswirkungen in der Sozialhilfe

Nr. 065/21

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Anita Burkhardt-Künzler fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Kathrin Gut: wünscht eine Diskussion.

Anita Burkhardt-Künzler stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Kathrin Gut dankt dem Stadtrat für die ausführliche und interessante Beantwortung ihrer Interpellation. Es zeigt die Problematik der letzten Jahre klar auf. Als unterstes Netz der sozialen Sicherheit sichert die wirtschaftliche Sozialhilfe die Existenz bedürftiger Personen und fördert deren wirtschaftlichen und sozialen Integration. Familien von Alleinerziehenden, Personen ohne nachobligatorische Ausbildung sowie ausländische Personen sind einem besonderen Risiko ausgesetzt, von Sozialhilfe abhängig zu werden. Die Sozialhilfequote bei Minderjährigen (0–17 Jahre) ist mit 4,0 Prozent im Kanton Luzern erheblich höher als die durchschnittliche kantonale Quote (2,4 %). Die Stadt Kriens als Arbeitgeberin sowie der Stadtrat und das Parlament haben den Auftrag und die Verantwortung, dass der gesetzliche Auftrag ausgeführt werden kann und die Mitarbeitenden dabei nicht ausbrennen. Krankheitsausfälle verursachen Kosten. Wie unter Punkt zwei erwähnt, ist die Arbeitssituation für über 50 % mindestens belastend. Es kann nicht sein, dass aufgrund Sparübungen eine langanhaltende Überlastung stattfindet. Die Falllast war über Jahre viel zu hoch und die personellen Ausfälle mussten im Team aufgefangen und zusätzlich erledigt werden. Die Anzahl Krankheits-tage sind erschreckend und sind seit kontinuierlich gestiegen. Positiv, dass der Stadtrat nun im Frühling reagiert hat und zusätzliche Stellenprozente bewilligt hat temporär. Die Sozialhilfe ist mehr als nur die Zahlungen pünktlich auszuführen. Der gesetzliche Auftrag gemäss Sozialhilfegesetz konnte mit solchen Zuständen oder besser Unterbeständen gar nicht ausgeführt werden. Dies kommt im Bericht deutlich zum Ausdruck. Im 2019 und 2020 sind sechs Personen gegangen. Alle wissen, dass es schwierig ist Fachkräfte zu finden. Sollte da nicht umso mehr zu den bestehenden Mitarbeitenden Sorge gehalten werden? Wenn man erreichen will, dass in Zukunft erstens Kosten gespart und es zweitens weniger Überlastung des Personals geben soll, müssen hier bei Bedarf eine weitere Aufstockung und die Einhaltung der Messgrösse dringendst angestrebt werden. Um möglichst viele Menschen von der Sozialhilfe ablösen zu können, braucht es eine enge Begleitung, eine fundierte Abklärung der Subsidiaritäten und genügend personelle Ressourcen die die Aufgaben professionell ausführen können. So kann die Sozialhilfequote gesenkt werden in Zukunft.

Raoul Niederberger dankt im Namen der Grüne/glp-Fraktion der Interpellantin für ihren Vorstoss. Sie greift ein wichtiges Anliegen auf und hat interessante Frage im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Sozialhilfe gestellt. Die Fraktion dankt aber auch dem Stadtrat für seine ausführliche Beantwortung. Ihres Erachtens zeigen die Antworten zur Interpellation, aber auch die von der Interpellantin zitierten Studienergebnisse exemplarisch, dass Sparübungen beim Personal oftmals nur einen kurzfristigen positiven Effekt haben, die langfristigen Auswirkungen aber allzu oft höhere Kosten mit sich ziehen. Zur Erledigung von Aufgaben innerhalb der Verwaltung, im vorliegenden Fall der Sozialdienste müssen die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden. Im Bereich der Sozialdienste hat uns das Reporting über Jahre angezeigt,

dass der Verwaltung die notwendigen Ressourcen zur Erledigung ihrer Aufgaben nicht zur Verfügung stehen. Die Messgrösse der Anzahl Dossiers pro 100 Stellenprozent wurde Jahr für Jahr nicht eingehalten. Darauf hat die Grüne/glp-Fraktion auch immer wieder hingewiesen. Geschehen ist trotzdem nichts. In Anbetracht dieser Versäumnisse, darf es einem dann auch nicht verwundern, wenn sich beispielsweise die Anzahl Krankheitstage mehr als verzweifach haben, in einer Zeitspanne wo sich der Personalbestand gerade mal verdoppelt hat. Trotzdem ist eine solche Entwicklung natürlich mehr als bedenklich und sie ist insbesondere kostenintensiv. Ihre Fraktion ist deshalb sehr froh, dass man diese wichtige Messgrösse in den Sozialdiensten wieder einhalten kann. Ob damit eine Trendwende schon erreicht ist und die Sozialdienste ihre Arbeit in Zukunft wieder besser bewältigen können, sind sie sich noch nicht so sicher. Die Herausforderungen in diesem Bereich bleiben gross. Die Grüne/glp-Fraktion ist deshalb gespannt auf das Reporting für das Jahr 2021 und wird sich bei der nächsten Budgetdebatte wieder dafür stark machen, dass die Verwaltung die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Sie sind überzeugt, dass kurzfristige Sparübungen nicht zielführend sind, sondern eine langfristige Bereitstellung der notwendigen Ressourcen am Ende zu besseren Ergebnissen führt.

Beat Rüegg dankt im Namen der SVP-Fraktion für die Beantwortung der sechs Fragen. Eine Externe Analyse hat gezeigt, dass 80 Fälle auf 100 Stellenprozent im Bereich der Wirtschaftlichen Sozialhilfe optimal wären. Fallzahlen sind schnell gestiegen, im 2017 waren es 750 Fälle welche 1'250 Personen umfassen. Während Corona wurde die Angelegenheit noch belastender. Wesentlich ist die Fallführungsqualität, diese umfasst 100 % Sozialarbeit und 30 % Administrationsarbeit pro Fall. Das Budget 2022 wurde vom Einwohnerrat angenommen, somit ist dieses Problem eigentlich materiell gelöst, denn die Stellen wurden bewilligt. Beat Rüegg hat zwei konkrete Fragen an den Stadtrat. Wenn mehr Kosteneinsparungen bei geringeren Falllasten durch mehr Personal zu erwarten sind, dann müsste ja danach auch das Einsparpotential im AFP aufgezeigt und ausgewiesen werden. Beat Rüegg bittet den Stadtrat noch etwas über die enorm hohe Zahl von 574 Ausfalltagen im 2020 was total zweieinhalb Vollzeitstellen entspricht

Laut Erwin Schwarz dankt die FDP-Fraktion dem Stadtrat für die ausführliche Antwort zu dieser Interpellation. Die Entwicklung der Anzahl Krankheitstage in den Sozialdiensten von 24 Tagen im Jahre 2011 auf 574 Tagen im Jahre 2021 veranlassen die FDP zu folgenden Fragen. Hat die politische und personelle Führung in den Sozialdiensten in den letzten zehn Jahren versagt? Haben die Personaldienste der Stadt Kriens ihre Verantwortung nicht wahrgenommen? Wurden bei der persönlichen Weiterbildung der Mitarbeiter Fehler gemacht? Erstaunt hat die Fraktion auch die Aussage in der Antwort des Stadtrates, dass der Fokus der Sozialdiensten in den letzten Jahren darauf ausgerichtet war, alle Leistungen pünktlich auszuführen und das Controlling vernachlässigt wurde. Da erstaunt es nicht, dass man die Einsatzdauer in Leistungsvereinbarung mit dem Sozialinspektor kürzt – mit dem Hinweis - dass er zu wenig Arbeit habe. Ihres Erachtens müsstet man unter diesen Umständen das Pensum des Sozialinspektors erhöhen und nicht kürzen.

Michele Albrecht bedankt sich im Namen der Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion beim Sozialdepartement für die detaillierte Beantwortung und bei der Interpellantin für die umsichtigen Fragen. Wie aus der Beantwortung ersichtlich, herrscht ein Dilemma: Die Falllast pro Mitarbeiter/in nahm aufgrund der finanziellen Lage der Stadt Kriens (Ressourcen) und der ausserordentlichen Situation während Corona zu und wird durch entsprechende Ausfälle aufgrund erschöpfungsbedingter Krankheit noch verstärkt. Dank einer temporären Lösung ab Frühling 2021, wobei folgende zusätzliche Stellen geschaffen wurden und zum Teil mit dem Budget 2022 gutgeheissen: 1.5. bis 31.12.21: befristet 150 % Sozialarbeit und davon wurden im Budget 2022: 110 % bewilligt, 1.6. bis 31.12.21: befristet 75 % Administration davon wurden im Budget 2022 50 % Projekte/Führung bewilligt. Der Auftrag war diese Personalkosten mit Minderausgaben (Reduktion WSH) bzw. Mehreinnahmen (Subsidiaritätsprüfung) zu kompensieren. Die Konsequenz per September 2021 lässt uns alle aufatmen: 84 Dossier auf 100 Stellenprozente ist doch sehr erfreulich (Zielwert 80/100). Dies ist der richtige Weg und verhindert langfristige Mehrkosten. Nach dem Dilemma bzw. der temporären Lösung bleibt noch das Fazit: Neben der wirtschaftlichen Sozialhilfe darf also die persönliche Hilfe nicht vernachlässigt werden, so dass durch

geringere Falllasten (80/100 plus 30 % Support) langfristig Kosten gespart werden können. Es lohnt sich also unbefristet in die personellen Ressourcen zu investieren. Die Mitte/Die junge Mitte-Fraktion unterstützt also diese Standards und das weitsichtige Handeln und macht noch einmal auf die starke Zunahme der Sozialhilfefälle mit ausländischen Wurzeln insbesondere in Zentrums- und Agglogemeinden bis 2023 und die Verschiebung der Zuständigkeiten (Flüchtlingswelle 2014 und 2016) aufmerksam.

Cla Büchi dankt Kathrin Gut für die Interpellation. Die Entwicklung von 2011 bis 2020 von 24 Ausfalltagen zu 574 Ausfalltage ist erschreckend. Erwin Schwarz hat gefragt ob diese Verantwortung wahrgenommen wurde. Diese Frage kann Cla Büchi so nicht beantworten. Er stellt jedoch fest, dass man bei Budgetdiskussionen immer sehr schnell beim Stellenplan ist und dort den Finger stark draufhält. Er bittet auch den Einwohnerrat, dass in Zukunft neu angezeigte Stellen auch bewilligt werden. Im Jahr 2021 konnte die Sozialdienste die Stellen befristet erhöhen und das war sehr wichtig. Die Stadt ist bemüht neue Stellen immer direkt zu besetzen aber neues Personal muss auch immer wieder eingearbeitet werden. Es wurden zwei neue junge Leute eingestellt, diese können aber nicht mit 80 Fälle auf 100 % starten. Jedoch merkt man schon, dass jetzt mehr Personen arbeiten und es werden mehr Personen aus der wirtschaftlichen Sozialhilfe gebracht. Der Stadtrat versucht dies zu dokumentieren, damit man sieht, dass sich dies auch Finanziell auswirkt. Für Cla Büchi ist auch wichtig, dass sich die Ausfalltage reduzieren. Aktuell gibt es jedoch immer noch langfristige Ausfälle aufgrund von Hirnschlag und Erschöpfungsdepressionen. Es gibt aber schon erste Anzeichen für eine Besserung. Die Krankheitsfälle haben unterschiedliche Gründe und dazu kann Cla Büchi nicht mehr sagen. Zum Controlling fehlte einfach das nötige Personal. Es muss zuerst das Tagesgeschäft erledigt werden. Der Sozialinspektor hat jedoch damit nichts zu tun, dieser kommt nur bei Verdachtsfällen, dass jemand bei uns WSH bezieht und nebenbei arbeitet, zum Zuge. Cla Büchi ist es wichtig, dass die Messgrösse von 80 Fälle auf 100 Stellenprozent eingehalten werden kann. Mit dem Rückgang der Fälle sollte dies nächst Jahr auch möglich sein und durch das neue Budget ist das nötige Personal vorhanden. Es kann auch mal sein, dass es auf 85 Fälle hochgeht, dies ist natürlich kein Problem, wenn man das auch wieder herunterbringt. Teilweise waren jetzt 104 Fälle auf 100 Stellenprozent und dies ist langfristig nicht tragbar. Cla Büchi dankt für die Interpellation und die Anmerkungen vom Einwohnerrat.

12. Postulat KBVU: Plastikabfall vermeiden

Nr. 071/21

Gemäss Anita Burkhardt-Künzler ist der Stadtrat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, gilt das Postulat als überwiesen.

13. Fragestunde

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

Schluss

Anita Burkhardt-Künzler Die nächste Sitzung findet am 20. Januar 2022 statt. Es wird eine halbtägige Sitzung von 13:30 bis 19:00.

Am 13. Dezember 2021 macht Gerry Hofstetter ein Lichterspektakel ans Schloss Schauensee von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr. Dies ist eine tolle Geschichte und für die Stadt Kriens kostenlos. Dies wurde organisiert in der Zusammenarbeit mit Kriens Tourismus. Anita Burkhardt-Künzler dankt dem Einwohnerrat für die heutige konstruktive Sitzung. Man trifft sich im Restaurant Obernau für einen kollegialen Ausklang. All denen die nicht an das Essen kommen wünscht Anita Burkhardt-Künzler schon jetzt eine besinnliche Weihnachtszeit und einen wundervollen Start ins Jahr 2022.

Die Sitzung schliesst um 18:14 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsidentin:

Anita Burkhardt-Künzler

Der Stadtschreiberin

Karin Schuhmacher Bürgi

Der Stadtschreiber-Substitutin

Sarah Deschwanden

Des Protokollführers

Sascha Frevel